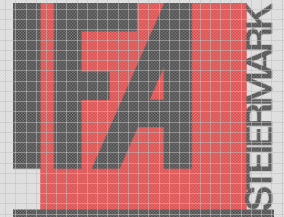


INSTITUT für
Arbeitsmarktbetreuung
und -forschung



SOZIALWISSENSCHAFTLICHE
FORSCHUNG &
ENTWICKLUNG

HASIF - BERICHT

SICHERHEITSWAHRNEHMUNG IN
DER STADT GRAZ AM BEISPIEL
ZWEIER AUSGEWÄHLTER WOHN-
GEBIETE.

Eine Studie im Rahmen des Projektes HASIF
– Handlungsorientierte Sicherheitsforschung

KIRAS - Sicherheitsforschung

Eine Studie von

**Peter Stoppacher unter Mitarbeit von
Manfred Saurug und Katrin Maierhofer**

Graz, Februar 2011

Pflanzengasse 16/II

A-8020 Graz

Te l.: 0316/724 766

F a x: DW 4

E-Mail:

office@ifa-steiermark.at

INHALTSVERZEICHNIS

1	Sicherheitsempfindung und belegbare Bedrohung bzw. Kriminalität	4
2	Forschungsansatz, Methoden und Arbeitsschritte	6
2.1	Aufbau des Berichts	10
3	Sicherheitswahrnehmung und kommunale Prävention	11
3.1	Dimensionen der Sicherheitswahrnehmung – Entstehungs- und Wirkungszusammenhänge	12
3.2	Sicherheitsempfinden und -lagen in Graz bzw. in der Steiermark	15
3.2.1	<i>Die Verwendung des Begriffs Sicherheit in Grazer Medien</i>	15
4	Sozialräumliche Unterschiede in der Stadt Graz	17
4.1.1	<i>Die Verteilung von Arbeitslosigkeit</i>	18
4.1.2	<i>Sozialhilfebezug in Graz</i>	19
4.1.3	<i>Räumliche Unterschiede in der Lebensqualität</i>	20
5	Regionale Spezifika der Bezirke Lend und Jakomini	23
5.1	Bevölkerungsstruktur in Jakomini und Lend	23
5.2	Attraktivität als Wohngebiet und Lebensraum	24
5.3	Bewertung der Lebensqualitätsindikatoren in den beiden Bezirken	25
5.3.1	<i>Sicherheitssituation</i>	26
5.3.2	<i>Wohnsituation und Zusammenleben</i>	26
5.3.3	<i>Lebensqualität in den Befragungszonen Jakomini 1 und Lend 1</i>	27
5.3.4	<i>Handlungsbedarf in den Befragungszonen Jakomini 1 und Lend 1</i>	29
6	Die Siedlungen bzw. Wohngebiete	31
6.1	Die Neue Heimat Siedlung	35
6.1.1	<i>Siedlungscharakteristika</i>	35
6.1.2	<i>BewohnerInnen – Alter, Geschlecht, Nationalität, Migrationshintergrund</i>	37
6.1.3	<i>Zufriedenheit mit der Wohn- und Lebensqualität</i>	40
6.1.4	<i>Stärken und Schwächen aus Sicht der BewohnerInnen</i>	41
6.1.5	<i>Ausgewählte Aspekte der Lebensqualität</i>	43
6.1.6	<i>Sicherheitsempfindung</i>	50
6.1.7	<i>Sicherheitsgefühl nach Einbruch der Dunkelheit</i>	54
6.1.8	<i>Zuständigkeit für Sicherheit und Verbesserungsanregungen</i>	55
6.2	Die ÖWG Siedlung	56
6.2.1	<i>Siedlungscharakteristika</i>	56
6.2.2	<i>BewohnerInnen – Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund</i>	59
6.2.3	<i>Zufriedenheit mit der Wohn- und Lebensqualität</i>	61

6.2.4	<i>Stärken und Schwächen aus Sicht der BewohnerInnen</i>	62
6.2.5	<i>Ausgewählte Aspekte der Lebensqualität</i>	65
6.2.6	<i>Sicherheitsempfindung</i>	69
6.2.7	<i>Sicherheitsgefühl nach Einbruch der Dunkelheit</i>	73
6.2.8	<i>Zuständigkeit für Sicherheit und Verbesserungsanregungen</i>	74
6.3	Die Vergleichssiedlung	75
6.3.1	<i>Zufriedenheit mit der Wohn- und Lebensqualität</i>	76
6.3.2	<i>Ausgewählte Aspekte der Lebensqualität</i>	77
6.3.3	<i>Sicherheitsempfinden</i>	79
6.3.4	<i>Sicherheitsgefühl nach Einbruch der Dunkelheit</i>	82
7	Determinanten der Sicherheitswahrnehmung	83
8	Schlussfolgerungen	89
9	Literaturverzeichnis	94
10	Anhang	95

1 SICHERHEITSEMPFINDUNG UND BELEGBARE BEDROHUNG BZW. KRIMINALITÄT

Ausgangspunkt des gegenständlichen Forschungsprojektes war die Annahme, dass subjektive Lebenslagen und Lebenswelten im räumlichen Kontext in einem hohen Ausmaß die Vorstellungen von Sicherheit prägen und darüberhinaus auch stark auf die empfundene Lebensqualität abfärben. Der Begriff Sicherheit besitzt dabei komplexe, vielfältige und sich oft überlappende und gegenseitig bedingende Ausprägungen. Im weitesten Sinne umfasst er soziale Sicherheitsaspekte ausgehend von der Infrastruktur im Umfeld (ÄrztInnen, Nahversorger, Kindergärten, Spielplätze, Erholungsräume) oder den Schutz bei unvorhergesehenen Ereignissen (Kranken-, Arbeitslosen-, Pensionsversicherung, Sozialhilfe und Deckung der Grundbedürfnisse), im engeren Sinne den Schutz vor Angriffen gegen das (eigene) Leben und Eigentum sowie die erreichbare Hilfe im Bedarfsfall in der Nähe von der Nachbarschaft bis zur Polizei. Der Begriff der Sicherheit reicht von der sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit, der Sicherheit im öffentlichen Raum über die Gewährung bürgerlicher und politischer Rechte, den Schutz vor Diskriminierung aufgrund ethnischer, religiöser, weltanschaulicher Gründe, Geschlecht, Alter, Behinderung oder sexueller Orientierung bis hin zum Schutz vor Umweltbelastungen oder Kriegen.

Sicherheit ist in vielen aktuellen Debatten – in den Medien, im Wahlkampf, in der Werbewirtschaft, am Stammtisch und in der vertrauten Wohnumgebung - ein wichtiges und komplexes Thema. „Ohne Sicherheit“ – so die Chefredakteurin eines österreichischen Periodikums¹ - „trauen wir uns nicht auf die Straße. Ohne Sicherheit können wir nicht planen, nicht vorausdenken, nicht vertrauen.“ Um eine möglichst hohe Sicherheit zu gewährleisten, werden nicht selten Maßnahmen ergriffen, welche die individuelle Freiheit als Grundpfeiler unserer Gesellschaften einschränken.

Das Thema „Sicherheit“ ist in den vergangenen Jahren auch in Graz zunehmend zum Gegenstand öffentlichen, medialen und politischen Interesses geworden. Im Mittelpunkt stand eine Vielfalt von politischen Vorschlägen und Aktivitäten einzelner Parteien, die weniger als Beitrag zum Erhalt der öffentlichen Sicherheit zu sehen, sondern vielmehr als Reaktion auf die Verunsicherung der Menschen zu werten sind. Propagiert wurden Einzelmaßnahmen wie z. B. die Installierung von mehr Überwachungskameras oder die Konzentration auf sogenannte „soziale Brennpunkte“ in der Stadt. In Bezug auf die daran geknüpften Erwartungen und Versprechungen ist Skepsis angebracht, unter anderem auch deshalb, weil das Thema Sicherheit breite gesellschaftliche Bereiche berührt. Zusammenhänge zwischen Sicherheitsbedürfnis, Lebenslagen und Lebensqualität in Wohngebieten sind auch Thema der nachfolgend dargestellten Analyse in zwei Grazer Stadtgebieten. Dabei ging es darum, Möglichkeiten aufzuspüren und Maßnahmen zu entwickeln, wie das Sicherheitsgefühl und die Lebensqualität verbessert werden können.

¹ Vgl.: Liga. Das Magazin der Österreichischen Liga für Menschenrechte. Heft 3/2010, S. 3.

Konsens besteht darüber, dass viele Überschneidungen zwischen objektivem und subjektivem Sicherheitsempfinden existieren und dass das Bedrohungsgefühl auch eine Frage der Lebensgewohnheiten ist. Für viele LandbewohnerInnen sind Städte per se mit erhöhter Unsicherheit gegenüber dem überschaubaren Leben am Land verbunden. Sicherheit kann sich auf Gebiete (Strukturen), aber auch individuelle Lebenswelten und Erfahrungen von Krankheit, Arbeitslosigkeit, Tod etc. beziehen. Das Sicherheitsbedürfnis ist zumeist höher, wenn Kinder vorhanden sind, und differiert geschlechts- und altersspezifisch. Oft werden Ängste durch mediale Inszenierungen geschürt, die nicht auf empirische Fakten gestützt sind. Eine geringe Sicherheitswahrnehmung bzw. eine hohe Kriminalitätsfurcht stellen so ein vielschichtiges Konstrukt dar.

In Österreich liegen bislang nur wenige regionale Sicherheitsanalysen vor, die Daten über die Sozialstruktur, Kriminalität und subjektives Sicherheitsempfinden verbinden.² Im European Social Survey³ sind einige wenige Fragen zur Sicherheit enthalten, die aber keine regionalen Rückschlüsse erlauben. Generell hebt sich Österreich im Vergleich zu anderen Ländern durch ein verhältnismäßig hohes Sicherheitsgefühl und eine verhältnismäßig niedrige Kriminalitätsfurcht ab, auch wenn in medialen Darstellungen oder in Werbeaussendungen mit kommerziellem Hintergrund oft Bedrohungsszenarien präsentiert werden. So wurde die Haushaltsinformation „Aktion: Sicheres Wohnen in der Steiermark, sicheres Wohnen in Graz“ eines österreichischen Sicherheitstürenherstellers mit dem Satz eingeleitet: „In der Steiermark werden bereits bis zu 30 Einbrüche täglich verübt!“⁴ Aber auch politisch wird auf (vermeintlich) zunehmende Unsicherheit und ein wachsendes Sicherheitsbedürfnis reagiert. So startete die Steirische Wirtschaftsförderung im Auftrag des Wirtschaftsressorts im Jahr 2010 aufgrund steigender Firmeneinbrüche das Programm „Sicherheitsscheck ‚S plus‘“. Kleinbetrieben wird eine Förderung von bis zu 1.500 Euro für Investitionen „von der Alarmanlage bis zum Sicherheitsfenster“ angeboten, um „Produktionsstätten, Geschäftslokale, Produkte und MitarbeiterInnen zu schützen.“

Nach dem European Social Survey gehört Österreich zu den Ländern mit im internationalen Vergleich geringen Sicherheitszweifeln. Allerdings stieg der Anteil derer, die sich unsicher bis sehr unsicher fühlen, in vielen Ländern in den letzten Jahren, so auch in Österreich. Betrug ihr Anteil in Österreich in der Befragungsrunde 2002/03 noch 9%, waren es im Jahr 2006/07 bereits 21%. Die höchste Verbrechensfurcht findet sich zumeist in den postkommunistischen osteuropäischen Ländern, Großbritannien und man-

² Eine Ausnahme stellt Linz dar, die als „erste Stadt Österreichs“ eine umfassende kriminologische Sicherheitsanalyse, durchgeführt von Johann Bacher und Alois Birklbauer von der Universität Linz, vorgelegt hat. Dabei wurden große Differenzen zwischen dem Sicherheitsempfinden und der belegbaren Kriminalität augenscheinlich. Vgl. Lebendiges Linz. Stadtmagazin. Hrsg. von der Stadt Linz, S.8 ff. Eine Übersicht über jüngere Forschungen bietet: Gerhard Hanka, Veronika Hofinger: Dokumentation und Kommentierung polizeirelevanter Forschung in Österreich 2004–2007. Wien: Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie 2008.

³ Vgl. dazu: European Social Survey. Exploring public attitudes, informing public policy. Selected findings from the first three rounds. www.europeansocialsurvey.org

⁴ Vgl. Achtung! Wichtige RIHA-Mitteilung!. An einen Haushalt_Nr.2-2010_STMK-Graz_B-WK2 300.000, S. 1. Im Dezember 2010 wurde diese Aktion mit fast gleichlautenden Warnungen wiederholt.

chen südeuropäischen Staaten, die geringste in den skandinavischen sowie mitteleuropäischen Ländern wie der Schweiz, Niederlande, Belgien, Deutschland.⁵ Als Basis der Vergleiche zur Kriminalitätsfurcht wird der sogenannte Standardindikator verwendet, der in den meisten Befragungen mit grundsätzlich vergleichbaren Formulierungen gemessen wird. Die zugrunde liegende Fragestellung lautet zumeist, „Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Wohngegend, wenn Sie bei Dunkelheit allein auf der Straße gehen oder gehen würden?“⁶

Aus soziologischer Perspektive wird die steigende Kriminalitätsfurcht mit gesellschaftlichen Entwicklungen der „Postmoderne“ von der „Gemeinsamkeit der Not“ zur „Gemeinsamkeit der Angst“ oder mit dem „postmodernen Unbehagen in Gestalt mangelnder Sicherheit“⁷ in Zusammenhang gebracht. Die Kriminalitätsfurcht wird als Manifestation allgemeiner spätmoderner Unsicherheitsempfindung begriffen, die auch Ängste wie vor Terror, wirtschaftlichen Krisen etc. inkludiert. Zusammenhänge zwischen einem gering entwickelten Wohlfahrtsstaat, unzureichender institutioneller Absicherung von „Modernisierungsrisiken“ und geringen Investitionen in präventiv aktivierende Maßnahmen wie Bildung, Familienförderung auf der Makroebene sind ebenso empirisch belegt wie jene zwischen hoher Kriminalitätsfurcht und dem Grad der Urbanisierung, ungleicher Belastung des Wohnumfeldes mit Zeichen sozialer Unordnung und sozialen Zerfalls, Viktimisierung oder situativer Bewältigungsfähigkeit auf der Mikroebene.

2 FORSCHUNGSANSATZ, METHODEN UND ARBEITSSCHRITTE

Das gegenständliche Sicherheitsforschungsprojekt „Handlungsorientierte Sicherheitsforschung“ (HASIF) verfolgt im Zusammenwirken der beteiligten Organisationen - Friedensbüro Graz, GEFAS Steiermark (Gesellschaft zur Förderung von Alterswissenschaften und SeniorInnenstudien) und IFA Steiermark – einen Handlungs- und Aktionsforschungsansatz, um basierend auf einem weiten Sicherheitsbegriff das Verhältnis von subjektivem Sicherheitsgefühl zur objektiven Sicherheitslage und zum Stellenwert der Kriminalitätsfurcht auszuloten und konkrete Empfehlungen für die Planung von Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheitssituation im kommunalen Bereich zu erhalten. Intention war es, die Identifizierung von Problemen und Lösungsansätzen bei den Betroffenen selbst zu fördern und Eigeninitiative und Mitbeteiligung anzuregen. Die Möglichkeiten derartiger Beteiligungsmodelle zur Verbesserung der subjektiven Sicherheitswahrnehmung sowie der realen Sicherheitssituation sind bislang kaum genutzt. Die Basis für die Entwicklung gezielter Präventionsmaßnahmen vor Ort bildet eine gründliche Bestandsaufnahme mit wissenschaftlicher Begleitung auf lokaler Ebene in Kooperation mit Verant-

⁵ Vgl. dazu und im Folgenden: Helmut Hirtenlehner, Johann Bacher: Prävention kriminalitätsbezogener Unsicherheitsgefühle durch Sozialpolitik. Vortrag Linz April 2009.

⁶ Kritik an diesem Indikator betrifft den fehlenden expliziten Bezug zur Kriminalität, die Fixierung auf die Wohnumgebung und die implizite Einschränkung auf Gewaltdelikte in einer spezifischen Situation.

⁷ Vgl. Hirtenlehner, Bacher, a.a.O., S.5.

wortlichen aus unterschiedlichen Fach- und Politikbereichen und allen am Thema Interessierten.⁸

Im Fokus der Analyse stehen jene Aspekte in der konkreten Wohnumgebung, welche die Lebensqualität und das Sicherheitsempfinden prägen können. Im Unterschied zu vielen kriminalpolitischen Untersuchungen wird der breitere Begriff „(Un-) Sicherheitswahrnehmung“ anstatt des engeren, eher auf Strafdelikte bezogenen Begriffs der Kriminalitätsfurcht verwendet. Vor allem in der kommunalen und lokalen Präventionsarbeit – so die zugrunde liegende These – können viele Ängste Verhaltensweisen bewirken, die der Lebensqualität abträglich sind. Das korrespondiert mit einer Sicherheitsvorstellung, die nicht nur den Schutz vor Übergriffen gegen Leib und Eigentum, sondern auch den Schutz vor vielfältigen Bedrohungen durch Umwelt- und Verkehrsbelastungen, wirtschaftliche Krisen, sozialer Abstempelung, Isolation und vieles mehr umfasst.

Ein Ausgangspunkt regionaler Sicherheitsanalysen ist das Vorhandensein ungleich verteilter Risikofaktoren in Bezug auf eine erhöhte Kriminalität bzw. empfundene Sicherheitsbedrohung. Empirisch evidente Faktoren für eine erhöhte Unsicherheitswahrnehmung sind allgemein eine große Bevölkerungsdichte, hohe Arbeitslosen- und Sozialhilfequoten, eine starke Mobilität in der Bevölkerung und damit wenig Vertrautheit und gegenseitige Aufmerksamkeit in der Nachbarschaft, eine belastende Wohnumgebung sowie zusätzlich ein höherer Jugendanteil, weil in der Jugend eine höhere Kriminalitäts- bzw. Devianzneigung konstatiert wird.

Idealtypisch sollte die Analysearbeit im gegenständlichen Handlungsforschungsprojekt vor allem in den ersten Monaten stattfinden, in der Praxis verzahnte sich die Forschung aus unterschiedlichen Gründen stark mit dem Part der Gemeinwesenarbeit, was auch eher dem Charakter der Aktionsforschung mit zahlreichen Rückkoppelungsschleifen entspricht.

Die Analyse umfasste unterschiedliche Arbeitsschritte. Im Rahmen einer Regionalanalyse, die von einem breiten Sicherheitsbegriff ausgeht und auch Maßnahmen abseits verstärkter polizeilichen Maßnahmen und der „Sicherheitsindustrie“ (Kameraüberwachung, Alarmanlagen, Sicherheitstüren, private Sicherheitsdienste) im Fokus hat, wurden vorhandene Daten aufbereitet: Bei den beiden Untersuchungssiedlungen handelt es sich um eine Siedlung der Neuen Heimat an der Grenze des Bezirkes Lend zwischen Starhemberg- und Laudongasse aus dem Jahre 1975 mit insgesamt 127 Wohneinheiten und einer Siedlung der ÖWG aus dem Jahr 1997 im sogenannten „Neuholdaustumpf“ im Bezirk Jakomini mit 154 Wohneinheiten. Erfasst wurden grundlegende charakteristische Strukturen in den Siedlungen und umliegenden Gebieten, wobei vor allem die „Lebensqualitätsindikatoren“ des Magistrats Graz eine wichtige Quelle boten. Weiters konnte

⁸ Vgl. das Konzept zur „Handlungsorientierte Sicherheitsforschung im Wohn- und Lebensraum“, das folgende zentrale Resultate erwähnt: Wissen über die Faktoren, die das Sicherheitsempfinden der BewohnerInnen zweier Grazer Siedlungen beeinträchtigen, und über wirksame Maßnahmen zur Steigerung des Sicherheitsgefühls und der objektiven Sicherheit sowie die Erarbeitung partizipativer Maßnahmen zur Erhöhung der Lebensqualität und Sicherheitswahrnehmung in einer Siedlung.

eine kriminologische Übersicht (Anzeigen, Straftaten etc.) in den Siedlungen über Mithilfe der zuständigen Polizeiinspektionen erstellt werden. Zudem wurden pro Zielgebiet fünf Interviews mit VertreterInnen relevanter Institutionen und Organisationen (insgesamt 10 qualitative Interviews mit 11 beigezogenen ExpertInnen von der Bezirksvertretung, den Wohnungsgenossenschaften, dem Wohnungsamt der Stadt Graz, der Sozialarbeit, der für die Gebiete zuständigen Polizeidirektionen) durchgeführt, um ein vertieftes Wissen über die Siedlungen zu erhalten und potentielle Ansprech- und KooperationspartnerInnen zu eruieren.

Parallel zur Datenerhebung und zu den ExpertInneninterviews wurden im Rahmen von „Siedlungsbegehungen“ mit je 37 BewohnerInnen (darunter einige wenige Personen, die in der Umgebung wohnten) in den beiden Siedlungen sowie sechs Personen aus der Vergleichssiedlung „Straßeninterviews“ zu ihrer Einschätzung der Lebensqualität und der Sicherheitswahrnehmung sowie von Stärken und Schwächen, Verbesserungsnotwendigkeiten und -ideen und zu ihrer Beteiligungsbereitschaft durchgeführt. Einen Teil dieser Interviews führten die GemeinwesenarbeiterInnen des Friedensbüros. Damit bekamen sie einen unmittelbaren „ersten Zugang“ zu den BewohnerInnen, was die folgende Vernetzungsarbeit erleichterte. Im Wesentlichen wurden in diesen Interviews bereits viele Stärken und Schwächen, Konflikte und Verbesserungsideen sichtbar – für eine Aktions- und Handlungsforschung ohne Anspruch auf eine breitere wissenschaftliche Fundierung wäre damit bereits eine ausreichende Basis für weitere Schritte gegeben gewesen. Die Interviewergebnisse dienten auch als Impulsmaterial für verschiedene Aktivitäten im Zielgebiet (von Siedlungsversammlungen bis zu Bezirksforen) sowie zur Vorbereitung der repräsentativen Sicherheitserhebung.

Ein wichtiger ergänzender Arbeitsschritt, bestand in einer Inhaltsanalyse von drei Grazer Printmedien, um das Bedeutungsspektrum des Begriffs der Sicherheit und eventuell sicherheitspolitische Hot Spots in Graz in Erfahrung zu kriegen. Der Beobachtungszeitraum belief sich von September 2009 bis einschließlich September 2010. Zumindest für diese drei Medien kann aufgrund der Ergebnisse die These von einer medialen Inszenierung des Themas Sicherheit und des Schürens von Ängsten durch überstilisierte und detailreiche Schilderung von Kriminalität und Gewaltdelikten nicht aufrecht erhalten bleiben.

Das Herzstück der Analysearbeit stellte die schriftliche BewohnerInnenbefragung zum Thema Lebensqualität und Sicherheitsempfindung dar. Die schriftliche Erhebung sollte die explorative Annäherung vertiefen und vor allem in Hinsicht auf allgemeine Fragen der Sicherheitsforschung wissenschaftlich fundierte Ergebnisse im Vergleich dreier unterschiedlicher Siedlungen liefern. Das Erhebungsinstrument orientiert sich an Fragestellungen im European Social Survey mit ihrem „Extrasicherheitsteil“ ergänzt um spezifische Lebensqualitätsaspekte aus der explorativen Erhebung sowie an vorliegenden BürgerInnenbefragungen vor allem in Deutschland⁹, wo die kommunalpolitische Kriminali-

⁹ Vgl. z.B.: Dieter Hermann: Subjektive Problemlagen, Kriminalitätsfurcht, Kriminalität und Lebensqualität in Weinheim. Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg 2007.

tätsprävention schon länger als bürgernahes Instrument zur Steigerung der Lebensqualität und auch des Wirtschaftsstandortes begriffen wird. In der gegenständlichen Untersuchung wurde neben der Sicherheitswahrnehmung im Wohngebiet noch zusätzlich nach der Sicherheit in „der näheren Umgebung“ und in der „Stadt Graz“ allgemein differenziert. Weitere Themen waren die Zufriedenheit mit der Wohnumgebung, die Bewertung sozialer und infrastruktureller Gegebenheiten (besonders unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit und der Nutzbarkeit des „öffentlichen Raums“), das subjektive Sicherheitsempfinden und Gründe für Verunsicherungen, „unsichere Orte“ sowie vor allem Ideen zur Lösung und Verbesserung der Situation. Unabhängige Variablen für die Auswertung sind etwa Alter, Geschlecht, Arbeitsmarktstatus, Haushaltstypus, Opfererfahrungen etc.¹⁰

In den beiden Siedlungen, sogenannten Übertragungswohnbauten in den Bezirken Lend und Jakomini, sowie einer Vergleichssiedlung im Bezirk Eggenberg konnten alle Haushalte angeschrieben werden. Das bedeutete gegenüber der Antragstellung, bei der noch davon ausgegangen wurde, dass die Zielgebiete größere Gebietseinheiten bzw. Stadtteile sind, eine wesentliche Umstellung.¹¹ Die vor Ort tätigen GemeinwesenarbeiterInnen forderten die BewohnerInnen während der Erhebungsphase auch immer wieder zur Beteiligung auf, vereinzelt wurde bei Verständnisschwierigkeiten auch Hilfestellung geleistet. In den Zielsiedlungen wurden pro Haushalt drei Erhebungsbögen verschickt, wobei in Familien jeweils die beiden Haushaltsführenden und - falls vorhanden - ein/e Jugendliche ab 15 Jahren einen Fragebogen ausfüllen sollten, um unterschiedlichen Bedürfnisse und Perspektiven zu eruieren. In der Vergleichssiedlung wurde ein Fragebogen pro Haushalt verschickt, in Summe wurden 1026 Erhebungsbögen an 464 Haushalte ausgesandt.

Um einen möglichst hohen Rücklauf zu erreichen, wurden unterschiedliche Verfahren angewandt. In der Siedlung im Bezirk Lend wurde den MieterInnen die Möglichkeit geboten, die ausgefüllten Fragebögen in eigens fixierte Briefkästen im Hauseingangsbereich zu werfen. Außerdem wurden die BewohnerInnen mehrmals - beim Sicherheitsfest, über persönliche Kontakte der GemeinwesenarbeiterInnen etc. - an die Befragungsaktion erinnert, der Rücklauf betrug hier 30%. In der Siedlung im Bezirk Jakomini hingegen konnten die Befragten den Fragebogen in ein bereits frankiertes Rücksendekü-

¹⁰ Auf die Erfassung des Migrationshintergrundes wurde aus mehreren Gründen verzichtet, vor allem wegen unklarer Definitionen, ab wann ein Migrationshintergrund gegeben ist. Die Staatsbürgerschaft als Indikator wurde verworfen, da in den Siedlungen auch viele eingebürgerten MigrantInnen leben. Wesentliche mit Migration verbundene Problematiken wurden überdies bereits in den Straßeninterviews sehr deutlich.

¹¹ Ursprünglich wurden 500 ausgefüllte Fragebögen anvisiert, die aufgrund von Erfahrungen in anderen Städten mit niedrigen Rücksendequoten bei schriftlichen Befragungen (z.B. 18% bei einer Erhebung des subjektiven Sicherheitsgefühls in bayrischen Städten) über alternative Zugänge erreicht werden sollten. So sollten Erhebungsbögen bei Stellen mit hoher Kundenfrequenz wie Arztpraxen, Beratungsstellen etc. in den Stadtteilen aufgelegt bzw. die dortigen Personen soweit eingeschult werden, um bei Bedarf Hilfestellung geben zu können. Gruppen, die sich erfahrungsgemäß weniger an Befragungen beteiligen wie sozial Schwächere, Ältere, Jugendliche, MigrantInnen etc. sollten gezielt „aufgesucht“ werden. Insgesamt gibt es in den drei Siedlungen aber nur 464 Wohneinheiten bzw. Haushalte mit rund 1.400 BewohnerInnen.

vert stecken und in den nächsten Postkasten werfen, hier beteiligten sich nur 12% der Haushalte¹². In der Vergleichssiedlung wurde das gleiche Verfahren eingesetzt, allerdings war hier niemand vor Ort tätig, der immer wieder an die Befragung erinnerte. Nach zwei Wochen wurde eine Erinnerungskarte an alle Haushalte versandt, der Rücklauf betrug 21%. Möglicherweise ist das darauf zurückzuführen, dass in dieser Siedlung weniger sprachliche Verständigungs- sowie Lese- und Schreibprobleme gegeben sind.

Insgesamt wurde mit 130 ausgefüllten Fragebögen aus 98 Haushalten ein Rücklauf von 21% nach Haushalten erreicht. Damit ist im Vergleich zu ähnlichen Erhebungen ein durchaus guter Rücklauf gegeben. So beteiligten sich an einer großangelegten Befragung der MieterInnen in den rund 220.000 Gemeindewohnungen in Wien durch den Träger Wiener Wohnen etwas über 45.000 BewohnerInnen, was einem Rücklauf von 20% der Haushalte entspricht. Allerdings war der Fragebogen wesentlich kürzer und einfacher, vor allem fehlten die „offenen“ Fragen, die eine Basis für die gemeinwesenarbeitsorientierte Siedlungsarbeit in Graz lieferten.¹³

2.1 Aufbau des Berichts

Im folgenden Kapitel werden zunächst die theoretische Ausgangslage zur Sicherheitswahrnehmung und der kommunalen Präventionsarbeit sowie Probleme um die Messung der Kriminalitätsfurcht und Sicherheitswahrnehmung skizziert. Weiters werden Ergebnis- und Wirkungszusammenhänge, die für die nachstehenden Kapitel von Relevanz sind, und erste Befunde zur Sicherheitslage in Graz bzw. der Steiermark zusammengefasst.

Im vierten Kapitel wird ein Modell sozialräumlicher Unterschiede in der Stadt Graz vorgestellt. Eingegangen wird im Besonderen auf die regionale Verteilung der Arbeitslosigkeit, des Sozialhilfebezugs sowie auf räumliche Unterschiede in der Lebensqualität.

Eine Vertiefung der spezifischen Situation in den Bezirken Lend und Jakomini sowie in den Stadtteilen, wo die beiden Siedlungen liegen, bietet das fünfte Kapitel. Thematisiert werden die Bevölkerungsstruktur, die Attraktivität als Wohngegend und Lebensraum sowie die Bewertung ausgewählter Lebensqualitätsindikatoren¹⁴, vor allem der Sicherheit und der Wohnsituation. Die Reihung jener Bereiche, in denen nach den der LQI-Erhebung der höchste Handlungsbedarf besteht, kann als Hintergrund für die Situation in den beiden Siedlungen verstanden werden.

¹² Eine mögliche Erklärung für den doch enttäuschenden Rücklauf liegt im Umstand, dass in der Siedlung schon einmal Bedürfnisse ohne sichtbare Folgen erhoben wurden.

¹³ Gegen Ende des Gesamtprojekts folgen pro Gebiet noch je 10 (telefonische) Kurzinterviews zu Stärken und Schwächen, Hürden und Optimierungsmöglichkeiten. Weiters wird versucht, Veränderungen der subjektiven Sicherheitseinschätzung, der objektiv messbaren Straftaten sowie der finanziellen „Devastierungs-“ oder „Vandalismusschäden“ im Zeitvergleich zu erfassen.

¹⁴ Vgl.: Stadt Graz – Präsidialamt: LQI Befragung 2009. Ergebnisse Graz, Oktober 2009. Die LQI-Befragung, durchgeführt im Zeitraum Oktober 2009 basierend auf einer repräsentativen Stichprobe, liefert Daten zur Zufriedenheit mit unterschiedlichen Aspekten der Lebensqualität, unter anderem der Sicherheit in der Stadt Graz.

Das sechste Kapitel widmet sich den beiden Zielsiedlungen. Ausgehend von einer ersten qualitativen Annäherung und der strukturellen Analyse der Bewohnerschaft der beiden Siedlungen werden Fragen der Wohn- und Lebensqualität und der Sicherheitswahrnehmung nach unterschiedlichen Aspekten skizziert und jeweils Stärken und Schwächen sowie von BewohnerInnen geäußerte Anregungen präsentiert. Verwendet wird diesbezüglich sowohl Material aus den Straßenbefragungen als auch solches der schriftlichen Erhebung. Abschließend werden kurz die Ergebnisse der Vergleichssiedlung dargestellt.

Im siebenten Kapitel wird der engere Kern der Sicherheitsforschung behandelt und im Vergleich der drei Siedlungen bzw. der Ergebnisse nach sozioökonomischen Merkmalen der Frage nachgegangen, welche Faktoren die Sicherheitswahrnehmung entscheidend prägen - sind es konkrete Gegebenheiten in der Wohnumgebung oder eher individuelle und sozioökonomische Merkmale und Verhaltensweisen? Im Prinzip werden hier theoretische, soziale und personale Aspekte und Prämissen der Sicherheitswahrnehmung und Kriminalitätsfurcht empirisch „überprüft“.

Das achte Kapitel liefert eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse. Abschließend werden aus den empirischen Erhebungen in den Zielgebieten und aus ähnlichen Beispielen mögliche gemeinwesenarbeitsorientierte Interventionsrichtungen skizziert.

3 SICHERHEITSWAHRNEHMUNG UND KOMMUNALE PRÄVENTION

Seit den 1980er Jahren ist vor allem in den deutschsprachigen Ländern ein Paradigmenwechsel oder zumindest eine neue Perspektive in der Kriminalpolitik und Kriminologie zu beobachten.¹⁵ In kriminalpolitischen Diskussionen fanden zunehmend Opferperspektiven und die Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung Eingang, dementsprechend rückten in der kommunalen und städtebaulichen Kriminalprävention die für die Bevölkerung maßgeblichen Gefahrenaspekte in den Mittelpunkt. Kriminalpräventive Strategien richteten sich vermehrt an den subjektiven Bedürfnissen der Bevölkerung aus. Ein Ausdruck dessen ist auch das Bemühen der Polizei als der staatlich für Sicherheit zuständigen Instanz um mehr BürgerInnennähe. Ihre Aktivitäten sollen sich nicht nur nach der objektiven Sicherheitslage ausrichten, sondern anlassunabhängig auch am Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Auch in Österreich begannen vor ca. 20 Jahren die Bemühungen um eine an der Sicherheitswahrnehmung orientierte Kriminalitätsprävention. Diese gewinnt aber erst jüngst – wie der unlängst in Graz abgehaltene Präventionskongress zeigt – stärker an Bedeutung.

Die Messung der Kriminalitätsfurcht oder – etwas breiter - der Sicherheitswahrnehmung soll dazu dienen, die öffentliche Sicherheit aus der subjektiven Sicht der Bevölkerung zu

¹⁵ Vgl. dazu und im Folgenden vor allem die aufschlussreiche Studie: Individuelle und sozialräumliche Determinanten der Kriminalitätsfurcht. Sekundäranalyse der Allgemeinen Bürgerbefragungen der Polizei in Nordrhein-Westfalen. 2006. Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen. Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle. Forschungsberichte Nr.4, 2006. www.lka.nrw.de.

eruieren, Bedingungen zu erfahren, die Unsicherheit begünstigen, und die Erkenntnisse für präventive Strategien zu nutzen. Die Verbindung zu raumbezogenen sozialen und städtebaulichen Strukturen ist in diesem Kontext naheliegend, erhöhte Unsicherheit hat - ebenso wie tatsächliche Kriminalität - oft räumliche und soziale Bezüge und zeitigt über die unmittelbare individuelle Bedrohung hinausgehend subjektive Wirkungen (wie auch in den beiden gegenständlichen Siedlungen noch gezeigt werden wird). Eine erhöhte Unsicherheitswahrnehmung kann bestimmte Verhaltensweisen - beispielsweise außerhäusliche Aktivitäten - einschränken oder unterbinden und somit die Lebensqualität verringern. Zudem können die für den Schutz vor Bedrohung aufgewendete Energien, Zeit und auch das dafür notwendige Geld (z.B. für Sicherheitstüren) dazu führen, dass diese Ressourcen für andere Aktivitäten nicht zur Verfügung stehen - etwa für Bemühungen um eine funktionierende Nachbarschaft, dem laut eines österreichischen Präventionsexperten „*besten Schutz*“ vor Einbrüchen. Resultat der Summe derartiger individueller Verhaltensweisen kann der Verlust bestimmter wichtiger sozialintegrativer Funktionen öffentlicher Räume sein, wenn sie gemieden werden. Damit schwinden auch Möglichkeiten der Begegnung, des Austausches usw., was auch die informelle „Sozialkontrolle“ oder die Attraktivität für Bevölkerung, Wohnungssuchende und Investoren tangiert.¹⁶ Solche Zusammenhänge werden in der kommunalen Kriminalitätsprävention immer mehr berücksichtigt. Anknüpfungspunkte sind soziale Zusammenhänge, städtebauliche, siedlungsbezogene und architektonische Gegebenheiten wie mangelnde Übersichtlichkeit und Beleuchtung, verwahrloste Außenräume, Angsträume, Anonymität etc.

3.1 Dimensionen der Sicherheitswahrnehmung – Entstehungs- und Wirkungszusammenhänge

In Hinsicht auf Unsicherheitswahrnehmung und Kriminalitätsfurcht werden unterschiedliche Dimensionen und Einflüsse konstatiert, die den Bezugsrahmen auch für die gegenständliche Analyse bilden. Zunächst wird grundsätzlich eine **soziale und eine personale Komponente** unterschieden. Erstere bezieht sich auf die Einschätzung der Bedeutung, des Ausmaßes und der Entwicklung der Kriminalität und der Sicherheit als soziales Problem einer Gesellschaft, das neben anderen sozialen Problemen wie Arbeitslosigkeit, schwindenden wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven, Umweltbelastungen etc. besteht - oft in vielfachen Überschneidungen.¹⁷ Die personale Komponente hingegen richtet sich auf die Einschätzung der eigenen Gefährdung durch Kriminalität, wobei hier besonders Lebensbedingungen und Wohnsituationen, aber auch mediale Inszenierungen zu berücksichtigen sind. Bestimmte - mit dem Fachausdruck „vulnerabel“ versehene - Personengruppen, z.B. Frauen oder ältere Menschen, empfinden bestimmte Situationen als besonders unsicher, auch steht die personale Kriminalitätsfurcht oft in sehr engem Bezug zu bestimmten Gewaltdelikten in spezifischen Situationen.

¹⁶ Derartige Effekte werden oft als „indirekte Kosten der Kriminalität“ genannt.

¹⁷ So zum Beispiel werden sonstige Ängste auch auf die Furcht vor Kriminalität übertragen, die Kriminalitätsfurcht wird unter Umständen dadurch als eine Projektion allgemeinerer Ängste weit überschätzt.

Weiters wird bei der Kriminalitätsfurcht oder Unsicherheitsempfindung eine **affektive (emotionale)**, eine **kognitive** und eine **(konative) Verhaltenskomponente** differenziert.

Die **affektive Dimension** enthält Gefühle der Angst und Unsicherheit, die **kognitive Dimension** die Risikoeinschätzung, selbst Opfer werden zu können, beide Dimensionen stehen in sehr engem, oft kausalem Zusammenhang. Die **konative Dimension** umfasst etwa Verhaltensweisen, die dem Schutz vor Kriminalität dienen sollen, wie z.B. die Vermeidung bestimmter Situationen, Personen oder Orte.

Wichtig für das Verständnis der Kriminalitätsfurcht oder der Unsicherheitswahrnehmung gelten vor allem drei Erklärungsansätze, nämlich die **Viktimisierungsperspektive**, die **Soziale-Probleme-Perspektive** und die **Soziale-Kontrolle-Perspektive**.

Die **Viktimisierungsperspektive** geht von sozialen und psychologischen Eigenschaften von Personen aus, insbesondere von direkten oder indirekten Opfererfahrungen bzw. Viktimisierungen. Neben eigenen Erfahrungen hat auch die Kenntnis von persönlich bekannten Opfern oder von Taten im unmittelbaren sozialen und räumlichen Umfeld, in noch weiterem Sinne auch die mediale Darstellung von Straftaten eine Bedeutung. Hier ist auch die erhöhte Vulnerabilität (Verletzbarkeit) verschiedener Personengruppen zu berücksichtigen, die mit subjektiven Wahrnehmungen und Vorstellungen, unterschiedlichen deliktspezifischen Risiken, aber auch unterschiedlich gravierenden Viktimisierungen, vor allem bei Sexualdelikten, zu tun haben.¹⁸ Wichtig für die emotionale Reaktion in bedrohlich eingeschätzten Situationen ist auch die Sichtweise der eigenen Ressourcen und Möglichkeiten, mit Situationen umzugehen oder sich solchen zu entziehen.¹⁹

Die **Soziale-Probleme-Perspektive** stellt die Kriminalitätsfurcht in Zusammenhang mit medial vermittelten und auf gesellschaftlicher Ebene thematisierten sozialen Problemen. Eine übertreibende und detaillierte Beschreibung von Gewalthandlungen (vor allem mit lokalem Bezug)²⁰ kann zum Beispiel dazu führen, dass die eigene Gefährdung auch höher eingeschätzt wird. In diesem Zusammenhang wirkt sich zweifellos auch eine oft negative Berichterstattung über Migration aus.

Die **Soziale-Kontrolle-Perspektive** schließlich stellt die Kriminalitätsfurcht in den Kontext sozialräumlicher Bedingungen der konkreten Wohn- und Lebensumgebung. Höhere Kriminalitätsraten in bestimmten Gebieten mit schlechtem baulichen Zustand, viele sozial schwache Armutshaushalte mit instabilen Familienstrukturen, ethnische Heterogenität, hohe Fluktuation und Anonymität, fehlende soziale Netzwerke und geringer Zusammenhalt in der Nachbarschaft, soziale Desorganisation, öffentlich sichtbare Verfallserscheinungen von Bauwerken, leerstehende Häuser, abgemeldete Fahrzeuge auf

¹⁸ Daraus lässt sich auch das sogenannte „Kriminalitätsfurcht-Paradox“ erklären, dass Gruppen mit den objektiv (erfassten) niedrigsten Opferraten – Frauen und ältere Menschen beiderlei Geschlechts – die häufigste Kriminalitätsfurcht aufweisen. Siehe: Individuelle und sozialräumliche Determinanten der Kriminalitätsfurcht, S.5 f.

¹⁹ Solche stresstheoretischen Annahmen entstammen dem sogenannten interaktiven Verständnismodell.

²⁰ Vgl. dazu etwa den Einfluss des „Reality TV“ in Amerika auf weit verbreitete Angstzustände und privaten Waffenbesitz, wie sie in Filmen von Michael Moore thematisiert wurden.

Straßen, Schmutz, Vandalismus, Verwahrlosung öffentlicher Anlagen, die Sichtbarkeit sozialer Probleme (Obdachlose, Süchtige etc.) und vieles mehr führen zur Schwächung der Effektivität informeller Sozialkontrolle und zur Verunsicherung und Verängstigung von BewohnerInnen.²¹ Unterschiedliche Befunde zeigen aber, dass fehlende informelle Netze und Strukturen oder die Sichtbarkeit der bestehenden sozialen (Un-) Ordnung sich nicht gleichartig auf eine höhere Kriminalitätsfurcht auswirkt, sondern mit der Größe von Wohnsiedlungen, individuellen Eigenschaften, subjektiver Vulnerabilität, Opfererfahrungen, spezifischer Sensibilität und Aufmerksamkeit für derartige Probleme zusammenhängen. In Gebieten mit erhöhter Kriminalität stellt diese oft ein Problem neben anderen, etwa Arbeitslosigkeit dar, während sie in „Mittelschichtviertel“ oft als einziges Problem gesehen und daher eventuell als übersteigerte Bedrohung empfunden wird.

Solche unterschiedlichen Entstehungs- und Wirkungszusammenhänge führen generell auch zu unterschiedlichen Vorschlägen, wie die Kriminalitätsfurcht zu verringern und damit eine höhere Lebensqualität zu erreichen ist. Für ein stadtteilbezogenes und kommunales Agieren stehen neben den klassischen staatlichen und sozialpolitischen Sicherheitsstrategien vor allem „weichere“, partizipative Interventionsformen mit dem Ziel der Intensivierung der Kontakte in der Nachbarschaft und der Rückgewinnung des öffentlichen Raums zur Diskussion. Folgende kurz zusammengefasste Möglichkeiten der Prävention werden immer wieder genannt:

- bauliche, gestalterische Maßnahmen wie Beleuchtung, Gestaltung der Außenräume, Sauberkeit, Beseitigung von „incivilities“, Videoüberwachung
- Reduktion sozialer Problemlagen und Stärkung nachbarschaftlicher sozialer Netzwerke bzw. der informellen Sozialkontrolle
- Förderung individueller Kompetenzen, um die Vulnerabilität zu verringern (Selbstverteidigungskurse, Stressmanagement)
- Präsenz der Polizei (kann aber auch als Indikator für vermehrte Gefährdung gesehen werden), Einflussnahme auf Medien, weniger verzerrte Kriminalitätsdarstellungen

²¹ Hier setzt auch der sogenannte „broken-windows-Ansatz“ an, demzufolge Verfallserscheinungen (Incivility) und Störungen der öffentlichen Ordnung (Disorder) auch fehlende soziale Strukturen (soziale Desorganisation) und den Verfall der öffentlichen Ordnung signalisieren.

3.2 Sicherheitsempfinden und -lagen in Graz bzw. in der Steiermark

In Bezug auf Gewalt und Sicherheit im öffentlichen Raum zählt Graz nach allen verfügbaren Daten zu den relativ verbrechens- und gewaltarmen Städten.²² Der Großteil der angezeigten strafbaren Handlungen entfiel im Jahr 2009 auf Handlungen gegen „fremdes Vermögen“ (ca. 16.700), an zweiter Stelle waren „Handlungen gegen Leib und Leben“ (ca. 3200). Diese beiden Bereiche stellten 88% aller angezeigten ca. 22.700 strafbaren Handlungen.²³

Laut der Lebensweltindikatorenbefragung²⁴ sind immerhin (oder nur) 66% der befragten BürgerInnen mit der Sicherheit im öffentlichen Raum bei Tageslicht zufrieden. In der Nacht allerdings fühlen sich nur mehr 36% auf öffentlichen Straßen und Plätzen sicher. 70% der Befragten sind mit dem Vertrauensverhältnis in der Nachbarschaft zufrieden.²⁵ Allgemein lag die Zufriedenheit mit der Sicherheitssituation in Graz bei 2,4 im Schulnotensystem. Nach Bezirken ergab sich der größte Handlungsbedarf – errechnet aus der Differenz zwischen den Werten für die Wichtigkeit des jeweiligen Indikators und der Zufriedenheit mit der diesbezüglich aktuellen Situation - in Hinsicht auf die Sicherheit während der Dunkelheit im Bezirk Puntigam (nur 26% fühlen sich sicher). In den sogenannten „Brennpunktbezirken“ Lend, Gries und Jakomini zeigte sich ein vergleichsweise geringerer Handlungsbedarf, was unter anderem mit der Nähe von Einsatzkräften der Polizei erklärt wird.²⁶

3.2.1 Die Verwendung des Begriffs Sicherheit in Grazer Medien

Das breite Bedeutungsspektrum des Begriffs Sicherheit wird auch bei der Inhaltsanalyse von drei Grazer Medien – den beiden Gratiswochenzeitungen „Der Grazer“ bzw. „Die Grazer Woche“ sowie der monatlichen BürgerInneninformation „BIG“ des Grazer Rathauses - ersichtlich. Diese Medien wurden deshalb ausgewählt, weil sie einerseits gratis allen Haushalten zugestellt werden und eine hohe Reichweite besitzen. Andererseits wurde angenommen, dass sie als lokale Medien am ehesten das unmittelbare Geschehen vor Ort wiedergeben. In den Ausgaben von September 2009 bis einschließlich September 2010 wurde nach dem Wort „Sicherheit“ sowie nach Inhalten, die sich im Kontext des Begriffes befinden bzw. nach häufigen Sicherheitsthemen im Raum Graz gesucht.

²² Vgl. dazu: Menschenrechtsbericht der Stadt Graz 2009. Hrsg. vom Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz. Graz: September 2009 (Entwurf), S.24 ff. Der Bericht verweist u.a. auf den Verfassungsschutzbericht, Kriminalstatistiken des Innenministeriums und auf eine Stellungnahme der Bundespolizeidirektion Graz, die von einer stabilen Sicherheitslage und einem entsprechend gutem Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung ausgeht, auch wenn gezielte Pressemitteilungen über „Hochburgen der Kriminalität“ die Unsicherheit immer wieder schürten.

²³ Besonders erwähnt werden im Menschenrechtsbericht u.a. auch die Bereiche „Gewalt unter Jugendlichen und in der Schule“ und „Gewalt an Frauen“, ohne allerdings auf spezifische Daten zu verweisen.

²⁴ Vgl.: Stadt Graz – Präsidialamt: LQI Befragung 2009. Ergebnisse Graz, Oktober 2009.

²⁵ Sonstige Indikatoren im Bereich Sicherheit waren (in Klammer jeweils die Werte zur Zufriedenheit): Nähe von Einsatzkräften (59%), Qualität der Straßenbeleuchtung (59%), Sicherheit für FußgängerInnen (51%) und RadfahrerInnen (43%).

²⁶ Vgl. dazu auch den Menschenrechtsbericht der Stadt Graz, S. 25.

Anzumerken ist, dass in den drei Publikationen Kriminalität kein omnipräsentes Thema ist. In Tageszeitungen kursierende häufige Themen in Zusammenhang mit Sicherheit wie Gewalt unter Jugendlichen, Drogen, Vandalismus, Einbruchsserien oder „bekannt“ unsichere Orte werden kaum „ausgewälzt“. Dem Thema Sicherheit wird in Zusammenhang mit Kriminalität eher wenig Beachtung geschenkt, weswegen die Inhaltsanalyse auch nicht besonders ertragreich war. Das Wort „Sicherheit“ wird mehr als Floskel in der Alltagssprache oder als Werbeziel (Wahlwerbung, Autokauf etc.) verwendet, die „persönliche Sicherheit“ ist aber zumindest in den beiden Wochenzeitungen in unterschiedlichen Zusammenhängen ein häufiger Topos²⁷. Der Begriff „Sicherheit“ erscheint in folgenden Verwendungskontexten:

- Sicherheit im Alltag im weiteren Sinn: Beispielsweise beruflich als Sicherheit vor Jobverlust („sichere Berufsfelder“), finanziell im Sinn von Geldreserven zu besitzen, in Wahlprogrammen („mehr Sicherheit für die Menschen“) oder als Redewendung („mit Sicherheit“).
- Sicherheit für Personen: Hierunter versteht man den engeren Sinn des Wortes, zum Beispiel den Erhalt der Gesundheit mittels Impfung oder die Sicherheit vor körperlichen Bedrohungen in der Stadt oder den Schutz durch verantwortliche Institutionen wie der Polizei, der Stadtwache, der Medizin etc.
- Verkehrssicherheit: zum Beispiel mehr Schutzwege vor Schulen und Kindergärten, die Wartung älterer Autos etc.
- Sicherheit im Kontext von kriminellen Handlungen: vorwiegend Diebstahl und Einbruch, aber auch Drogenmissbrauch oder Körperverletzung

Die Wochenzeitung „Der Grazer“ geht eher unspezifisch mit dem Begriff Sicherheit um und schenkt dem Thema Kriminalität wenig Beachtung. Im „Grazer“ kommt das Thema „Sicherheit“ in 101 Artikeln vor und wird zum größten Teil (55%) alltagssprachlich gebraucht. Der Begriff im engeren Sinn als Sicherheit von Personen ist mit 23% am zweithäufigsten zu finden. 16% der Nennungen entfallen auf das Thema Verkehrssicherheit. Ein Anteil von 6% entfällt auf direkte Verbindungen zur Kriminalität, überwiegend wird dabei Diebstahl angesprochen.

In der „Grazer Woche“ behandeln 113 Artikel das Thema Sicherheit oder tangieren es zumindest. Davon entfällt rund ein Drittel (33%) auf die alltagssprachliche Verwendung von Sicherheit. Auf die Verkehrssicherheit entfallen 28% der Nennungen, auf die Sicherheit für Personen 24%. Im Zusammenhang mit Kriminalität wird der Begriff „Sicherheit“ eher weniger benutzt (14%).

Die monatlich erscheinende „Bürgerinformation Graz“ (BIG) befasst sich nur in einem geringen Ausmaß mit „Sicherheit“. Lediglich in elf Artikeln kommt Sicherheit im weitesten Sinne innerhalb eines Jahres vor. Je zwei Erwähnungen beziehen sich auf die Sicherheit von Personen sowie auf die Verkehrssicherheit, kein einziges Mal wurde Sicherheit im Kontext von Kriminalität behandelt.

²⁷ Im Schnitt finden sich pro Ausgabe zwei Artikel, in denen Sicherheit in irgendeiner Form vorkommt.

4 SOZIALRÄUMLICHE UNTERSCHIEDE IN DER STADT GRAZ

Die Stadt Graz lässt sich grob in vier sozio-demografische Bereiche unterteilen.²⁸ Die Innenstadt (grün markierte Bezirke in der folgenden Grafik) umfasst die historische Kernstadt mit vielen kulturellen Einrichtungen und Institutionen. Östlich davon liegen die traditionellen bürgerlichen Wohngegenden der Mittel- und Oberschicht (gelb markierte Bezirke). Die Bezirke Jakomini, Lend und Gries zählen zu jenem Stadtbereich (rot markierte Bezirke), in dem viele MigrantInnen leben. Vereinzelt haben in diesen Bezirken in den letzten Jahren soziale Aufwertungsprozesse eingesetzt (vor allem im Bezirk Lend rund um das Kunsthaus), große Teile dieser Bezirke gelten aber dennoch weiterhin als weniger attraktive Wohngebiete. Über die Bezirke im Westen der Stadt erstreckt sich die postindustrielle Zone (blau markierte Bezirke). Dieser Bereich der Stadt umfasst die ehemaligen Industriegebiete, sowie den Gewerbe- und Wohngürtel im Westen von Graz. Die Untersuchungsgebiete bzw. Siedlungen der gegenständlichen Untersuchung liegen in den beiden rot markierten Bezirken Jakomini und Lend, die Vergleichssiedlung im benachbarten „blauen“ Bezirk Eggenberg.

Die Entstehung von benachteiligten städtischen Vierteln, in denen sich einkommensschwache Haushalte und soziale Probleme konzentrieren, ist auch historisch bedingt. Städtische Gebiete, die früher randständige Orte waren, vor allem ehemalige Gewerbe- und Industriegebiete, gelten auch in der Gegenwart häufig noch als wenig attraktive Wohngebiete mit höheren Sicherheitsrisiken. In der Stadt Graz wird analog zu dieser historischen Entwicklung meist das „ärmere“ rechte Murufer (westlich der Mur) dem „reicheren“ linken Murufer (östlich der Mur) gegenübergestellt, auch wenn bestimmte Gebiete westlich der Mur in den vergangenen Jahren sozial aufgewertet wurden.

Abbildung 1: Sozio-demografische Bereiche in Graz



Quelle und Darstellung: Projekt mein Graz.²⁹

²⁸ Vgl. Projektbeschreibung mein Graz – Der Stadtraum als Bühneninstallation in vier Teilen. http://www.scan.ac/scan2/02%20texte/meinGraz_projektbeschreibung.pdf, 09.03.2010.

²⁹ Die grafische Darstellung basiert auf einer Clusteranalyse, bei der die Stadt Graz mithilfe spezifischer Indikatoren in vier sozio-demografische Bereiche unterteilt wurde.

Eine Konzentration der Haushalte, die als arm oder armutsgefährdet eingestuft werden können, ist vor allem in den innerstädtischen Bezirken Jakomini, Lend und Gries festzustellen, aber teilweise auch in den ehemaligen Industriebezirken im Westen der Stadt. Diese Bezirke dürfen dennoch nicht als sozial homogene Räume betrachtet werden, sondern die sozialen Probleme konzentrieren sich auf größere Siedlungen und Gemeindebauten. Einkommensschwache Personen leben oft in weniger attraktiven städtischen Gebieten mit spezifischen Belastungen (z.B. Lärm- und andere Umweltbelastungen). Vor allem Gebiete mit vielen Gemeindewohnungen und Übergangswohnungen, welche die Stadt von Wohnungslosigkeit bedrohten Familien zur Verfügung stellt, zählen zu den sozialen Brennpunkten der Stadt. Dort leben vor allem armutsgefährdete Großfamilien, MigrantInnen, ältere Menschen und AlleinerzieherInnen. Neben finanziellen Problemen, die nicht selten zu Mietrückständen führen, kennzeichnen Arbeitslosigkeit, Suchterkrankungen und gesundheitliche Einschränkungen das Leben vieler BewohnerInnen. Häufiger sind dort auch Verwahrlosungsproblematiken und Nachbarschaftskonflikte anzutreffen. Zu den Problemen der Kinder und Jugendlichen in diesen Siedlungen zählen vor allem mangelnde Bildungs- und Zukunftschancen, aber auch fehlende Kultur- und Freizeitangebote. Die Strukturen und Bedingungen, die BewohnerInnen in ihrem unmittelbaren Wohnumfeld vorfinden, sind vor allem für in Armut lebende oder armutsgefährdete Bevölkerungsschichten von großer Bedeutung, da diese auch häufig in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.³⁰ Sozialräumliche Unterschiede innerhalb der Stadt lassen sich auch mithilfe von Zahlen über die Betroffenheit von Arbeitslosigkeit und den Sozialhilfebezug nachzeichnen.

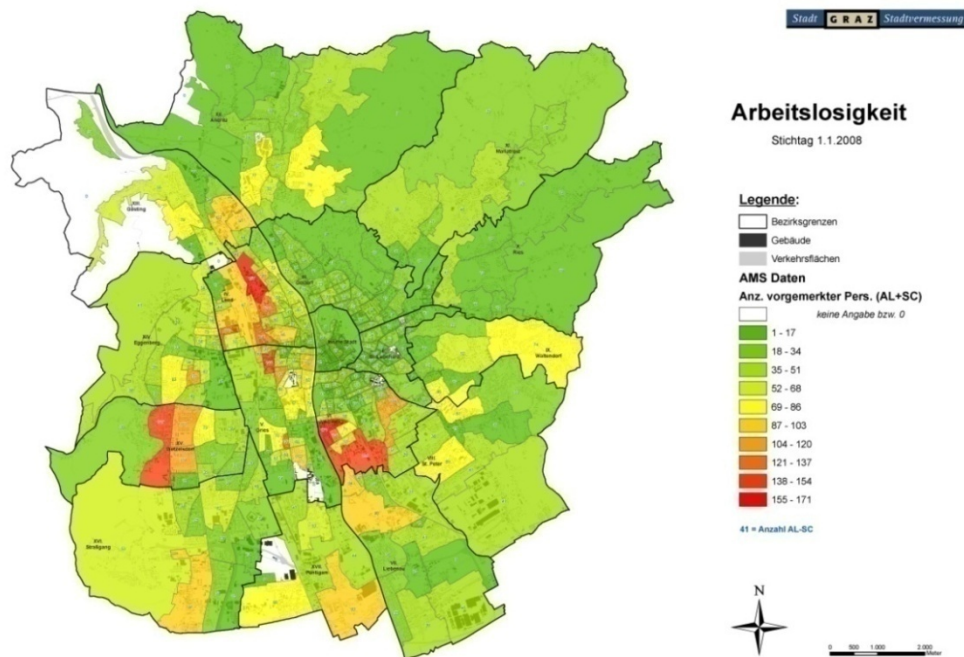
4.1.1 Die Verteilung von Arbeitslosigkeit

Die bezirks- und sprengelspezifischen Analysen im Rahmen der LQI-Analyse bestätigen langjährige Erfahrungen mit der räumlichen Verortung von Arbeitslosigkeit. Sie zeigten für den Jänner 2008, dass die Arbeitslosigkeit vor allem in den innerstädtischen Bezirken Jakomini (VI) und Lend (IV) sowie in einigen Gebieten im Bezirk Gries (V) sehr hoch war. Höhere Arbeitslosenzahlen wiesen aber auch einzelne Sprengel in den Bezirken im Westen, allen voran Wetzelsdorf (XV), auf. Niedrigere Werte kennzeichneten die Innenstadt sowie die Wohnbereiche im Osten der Stadt.³¹

³⁰ Vgl. Dangschat, Jens S.: Räumliche Aspekte der Armut. In: Handbuch Armut in Österreich. Hrsg. Von Nikolaus Dimmel, Karin Heitzmann, Martin Schenk. Studienverlag: Innsbruck – Wien – Bozen, S. 255.

³¹ Daten zur Verfügung gestellt vom Stadtvermessungsamt der Stadt Graz: Datenblatt Arbeitslosigkeit mit Stichtag 1.1. 2008. Tendenziell ist die räumliche Verteilung der Arbeitslosigkeit über Jahre hinweg ähnlich.

Grafik: Verteilung der Arbeitslosigkeit



4.1.2 Sozialhilfebezug in Graz

Ein ähnliches Bild ergibt sich, wenn man jene Haushalte verortet, die Sozialhilfe zur Sicherung ihres Lebensunterhalts bezogen haben. Beispielsweise stammen die SozialhilfebezieherInnen im Jahr 2009³² überwiegend aus den Bezirken Lend (17%), Gries (24%) und Jakomini (20%). Auch in Relation zur EinwohnerInnenanzahl weisen diese Bezirke die höchsten Werte auf – in Gries kamen auf 1000 EinwohnerInnen 35 SozialhilfebezieherInnen. Auch in einzelnen Außenbezirken wie Gösting, Eggenberg oder Wetzelsdorf sind SozialhilfebezieherInnen überproportional vertreten. Die Bezirke im Osten von Graz weisen generell eine niedrigere Anzahl an SozialhilfebezieherInnen als jene im Westen auf.

³² Vgl. dazu Silvia Paierl, Peter Stoppacher: Erster Armutsbericht der Stadt Graz. Graz: IFA Steiermark 2010, S.39. Die Zahlen beziehen sich auf den Zeitraum Jänner bis September 2009, tendenziell aber ist die räumliche Verteilung in den letzten Jahren ähnlich.

Tabelle 1: SozialhilfebezieherInnen nach Grazer Bezirken | Jänner – September 2009

SozialhilfebezieherInnen in Grazer Bezirken		
Bezirke	Anteil an SH-BezieherInnen	SH-Bez. pro 1000 Einwohn. ³³
I – Innere Stadt	35 (1%)	10 auf 1000 EW
II – St. Leonhard	82 (2%)	6 auf 1000 EW
III – Geidorf	125 (3%)	6 auf 1000 EW
IV – Lend	635 (17%)	23 auf 1000 EW
V – Gries	889 (24%)	35 auf 1000 EW
VI – Jakomini	708 (20%)	24 auf 1000 EW
VII – Liebenau	145 (4%)	11 auf 1000 EW
VIII – Sankt Peter	53 (2%)	4 auf 1000 EW
IX – Waltendorf	51 (1%)	4 auf 1000 EW
X – Ries	17 (1%)	3 auf 1000 EW
XI – Mariatrost	36 (1%)	4 auf 1000 EW
XII – Andritz	95 (3%)	5 auf 1000 EW
XIII – Gösting	172 (5%)	16 auf 1000 EW
XIV – Eggenberg	291 (8%)	16 auf 1000 EW
XV – Wetzelsdorf	176 (5%)	12 auf 1000 EW
XVI – Straßgang	83 (2%)	6 auf 1000 EW
XVII – Puntigam	46 (1%)	7 auf 1000 EW

Quelle: Sozialamt Stadt Graz, IFA Eigenberechnung

4.1.3 Räumliche Unterschiede in der Lebensqualität

Die Zufriedenheit mit unterschiedlichen Aspekten der Lebensqualität auf Bezirksebene nach der Grazer LQI-Befragung liefert weitere Hinweise auf sozialräumliche Unterschiede in der Stadt Graz bzw. Spezifika der Gebiete, in denen die Zielgebiete der gegenständlichen Untersuchung liegen. Insgesamt wurden Fragen zu 10 Bereichen des „subjektiven Wohlbefindens“ gestellt, welche die sogenannten „Basisindikatoren“ ergeben. Neben den Zufriedenheitswerten für die wichtigen Lebensqualitätsindikatoren wurden auch die subjektiven Wichtigkeiten der Indikatoren³⁴ erhoben. Jeder Basisindikator setzt sich aus mehreren Unterfragen zusammen, aus denen dann ein gemeinsamer Wichtigkeits- und Zufriedenheitswert errechnet wurde. Die Grazer LQI-Beschreibung differenziert innerhalb der Bezirke weitere Zonen, damit wird der Bedeutung kleinräumiger und relativ überschaubarer Gebietskulissen, die räumlich die Lebenslagen von BewohnerInnen am meisten prägen, Rechnung getragen. In Hinsicht auf Stadtteil- oder Gemeinwesenarbeit

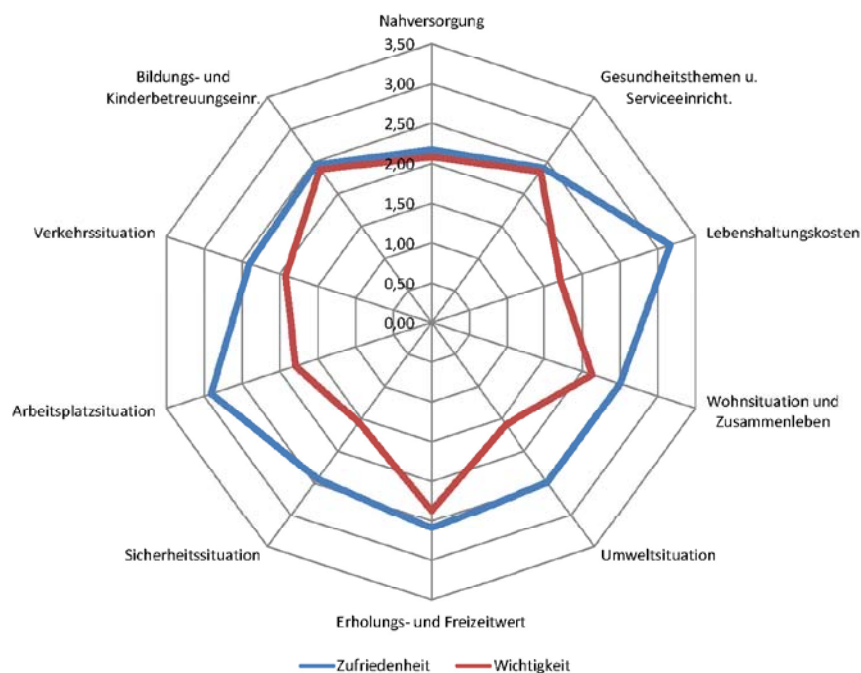
³³ Die Zahlen der Wohnbevölkerung in den einzelnen Bezirken basieren auf den Daten der Stadt Graz mit 01.10. 2009. (Vgl. Stadt Graz – Präsidialamt: Anwesende Wohnbevölkerung nach Wohnsitz und Geschlecht pro Bezirk, S. 1.) Vgl. dazu: Armutsbericht der Stadt Graz.

³⁴ Jeweils nach dem Schulnotensystem.

stehen dadurch planerische Daten für Sozialräume als Orte, wo sich soziale Risiken und Benachteiligungen häufen sowie Ressourcen für stadtteilbezogene und sozialpolitische Aktivitäten fehlen, zur Verfügung. Wichtige Dimensionen für individuelle Lebenslagen sind u.a. die Wohnversorgung, Einkommen und Erwerbsarbeit, Bildungsniveau und Gesundheit. Wechselwirkungen zwischen sozialer Lage und territorialen Strukturen führen zu sogenannten **Raumeffekten**: Gebiete, in denen sich benachteiligte Gruppen konzentrieren, können ihrerseits wieder benachteiligend wirken, zu nennen wären **soziale Effekte** (z.B. Milieueffekte, Entstehen von Subgruppen), **materielle Effekte** (Vernachlässigung der sozialen Infrastruktur, Verwahrlosung des Wohnumfeldes, städtebauliche Vernachlässigung) oder **symbolische Effekte** (negative oder positive Etikettierungen).

Insgesamt wird in Graz der „Sicherheitssituation“ (1,55), „Umweltsituation“ (1,59), den „Lebenshaltungskosten“ (1,72), der „Arbeitsplatzsituation“ (1,79) sowie der Verkehrssituation (1,92) die höchste Wichtigkeit für die Lebensqualität beigemessen. Für alle anderen Bereiche liegen die Werte über 2,0. „Schlusslicht“ ist der Bereich „Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen“ (was auch mit der Zusammensetzung nach Unterfragen zusammenhängen dürfte). Nach Bezirken gibt es eher geringe Unterschiede. Die Zufriedenheit mit der tatsächlichen Situation ist bei der Nahversorgung am höchsten, gefolgt vom Bereich „Gesundheit und Serviceeinrichtungen“ und der Verkehrssituation, am niedrigsten ist sie bei den Lebenshaltungskosten, der Arbeitsplatzsituation und dem Erholungs- und Freizeitwert. Ein hoher Handlungsbedarf ergibt sich dann, wenn eine hohe Diskrepanz zwischen der Wichtigkeit und der Zufriedenheit besteht:

Grafik 2: Wichtigkeit und Zufriedenheit mit Basisindikatoren in Graz³⁵



Quelle: LQI Bevölkerungsbefragung 2009, Ergebnisse Graz, S. 36

³⁵ Je näher zur Null, desto höher ist die Zufriedenheit bzw. die Wichtigkeit der einzelnen Indikatoren.

Bei einem Ranking nach der Zufriedenheit sind ehemals stark industriell geprägte Randbezirke im Westen bzw. Süd-Westen der Stadt fast durchgängig bei den Gebieten mit den niedrigsten Zufriedenheitswerten zu finden. Die BewohnerInnen von Gösting führten das Negativ-Ranking in drei Bereichen an: Sie waren mit dem Zugang zu Gesundheits- und Serviceeinrichtungen, mit dem Zugang zu Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen und mit der Bewertung der Arbeitsplatzsituation verglichen mit allen anderen BewohnerInnen der Stadt am unzufriedensten. Auch in anderen Randbezirken im Westen bzw. Süd-Westen (Liebenau, Puntigam, Eggenberg, Wetzelsdorf) werden diese genannten Aspekte der Lebensqualität häufig nur durchschnittlich gut bewertet. Nur mäßig zufrieden zeigten sich die BewohnerInnen von Puntigam und Eggenberg mit den Lebenshaltungskosten, wozu die Kosten für den Wohnraum, den Lebensmittelbedarf und die Gesundheitsvorsorge aber auch Gemeindeabgaben und Ausgaben für die Nutzung des öffentlichen Verkehrs zählten. BewohnerInnen der Innenstadt am östlichen Murufer oder des östlichen Wohngürtels der Stadt sind nur mit wenigen Lebensqualitätsindikatoren unzufrieden. Von BewohnerInnen der Innenstadt wurde die Umweltsituation kritischer bewertet, von BewohnerInnen des Bezirkes Ries der Zugang zu Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen.

Tabelle 3: Ausgewählte Lebensqualitätsindikatoren – Ranking der Bezirke mit der schlechtesten durchschnittlichen Bewertung (1= sehr zufrieden – 5=völlig unzufrieden)

Lebensqualitätsindikatoren – Bezirke mit niedrigster Zufriedenheit			
Gesundheits- und Serviceeinrichtungen		Lebenshaltungskosten	
XIII – Gösting	2,73	XVII - Puntigam	3,27
VII – Liebenau	2,57	XIV - Eggenberg	3,24
XVII – Puntigam	2,57	XVI - Straßgang	3,23
VI – Jakomini	2,50	V - Gries	3,21
IV – Lend	2,49	XIII - Gösting	3,21
Wohnsituation und Zusammenleben		Umweltsituation	
VI – Jakomini	2,76	XVII - Puntigam	2,87
V – Gries	2,73	V - Gries	2,79
IV – Lend	2,68	VI - Jakomini	2,79
XIII – Gösting	2,63	I – Innere Stadt	2,63
XIV – Eggenberg	2,63	VII - Liebenau	2,62
Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen		Arbeitsplatzsituation	
XIII – Gösting	2,68	XIII -Gösting	3,12
X – Ries	2,57	XVII - Puntigam	3,03
V – Gries	2,57	XIV - Eggenberg	3,03
XVII – Puntigam	2,56	XV - Wetzelsdorf	2,98
XV - Wetzelsdorf	2,55	V - Gries	2,95

Quelle: Magistrat Graz – Präsidialamt: LQI Bevölkerungsbefragung 2009

5 REGIONALE SPEZIFIKA DER BEZIRKE LEND UND JAKOMINI

Die Untersuchungsgebiete – die Neue Heimat-Siedlung in der Starhemberg- bzw. Laudongasse bzw. die ÖWG-Siedlung in der Neuholdaugasse - liegen in den beiden Bezirken Jakomini und Lend. Für die Neue Heimat-Siedlung ist allerdings anzunehmen, dass eher der benachbarte Bezirk Eggenberg als der durch die Bahn abgeschnittene Kern des Bezirkes Lend als Lebensraum für die Lebensqualität und damit auch für das Sicherheitsgefühl relevant ist. Die Vergleichssiedlung liegt einige Straßenzüge von der Neuen Heimat entfernt und gehört bereits zum Bezirk Eggenberg. Daher werden teilweise auch Eggenberger Strukturdaten dargestellt. Nach der einleitenden Übersicht über die Bevölkerungsstruktur in den beiden Bezirken, in denen die Untersuchungsgebiete liegen, folgt eine kurze Charakterisierung nach den Lebensqualitätsindikatoren in den relevanten Gebietseinheiten.

5.1 Bevölkerungsstruktur in Jakomini und Lend

Die Bezirke Jakomini, Lend und Eggenberg gehören zu den bevölkerungsreichsten und dichtest besiedelten Bezirken der Landeshauptstadt. Im 6. Bezirk Jakomini leben zu Beginn des Jahres 2010 mit 35.247 Menschen (davon 29.995 mit Hauptwohnsitz) die meisten BewohnerInnen aller Grazer Bezirke auf einer Fläche von 4,06 Quadratkilometer. Im 4. Bezirk Lend leben auf 3,70 Quadratkilometern 30.953 EinwohnerInnen (davon 27.344 mit Hauptwohnsitz). Lend ist damit der zweitbevölkerungsreichste Bezirk. Der 14. Bezirk, Eggenberg ist mit 20.550 EinwohnerInnen (davon 18.487 im Hauptwohnsitz) der fünf-tbevölkerungsreichste Bezirk, die flächenmäßige Ausdehnung ist mit 7,79 Quadratkilometern aber schon wesentlich größer.³⁶ Die Differenz zwischen anwesender und Wohnbevölkerung ist im Bezirk Jakomini mit 5.252 oder 14,9% beträchtlich, das heißt beinahe jede/r sechste BewohnerIn hat seinen/ihren Lebensmittelpunkt nicht hier und lebt eher mit kurzfristigen Perspektiven mit Folgen für das Nachbarschaftsverhältnis und die Identifikation mit dem Wohngebiet. In Lend beträgt die Differenz 11,7% oder 3.609 Personen, in Eggenberg 10,0% oder 2.063 Personen.

Nach der Bevölkerungsstatistik der Stadt Graz zu Beginn des Jahres 2010 gehören die Bezirke Lend, aber auch Jakomini nach der Altersverteilung der Bevölkerung zu den jüngeren Bezirken. In Lend liegt sowohl der Anteil der Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahren als auch der Erwachsenen bis 40 Jahren über dem Grazer Durchschnitt. In beiden Bezirken ist der Anteil der älteren Bevölkerungsgruppen (wobei hier Frauen überproportional vertreten sind) geringer als in Graz insgesamt. Der Bevölkerungsaufbau nach dem Alter steht auch in Zusammenhang mit der Zusammensetzung der Bevölkerung nach der Staatsbürgerschaft – MigrantInnen stellen in der Regel eine eher jüngere Bevölkerungsgruppe dar. Besonders im Bezirk Lend, aber auch in Jakomini leben vergleichsweise mehr Menschen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft. Im Bezirk Lend sind dies

³⁶ Vgl. dazu: Bevölkerung der Landeshauptstadt Graz. Stand 1.1.2010. Hrsg. vom Magistrat – Graz – Präsidialamt, Referat für Statistik, Druckerei und Kopierservice, Jänner 2010. Zwischen einzelnen Publikationen zur Bevölkerung liegen kleinere Abweichungen vor.

25%, in Jakomini 17%, in Graz insgesamt 15%. 19% der Bevölkerung in Lend haben eine Staatsbürgerschaft eines Nicht-EU-Staates, 6% eine eines EU-Staates. Dazu kommen mittlerweile eingebürgerte Personen.³⁷

Tabelle 4: Struktur der Wohnbevölkerung in Lend, Jakomini und Graz

	Lend		Jakomini		Graz-Gesamt	
	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%
Alter						
0-18 Jahre	4.900	17,9%	4.334	14,4%	43.315	16,8%
19-40 Jahre	10.397	38,0%	12.699	42,3%	91.302	35,4%
41-60 Jahre	6.717	24,6%	7.176	23,9%	68.048	26,4%
Über 60 Jahre	5.330	19,5%	5.786	19,3%	55.233	21,4%
Gesamt	27.344	100,0%	29.995	100,0%	257.898	100,0%
Migrationshintergrund						
EU-Bürger	1.754	6,4%	1.905	6,4%	13.411	5,2%
Nicht-EU-Bürger	5.055	18,5%	3.190	10,6%	24.930	9,7%
Österreicher	20.535	75,1%	24.900	83,0%	219.557	85,1%
Gesamt	27.344	100,0%	29.995	100,0%	257.898	100,0%

Quelle: Bevölkerung der Landeshauptstadt Graz, Stand 1.1.2010; Eigenberechnung IFA Steiermark

5.2 Attraktivität als Wohngebiet und Lebensraum

Ein relevanter Indikator für die subjektive Lebensqualität eines Gebietes ist die Antwort auf die Frage, wie gerne man in der jeweiligen Lebensumgebung wohnt. Diesbezüglich sind sowohl im Bezirk Lend als auch im Bezirk Jakomini, besonders aber in der Zone 1 von Jakomini, dem Gebiet, in dem die ÖWG-Siedlung liegt, bedeutend mehr Menschen mit ihrer Wohnumgebung bzw. ihrem Stadtteil unzufrieden. Der Anteil derer, die ungerne im Stadtteil leben, ist hier doppelt bis dreifach so hoch wie im Schnitt der Stadt Graz. Ca. jede fünfte Person im Bezirk Jakomini-Zone 1 ist mit der Wohnumgebung unzufrieden. Diese Unzufriedenheit zeigt sich auch beim Vergleich der Lebensqualität im Stadtteil im Verhältnis zu anderen – ein Drittel der Befragten von Jakomini-Zone 1 gibt an, dass sie in ihrer Umgebung (viel) schlechter sei. Im Bezirk Lend bzw. in der Zone 1 ist ca. ein Viertel dieser Auffassung.

In den Bezirken Lend und Jakomini ist auch eine höhere Fluktuation ersichtlich, es leben wesentlich mehr Leute erst seit kürzerer Zeit im Bezirk, wesentlich weniger Personen schon sehr lange. Die Gründe dafür können unterschiedlich sein und reichen von einem freiwilligen Wechsel in attraktivere Gebiete, über eine erhöhte Neubautätigkeit, vergleichsweise wenig Eigentumswohnungen bis zu einem höheren Anteil an öffentlich zur

³⁷ Daten zum Bildungsniveau der Bevölkerung aus der Volkszählung 2001 sind überaltert, deswegen wird auf sie verzichtet. Nach Geschlecht differenziert siehe Tabellen zur Struktur der Bevölkerung in den Bezirken im Anhang.

Verfügung gestellten Wohnungen mit „Übergangscharakter“. In den beiden Unterzonen ist eine höhere Fluktuation etwas abgeschwächt zu sehen.

In Lend und Jakomini bzw. den relevanten Zonen für die Zielgebiete besteht auch überdurchschnittlich häufig der Wunsch, mittelfristig die Wohnsituation zu ändern.

Tabelle 5: Vergleichende Verteilung von Lebensqualitätsindikatoren in Grazer Stadtgebieten

	Lend	Lend-Zone1	Jakomini	Jak.-Zone1	Eggenberg	Graz
Wie gerne leben Sie in Ihrem Stadtteil?						
Sehr gerne/eher gerne	80,8	86,3	86,5	76,1	90,2	91,9
Eher ungerne/sehr ungerne	15,6	12,9	12,4	21,7	8,8	6,9
Keine Angabe	3,6	0,7	1,2	2,2	1,0	1,3
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Die Lebensqualität bei uns im Vergleich zu einem anderen Stadtteil ist...						
Viel besser/besser	67,5	70,9	73,2	63,0	80,7	81,7
Schlechter/viel schlechter	25,9	23,4	23,2	33,1	16,1	15,0
Keine Angabe	6,7	5,7	3,5	3,9	3,2	3,4
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Wie lange wohnen Sie schon in Ihrem Stadtteil?						
Weniger als 5 Jahre	26,7	17,9	32,8	18,3	17,1	22,1
5 bis 10 Jahre	20,4	18,6	19,1	20,6	19,5	18,1
11 bis 20 Jahre	17,1	22,9	15,6	23,3	21,7	20,4
Länger als 20 Jahre	33,0	40,0	31,4	36,7	41,0	38,3
Keine Angabe	2,9	0,7	1,0	1,1	0,7	1,1
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Möchten Sie in den nächsten 5-10 Jahren Ihren Wohnsitz verändern?						
Ja	47,4	47,9	52,1	43,6	41,0	40,8
Nein	48,6	50,0	44,3	51,9	56,3	55,9
Keine Angabe	4,0	2,1	3,5	4,4	2,7	3,3
Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Quelle: LQI Bevölkerungsbefragung 2009; Eigenberechnung IFA Steiermark 2010

5.3 Bewertung der Lebensqualitätsindikatoren in den beiden Bezirken

Die Bezirke Lend und Jakomini schneiden bei den Zufriedenheitswerten der Lebensqualitätsindikatoren vergleichsweise schlecht ab (siehe Kap. 4.1.3). Besonders in Hinsicht auf die „Wohnsituation und das Zusammenleben“, die „Umweltsituation“ und „Gesundheitsthemen und Serviceeinrichtungen“ ist die Zufriedenheit deutlich geringer als im Durchschnitt der Grazer Bezirke. Große Unzufriedenheit besteht vor allem hinsichtlich der Wohnsituation und dem Zusammenleben in der unmittelbaren Nachbarschaft. Aber

auch die Umweltsituation (Luftqualität, Lärmpegel in der Wohnumgebung, Erreichbarkeit von Naherholungsgebieten, Spiel- und Sportplätzen) wurde in diesen Bezirken schlechter bewertet als in vielen anderen Regionen der Stadt. Aus der Diskrepanz zwischen der Wichtigkeit und der Zufriedenheit mit der Situation nach Bereichen wird im LQI ein Handlungsbedarf errechnet, je größer die Kluft zwischen Wichtigkeit und Zufriedenheit ist, desto größer ist der Handlungsbedarf. Im Folgenden werden kurz detaillierte Ergebnisse für die zwei Bereiche Sicherheit und Wohnsituation dargestellt.

5.3.1 Sicherheitssituation

Sicherheit ist nach den Ergebnissen der LQI in Graz der wichtigste Faktor für die Lebensqualität (noch vor der Umweltsituation). Die Zufriedenheit mit der Sicherheitssituation entspricht im Bezirk Lend dem Grazer Durchschnitt (2,42 bzw. 2,43), in Jakomini ist sie geringfügig schlechter (2,51). Ein großer Handlungsbedarf zeigt sich bei der „Sicherheit im öffentlichen Raum (Straßen, Plätze etc.) bei Dunkelheit/Nacht“ (0,372), der „Sicherheit für FußgängerInnen“ (0,271) und der „Sicherheit für RadfahrerInnen“ (0,259). Relativ geringer Handlungsbedarf besteht bei der „Nähe von Einsatzkräften“ (Rettung, Polizei, Feuerwehr), der „Sicherheit im öffentlichen Raum (Straßen, Plätze etc.) bei Tageslicht“ sowie der „Qualität der Straßenbeleuchtung (Fuß- und Radwege, Unterführungen etc.)“. Am geringsten wird der Handlungsbedarf hinsichtlich des „Vertrauensverhältnisses zur Nachbarschaft“ wahrgenommen. Am wichtigsten sind die angegebenen Sicherheitsaspekte stets für Frauen und – mit wenigen Ausnahmen wie der Sicherheit für RadfahrerInnen oder dem Vertrauensverhältnis zu den Nachbarn – BewohnerInnen in den Altersgruppen „40-59 Jahre“ und „60+“.

5.3.2 Wohnsituation und Zusammenleben

Der Bereich „Wohnsituation und Zusammenleben“ hat für die befragte Bevölkerung in Graz insgesamt nur eine vergleichsweise geringe Wichtigkeit³⁸ und belegt den siebten von zehn möglichen Rängen. Auch die Zufriedenheit mit der tatsächlichen Situation ist (mit ebenso dem 7. Rang) nur gering ausgeprägt. Die Wohnsituation und das Zusammenleben bzw. die Nachbarschaft bedingen aber in hohem Ausmaß die Lebensqualität. Die Zufriedenheit damit ist im Bezirk Jakomini (2,76) am geringsten, im Bezirk Lend (2,68) nach Gries (2,73) und vor Eggenberg und Gösting (je 2,63) am drittniedrigsten. Der Handlungsbedarf ist in Hinsicht auf die „barrierefreie Ausstattung von Wohnungen“ sowie der „barrierefreien Ausstattung öffentlicher Einrichtungen“ (je 0,175) auf allerdings mäßigem Niveau am höchsten, gefolgt von „Einbeziehung der BewohnerInnen zur Mitgestaltung des Wohnumfeldes“ (0,162) und „Maßnahmen zur Integration fremdsprachiger BewohnerInnen“ (0,162). Die beiden letzten Kategorien sind allerdings nur für weniger als der Hälfte der Befragten von größerer Wichtigkeit. Für Frauen und

³⁸ Unter Umständen wirkt sich diesbezüglich die Zusammensetzung nach Unterbereichen aus. Fragen zur (vergleichsweise geringen) Bedeutung der Barrierefreiheit oder Partizipation beeinflussen den Indexwert.

Ältere haben die Aspekte der Zusammenlebens, der nachbarschaftlichen Kommunikation und der Wohnsituation eine überdurchschnittliche Bedeutung.

5.3.3 Lebensqualität in den Befragungszonen Jakomini 1 und Lend 1

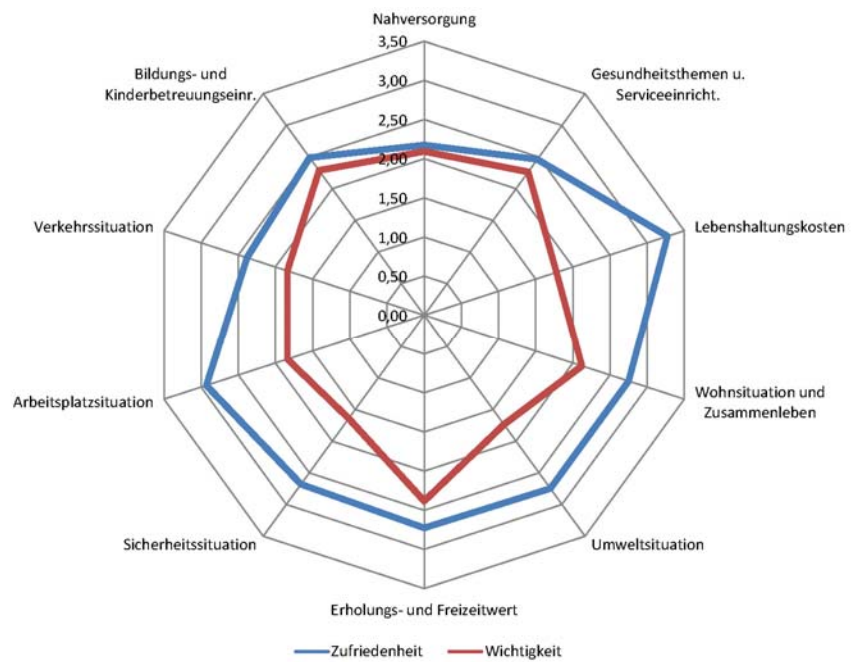
In den beiden Befragungszonen Jakomini-Zone1 und Lend-Zone 1, in denen die untersuchten Siedlungen liegen, stellen die „Lebenshaltungskosten“ und die „Arbeitsplatzsituation“ ebenso wie in Graz insgesamt die wichtigsten Problembereiche dar. Allerdings ist dabei darauf hinzuweisen, dass diese beiden Bereiche den geringsten unmittelbaren Bezug zur Wohnumgebung haben, sondern insgesamt die Situation in Graz widerspiegeln. Zum Teil wird auch dezidiert nach der Grazer Situation gefragt, wie z.B. nach der Wichtigkeit/der Zufriedenheit mit der „Arbeitsplatzsituation in Graz“, dem „Angebot an Lehrstellen für Jugendliche“ oder der „Vermittlung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose“. Auch im Bereich Lebenskosten ist auszuschließen, dass die „Höhe der Gemeindeabgaben“, das „Preisniveau beim täglichen Einkauf“, die „Höhe der Kosten für die Gesundheitsvorsorge“ oder die „Fahrpreise für die öffentlichen Verkehrsmittel“ regional differenzieren, sie können aber wegen unterschiedlicher Einkommenssituationen eine andere Gewichtung erhalten.³⁹

Auch einzelne Aspekte der Sicherheits-, der Umwelt- und Wohnsituation, des Zusammenlebens sowie des Erholungs- und Freizeitbereichs sind für Befragte häufig nicht zufriedenstellend. In den folgenden „Spinnennetzgrafiken“⁴⁰ sind jeweils die Wichtigkeit der Basisindikatoren und die Zufriedenheit mit den konkreten Lebensbedingungen in den Befragungszonen, in denen die beiden Untersuchungsgebiete liegen, ersichtlich.

³⁹ Am ehesten ortsabhängig sind noch das „Preisniveau auf den Bauernmärkten“ oder die „Höhe der Kosten für den Wohnraum“ (z.B. in besonders „belasteten“ Straßenzügen).

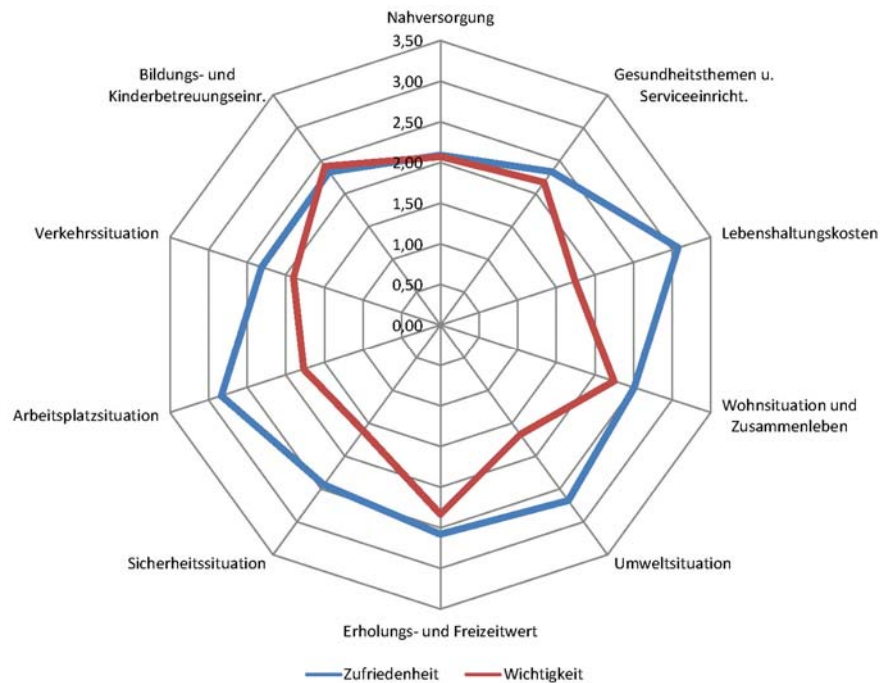
⁴⁰ Zur Lesbarkeit siehe Fußnote 35.

Grafik 6: Basisindikatoren in Jakomini-Zone 1: Wichtigkeit und Zufriedenheit



Quelle: LQI Bevölkerungsbefragung 2009, Ergebnisse Jakomini-Zone 1, S. 26

Grafik 7: Basisindikatoren in Lend-Zone 1: Wichtigkeit und Zufriedenheit



Quelle: LQI Bevölkerungsbefragung 2009, Ergebnisse Lend-Zone 1, S. 25

5.3.4 Handlungsbedarf in den Befragungszonen Jakomini 1 und Lend 1

Der Handlungsbedarf verdeutlicht unmittelbar „brennende“ Probleme in einzelnen Vierteln bzw. für Bevölkerungsgruppen. Großer Handlungsbedarf⁴¹ mit unterschiedlicher regionaler Gewichtung herrscht abgesehen von den übergreifenden Themen wie den Lebenshaltungskosten (Kosten für Wohnraum, öffentliche Verkehrsmittel, für Gesundheitsvorsorge und Behandlung, Preisniveau beim täglichen Einkauf, Höhe der Gemeindeabgaben) und der Arbeitsplatzsituation (Angebot an Lehrstellen, Maßnahmen zur Vermittlung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose, allgemeines Arbeitsplatzangebot in Graz) vor allem speziell in den Bereichen der Umweltqualität der Wohnumgebung (Luftqualität, Lärmniveau, Sauberkeit auf öffentlichen Straßen und Plätzen, Naturraum und Landschaft bzw. Gestaltung von Park- und Grünräumen in der Umgebung), der Sicherheit (im öffentlichen Raum bei Dunkelheit, der Sicherheit für FußgängerInnen und RadfahrerInnen) sowie mit Abstrichen bei der Verkehrssituation, speziell dem Angebot an Parkplätzen in der Wohnumgebung. In Hinsicht auf das Zusammenleben in der Wohnumgebung hingegen – das in der Praxis für zahlreiche Konflikte sorgt – ergibt sich aus der Befragung kein großer Handlungsbedarf.

Bei den Einzelaspekten aus den Bereichen Lebenshaltungskosten und Arbeitsplatzsituation ist der Handlungsbedarf stets im Spitzenfeld. Aus der Perspektive der Befragten besteht der größte Handlungsbedarf bei der Fahrpreisgestaltung für den öffentlichen Verkehr, dem Preisniveau beim täglichen Einkauf, den Kosten für Wohnraum, der Höhe der Gemeindeabgaben etc., also bei Themen, in denen der regionale Einfluss und die Steuerungsmöglichkeit auf Bezirksebene am geringsten sind. Ähnlich verhält es sich bei der Arbeitsplatzsituation. Aber auch die Einzelaspekte zur Arbeitsplatzsituation zeigen noch höheren Handlungsbedarf. Insgesamt lässt sich die Vermutung, dass vor allem in „ärmeren“ Gebieten den Lebenshaltungskosten oder dem Arbeitsplatzangebot noch größerer Handlungsbedarf zugeordnet wird, empirisch nicht nachvollziehen. Der Handlungsbedarf in diesen Bereichen für Graz unterscheidet sich nur unwesentlich von jenem in Lend und Jakomini bzw. in der jeweiligen Siedlungszone.

⁴¹ Errechnet aus dem Durchschnittswert der Zufriedenheit minus dem Durchschnittswert der Wichtigkeit (mal 0,25). Im LQI wird ab einem Wert von 0,31 von einem großen Handlungsbedarf ausgegangen.

Table 8: Überregionale Bereiche mit großem Handlungsbedarf (>0,31)

Aspekte Lebenshaltungskosten und Arbeitsplatzsituation	Jakomini-Zone 1 Rang / Wert	Lend-Zone 1 Rang / Wert	Graz – Gesamt Rang / Wert
Höhe der Fahrpreise für Öffentliche Verkehrsmittel (Bus, Straßenbahn)	1 / 0,46	2 / 0,39	1 / 0,45
Höhe der Kosten für Wohnraum (Miete, Grund- und Wohnungspreise)	3 / 0,41	6 / 0,34	5 / 0,36
Preisniveau bei Ihrem täglichen Einkauf	3 / 0,41	4 / 0,36	2 / 0,40
Höhe der Gemeindeabgaben (Müllabfuhr, Kanal, Wasser etc.)	4 / 0,39	7 / 0,33	3 / 0,39
Höhe der Kosten für Gesundheitsvorsorge und Behandlung	5 / 0,36	9 / 0,30	6 / 0,34
Angebot an Lehrstellen für Grazer Jugendliche	5 / 0,36	5 / 0,35	5 / 0,36
Maßnahmen zur Vermittlung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose	6 / 0,35	-	7 / 0,33
Allgemeines Arbeitsplatzangebot in Graz	7 / 0,34	8 / 0,32	7 / 0,33

Quelle: LQI Bevölkerungsbefragung 2009, Eigenberechnung aus Bezirksbroschüren und Gesamt

Bei Aspekten, die einen größeren räumlichen Bezug besitzen, besteht der größte Handlungsbedarf bei der Luftqualität bzw. Schadstoffbelastung in der Wohnumgebung sowie der Sicherheit im öffentlichen Raum während der Dunkelheit. Ein weiterer größerer Handlungsbedarf zeigt sich vor allem in Hinsicht auf das Lärmniveau sowie die Sauberkeit auf öffentlichen Straßen und Plätzen. In den beiden Zonen, in denen die untersuchten Siedlungen liegen, ist der Handlungsbedarf stets größer als im Schnitt der Stadt Graz, hier lassen sich regionale Einflüsse nachvollziehen.

Ein spezifischer Handlungsbedarf einzelner Untersuchungsgebiete liegt beim Angebot an Parkplätzen, der Sicherheit für RadfahrerInnen und FußgängerInnen, dem Naturraum und der Landschaft sowie der Gestaltung von Park- und Grünräumen in der Wohnumgebung vor.

Table 9: Einzelbereiche mit großem Handlungsbedarf (ab 0,31)

Gebietsbezogener Einzelaspekte	Jakomini-Zone 1 Rang / Wert	Lend-Zone 1 Rang / Wert	Graz – Gesamt Rang / Wert
Luftqualität (Schadstoffbelastung etc.) im Wohnumfeld	2 / 0,42	1 / 0,41	2 / 0,40
Sicherheit im öffentlichen Raum (Straßen, Plätze etc.) bei Dunkelheit/Nacht	3 / 0,41	3 / 0,38	4 / 0,37
Lärmniveau in Ihrer direkten Wohnumgebung	8 / 0,33	7 / 0,33	8 / 0,30
Sauberkeit auf öffentlichen Straßen und Plätzen	9 / 0,32	10 / 0,29	9 / 0,27

Quelle: LQI Bevölkerungsbefragung 2009, Eigenberechnung aus Bezirksbroschüren und Gesamt

In der Rubrik „Was sie uns schon immer sagen wollten?“⁴² wurde den Befragten Raum für zusätzliche Anmerkungen geboten. Sie betreffen im Gesamten am häufigsten den öffentlichen Verkehr, den Komplex „RadfahrerInnen und FußgängerInnen“, an dritter Stelle liegt das Thema „AusländerInnen“, zumeist negativ besetzt. Danach folgen Verkehrsbelastungen sowie die Unsicherheit in der Wohngegend. In den beiden Sprengeln, in denen die beforschten Siedlungen liegen, manifestieren die Anmerkungen erhöhten „sozialen Brennstoff“: In Lend-Zone 1 sind Anmerkungen zum Thema „AusländerInnen“ am zweithäufigsten (nach dem Problem öffentlicher Verkehr – hier werden z.B. längere Fahrtzeiten für einzelne Linien, eine kürzere Fußgängerverbindung zum Bahnhof oder die Aufhebung des Handyverbots in der Straßenbahn gefordert), jene zum Thema Sicherheit am dritthäufigsten. In Jakomini-Zone 1 liegen die genannten Bereiche am zweiten und vierten Rang, am meisten Anmerkungen betreffen hier das Thema Politik – z.B. Anerkennung für die Stadtregierung wegen ihrer Bemühungen um eine lebenswerte Stadt oder (häufiger) Kritik z.B. wegen ihrer hohen Bezüge, der mangelnden Vorbildwirkung für das Sparen oder der mangelnden Präsenz der StadtpolitikerInnen vor Ort.

6 DIE SIEDLUNGEN BZW. WOHNGEBIETE

Obwohl sich die beiden untersuchten Siedlungen allein vom Alter, der geografischen Lage, der Umgebung, der Bewohnerschaft, der Bauweise – im Fall der Neuen Heimat-Siedlung vier Hochhäuser, im Fall der ÖWG-Siedlung verdichteter Flachbau mit zahlreichen Eingängen und viel Grünflächen im Innenraum - unterscheiden, existieren strukturell ähnliche Problematiken und Konflikte bzw. Raumeffekte (vgl. 4.1.3) in Wechselwirkung zwischen sozialer Lage und territorialen Strukturen. Soziale Effekte sind in Form der Konzentration von hilfsbedürftigen BewohnerInnen und der Bildung von Subgruppen vorhanden, materielle Effekte zeigen sich teilweise in Form einer Verwahrlosung der Bauten, vor allem der Eingangsbereiche und Stiegenhäuser, der Grün- und Spielflächen, des Wohnumfeldes und der Infrastruktur. Für symbolische Effekte sorgen viele BewohnerInnen selbst, indem sie eine massive Verschlechterung der Lebensqualität beklagen und die Gefahr der Ghattobildung in ihrer Wohnumgebung sehen. Darunter leidet der Ruf der Siedlung.

Beurteilungen von BewohnerInnen und von in unterschiedlichen Funktionen tätigen ExpertInnen lassen sehr schnell die Grundproblematik erkennen. Beide Siedlungen sind sogenannte Übertragungswohnbauten, die von Wohnbaugenossenschaften verwaltet werden, die Gemeinde hat das Einweisungsrecht. Zugewiesen werden vor allem sozial bedürftige Menschen, die um eine Gemeindewohnung angesucht haben.⁴³ Von den ca.

⁴² Anmerkungen enthielten 39% der 7429 Fragebögen. Die Ergebnisse sind in einer eigenen Broschüre differenziert nach Bezirk, Befragungszonen und Altersgruppen einsehbar.

⁴³ Die Übertragungswohnbauten entstanden vor allem aus förderrechtlichen Gründen. Gemeinden und Städte waren von der Wohnbauförderung ausgeschlossen, daher kam es zur Kooperation mit förderbaren Genossenschaften. Die Stadt stellte den Grund bereit und sicherte sich das Zuweisungsrecht, die Genossenschaften erhielten das Nutzrecht für 99 Jahre.

10.400 Gemeindewohnungen in Graz sind ca. 4.200 „echte“ Gemeindewohnungen, zum Großteil erbaut in der Zwischenkriegszeit nach dem Vorbild des „Roten Wien“. Viele dieser Großsiedlungen weisen eine Geschlossenheit nach außen auf, was zum einen der Sicherheit dienen, zum anderen aber auch die Zusammengehörigkeit fördern sollte. Ca. 6.200 Wohnungen befinden sich in Übertragungswohnbauten mit einer im Unterschied zu den Gemeindewohnungen geringeren Betreuung. Längere Reaktionszeiten bei Konflikten und Wartezeiten für die Bearbeitung von Problemen sind dadurch bedingt. Grundlage der Verwaltung ist nicht das Mietrechtsgesetz, sondern das Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, das keine Profite vorsieht. Die Mieten müssen kostendeckend sein, vorgesehen ist auch eine Obergrenze. In der Regel sind die Wohnungen daher deutlich preiswerter.

Zwei Drittel aller Grazer Gemeindewohnungen verteilen sich auf die drei Bezirke Gries, Lend und Jakomini, was auch zur Ballung von sozialen Problemen in diesen Gebieten beiträgt. Geringe Bildung, Arbeitslosigkeit, Suchterkrankungen finden sich überdurchschnittlich unter den MieterInnen, teilweise leben Familien über Generationen hinweg von Sozialhilfe. In den Gemeinde- und Übertragungswohnbauten leben sehr viele betreute Familien, wie es eine Sozialarbeiterin beschreibt, was wiederum die Ghettoisierung befördert: *„Viele arbeiten nicht, dieses Muster pflanzt sich über Generationen fort, Kinder und Jugendliche sehen nichts anderes, als dass Eltern von der Sozialhilfe leben, haben auch kaum eine Bildungsaspiration und kriegen das auch nicht vorgelebt. Viele werden aus der Situation heraus auch relativ immobil und kommen nur selten aus der näheren Umgebung raus.“*⁴⁴

Als weitere Verschärfung erlebten „AltmietlerInnen“ die Öffnung der Gemeindewohnungen für ÖsterreicherInnen rechtlich gleichgestellte ausländische BürgerInnen (dazu gehören auch anerkannte Flüchtlinge) mit Wohnsitz in Graz und mindestens fünf Jahren Aufenthalt. Mit Beginn 2006 wurde diese EU-Vorgabe umgesetzt, vor allem in Siedlungen mit relativ großen Wohnungen stieg die Zuweisung von MigrantInnen stark an, auch weil sie weit mehr als österreichische Bedürftige in großen Familienverbänden leben und dafür nur wenige adäquate Wohnungen vorhanden sind. Viele davon haben auch die österreichische Staatsbürgerschaft. Für die alteingesessenen BewohnerInnen mit hohem Ruhebedürfnis, deren Kinder oft schon lange ausgezogen sind, änderte sich die Situation schlagartig. Neben einer großen Anzahl an fremd aussehenden Nachbarn mit anderen Lebensweisen, mit denen die Verständigung nicht immer leicht ist, damit der Verringerung der Vertrautheit in der Nachbarschaft, waren sie auf einmal wieder mit überproportional vielen Kindern und Jugendlichen konfrontiert, für die noch dazu nur begrenzter öffentlicher Raum in der Siedlung zur Verfügung steht. Lärm, durch Kinder verursachte Schäden, zum Teil auch Vandalismus durch vernachlässigte Jugendliche, unterschiedliche Lebensweisen, wozu auch das Sitzen vor den Hauseingängen oder weniger Beaufsichtigung der Kinder im öffentlichen Raum am Abend gehören, führen oft zu Reibereien. Oft fehlt eine vermittelnde Stelle, die Probleme lösen bzw. verringern könn-

⁴⁴ Wörtlich zitierte Interviewpassagen sind kursiv gedruckt.

te, bevor sie zum überhitzt diskutierten Dauerthema werden. Überwiegend handelt es sich aus Sicht unterschiedlicher Involvierter bei den Streitereien um Generationsprobleme, übertüncht von dem Migrationsthema.

Wie in vergleichbaren Wohnsiedlungen⁴⁵ werden in diesem Klima die Gegensätze zwischen den Bedürfnissen alteingesessener „Bio-ÖsterreicherInnen“ (so eine Bezeichnung eines Universitätsprofessors mit afrikanischen Wurzeln für die seit Generationen ansässigen Menschen) fortgeschrittenen Alters, deren Kinder längst selbstständig leben und die einen „ruhigen Lebensabend“ genießen wollen, und jenen der neuen, zumeist jüngeren Nachbarn mit Kindern, welche die spärlich vorhandenen Außenanlagen intensiv nutzen, nur zu oft als Beweise für die Unmöglichkeit eines Zusammenlebens von In- und AusländerInnen hergenommen. Voreingenommenheit und ein Gefühl, weniger Aufmerksamkeit zu erfahren und weniger unterstützt zu werden als AusländerInnen, lassen Ausländerfeindlichkeit und pauschalierende Verurteilungen gedeihen. Reagieren ausländische MitbewohnerInnen, angesprochen auf konkrete Missstände wie Kinderlärm, Nichteinhaltung der Hausordnung, schlechte Mülltrennung etc., mit dem Vorwurf des Rassismus, ist eine Kommunikation nur mehr schwer möglich.

Generell ist zu beobachten, dass Kontakte am ehesten in der unmittelbaren Nachbarschaft bestehen, darüber hinausgehend, und vor allem gegenüber den neu Zugezogenen, besteht eine große Distanziertheit. Ausdruck dieser sind großloses Passieren oder auch das Bestreben, dass vor allem Kinder und Jugendliche möglichst wenig Berührung mit anderen in der Siedlung haben. Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse, die das Zusammenleben unterschiedlicher Generationen, Bildungsschichten und sozialer Milieus ohnehin erschweren, werden in diesen Ballungszentren häufig eindimensional auf MigrantInnen projiziert. Erst auf Nachfrage wird ersichtlich, dass viele Probleme auch von österreichischen Jugendlichen und Familien ausgehen. Vor allem die lautstärksten „WortführerInnen“ schildern plastisch die Schwierigkeiten im Zusammenleben. Konkrete Verursacher allerdings konnten oft nicht ausgemacht werden, sondern es wurden Wahrnehmungen und Gerüchte anderer MitbewohnerInnen weitergetragen und mutmaßliche „TäterInnen“ benannt. Oft wurden auch beinahe gleichlautende Geschichten über bestimmte Personen transportiert, vielfach wurde aber auch konzediert, dass AusländerInnen in der näheren Umgebung (abgesehen von einigen Ausnahmen und berücksichtigten Familien) durchaus freundlich, kooperativ, hilfsbereit und entgegenkommend seien, *„die haben sofort reagiert, wenn wir was beanstandet haben.“* Manche Gruppen von AusländerInnen – explizit wurden zugewanderte Menschen aus der Türkei und aus Tschetschenien genannt - aber trifft das Urteil, dass sie nicht *„anpassungsfähig“* sind und *„eigentlich in Österreich nichts verloren“* hätten. Sie werden für Lärm, Vandalismus, freche, vorlaute Jugendliche, Schmutz, Sperrmüll in öffentlichen Räumen etc. verantwortlich gemacht. Häufig wird auch unterstellt, dass sie vom „Kindergeld“ und der „Wohnbeihilfe“ leben würden und jede erdenkbare Begünstigung erhielten. Exempla-

⁴⁵ Vgl.: Ortstermin. Die Welt des Herrn Paradeiser. Wie die „AusländerInnen“ in einen Simmeringer Gemeindebau kamen. In: Liga. Das Magazin der Österreichischen Liga für Menschenrechte. Heft 3/2010, S. 9.

risch für die vielen Vorbehalte ist die Aussage eines älteren Mitbewohners: „*Sie haben eine andere Kultur, wollen sich nicht integrieren, sitzen in Rudeln vorm Eingang, schimpfen über Österreicher, können nicht grüßen, hauen alles vom Balkon, arbeiten meistens nicht, haben aber große oder mehrere Autos.*“

Vor dem Hintergrund dieser Stimmung ist es nicht verwunderlich, dass die Nachbarschaft in den Siedlungen leidet und die Anonymität zunimmt. Rückzug, wenig Kontakte, eine geringe Nutzung der ohnehin wenigen öffentlichen Räumlichkeiten sind die Folge, obwohl – wie noch zu zeigen sein wird – bei weitem nicht alle BewohnerInnen ihre Wohn- und Lebenssituation derart undifferenziert und vorurteilsbehaftet wahrnehmen. Vor allem viele der neuen BewohnerInnen finden die Lebensqualität und die Atmosphäre durchaus erfreulich, auch wenn sie es bedauern, dass ihre Grüße unerwidert bleiben und sie häufig ignoriert werden.

Als weiteres Problem in diesen Siedlungen werden vor allem Jugendliche erlebt, die entweder schon in der Schule oder nach der Schule bei der beruflichen Eingliederung scheitern. Aus Sicht von SozialarbeiterInnen ist in den von ihnen betreuten Familien immer wieder zu erleben, dass Eltern oder Elternteile oft mit Jugendlichen bzw. ihrer Förderung überfordert sind und selbst auch nicht die Ressourcen und Kompetenzen dafür besitzen. Prägend für viele Jugendliche seien fehlende Ausbildung, berufliche Orientierungslosigkeit, ein mangelndes Durchhaltevermögen und oft auch hilflose Eltern, was die Entwicklung ihrer Kinder betrifft. Viele von ihnen seien auch nicht beim AMS gemeldet, hätten aufgrund mangelnder Konfliktfähigkeit unterschiedliche Maßnahmen „*hingeworfen*“ und würden sich oft erst Jahre später wieder melden und in der Zwischenzeit beruflich wertvolle Zeit vergeuden.⁴⁶ Jugendliche mit Migrationshintergrund seien durch oft traumatische Umstände der Flucht, durch teilweise autoritäre familiäre Strukturen, tradierte Gewohnheiten und einem Rollenverständnis, das im Aufnahmeland brüchig wird, besonders orientierungslos. In Abhängigkeit davon ist auch eine Unsicherheit über ihre Rolle und die Erwartungen an sie zu sehen. Oft hätten sie weder Perspektiven noch einen ausreichend „*langen Atem, um ein Ziel zu verfolgen.*“

In Bezug auf eine erhöhte Unsicherheitswahrnehmung erfüllen die beiden Siedlungen (beinahe) alle in der Literatur erwähnten Risikofaktoren wie eine hohe Bevölkerungsdichte, hohe Arbeitslosen- und Sozialhilfequoten⁴⁷, eine starke Mobilität in der Bevölkerung und damit wenig Vertrautheit und gegenseitige Aufmerksamkeit in der Nachbarschaft, eine belastende Wohnumgebung sowie einen hohen Anteil Jugendlicher. Lediglich in Bezug auf die gute Bausubstanz gehören die Siedlungen nicht zu den Risikosied-

⁴⁶ Ein Mitarbeiter des AMS Graz sieht darin, dass pro Jahr „*Hunderte von Jugendlichen aus der Vormerkung ohne Erfolg abgehen*“ den sozialen Brennstoff der nächsten Jahre. Notwendig seien innovative Formen der Zielgruppenansprache, der Zielfindung sowie attraktive Maßnahmen, für die es sich lohne, „*Energie und Zeit zu investieren.*“

⁴⁷ Mit je 39 registrierten SozialhilfebezieherInnen pro Siedlung im Jahr 2009 (laut Angaben des Sozialamtes) sind überdurchschnittlich viele BewohnerInnen auf finanzielle Unterstützung angewiesen. Vergleichsweise wurden 2009 in der Steiermark 1% der Wohnbevölkerung, in Graz 2,3% durch die offene Sozialhilfe unterstützt. Vgl. dazu: Peter Stoppacher unter Mithilfe von Katrin Maierhofer: Leistungen der offenen Sozialhilfe in der Steiermark. BezieherInnen und Kosten. Eine Kurzanalyse. Graz: IFA Steiermark 2010, S. 13.

lungen. Wie sich diese Voraussetzungen auf die subjektive Lebensqualität und die Sicherheitswahrnehmung auswirken, wird nachstehend behandelt.

6.1 Die Neue Heimat Siedlung

6.1.1 Siedlungscharakteristika

Die Siedlung liegt zwischen dem Kern des Bezirkes, dem sogenannten Alt-Eggenberg mit vielen sozialen Brennpunkten wie weiteren Gemeindewohnungen, den Übergangswohnungen oder Einrichtungen der Vinzenzgemeinschaft und industriellen und gewerblichen Nutzflächen anschließend an das Bahnhofsareal. Sie besteht aus vier Hochhäusern mit bis zu 10 Stockwerken zwischen der Laudon- und der Starhembergasse parallel zur Alten Poststraße, der Grenze zwischen den Bezirken Eggenberg und Lend. Direkt an der Alten Poststraße ist die große Wohnanlage der sogenannten Papageiensiedlung. Dahinter schließen die Übergangswohnungen der Stadt Graz für delogierte Personen an. Hier leben – so ein Politiker – *„viele vom Schicksal hart gebeutelte Menschen“*, die für viele Probleme in der Nachbarschaft sorgen und sich auch sehr aktiv daran beteiligten, über *„die AusländerInnen“* zu schimpfen. Einzelne Familien wohnen nach Erfahrungen von SozialarbeiterInnen schon jahrzehntelang hier. Die Übergangswohnungen sind zur Papageiensiedlung und auch zur Wohnanlage der Neuen Heimat durch einen massiven Metallzaun abgetrennt. Probleme mit der Nachbarschaft treten immer wieder auf, die Lage hat sich nach allgemeiner Ansicht mit der Tätigkeit der Familienberatungsstelle *„Wohin“* beruhigt.

Nach der Wohnanlage der Neuen Heimat schließen östlich in Richtung Bahnhof weitere Wohnhäuser an, die ebenfalls durch – allerdings nicht so massive - Zäune abgetrennt sind. Davor liegt ein kleiner, eher heruntergekommenen Spielplatz, der sowohl von Kindern als auch von Jugendlichen genutzt wird. Zwischen den Häusern und der Grünfläche sind die Parkplätze der BewohnerInnen. Durch die Nähe zum Spielplatz sind parkende Autos auch ständig der Gefahr einer Beschädigung durch spielende Kinder und Jugendliche ausgesetzt.

Nach Auskunft der Wohnungsgenossenschaft sind die 127 Wohnungen zumeist sehr gut belegt, zum Interviewzeitpunkt im Sommer 2010 gab es keine Leerstände, die Fluktuation wird als sehr hoch bezeichnet. Vor einigen Jahren wurde eine umfangreiche thermische Sanierung vorgenommen, was eine Mietpreiserhöhung zur Folge hatte. In der Siedlung gibt es zahlreiche große Wohnungen (4 Zimmer mit 100 m² und Balkon), in die seit der Öffnung der Gemeindebauten vor allem hilfsbedürftige Großfamilien zumeist mit Migrationshintergrund zugewiesen werden, *„wir haben nicht viel große Wohnungen und daher kaum eine Auswahl“*, so ein Vertreter des Wohnungsamtes.

Durch den Zuzug vieler MigrantInnen und – im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten – der strengeren Beachtung sozialer Notlagen als Voraussetzung für Gemeindewohnungen hat sich in den letzten Jahren die Bewohnerschaft stark geändert. Viele der *„UreinwohnerInnen“* sind mit der Siedlung gealtert, sie leben allein oder als Paar, die Kinder sind längst

ausgezogen, die „Neuen“ kommen oft aus dem Ausland. Mittlerweile ist laut Hausverwaltung „*die ganze Welt in der Liegenschaft*“ vertreten. Einige wenige „Parteien“ würden Probleme verursachen. Vereinzelt komme es auch zu „*rassistischen Ausfällen*“, dass z.B. neuen MieterInnen „*Türken raus*“ auf die Wohnungstür geschrieben wurde.

Die Hausverwaltung und PolitikerInnen sehen sich mit vielfachen Problemen konfrontiert. Häufig sind es Generationenkonflikte, überlagert durch das Migrationsthema. Konfliktpotential liegt vor allem bei den „*Spielregeln*“, die entweder nicht eingehalten werden oder auch zu eng für Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sind – ein Gang durch die Siedlung zeigt die zahlreichen Verbote. Die Hausverwaltung verteilt in der Regel bei der Schlüsselübergabe die Hausordnung in unterschiedlichen Sprachen (und kann dabei auf ein Muster, das von der Stadt erstellt wurde und seit Ende 2005 in acht Sprachen zur Verfügung steht, zurückgreifen), sofern die Herkunft und Muttersprache der Zugewiesenen bekannt ist. Eine „*Einführung*“, Begleitung und Hilfestellung für neue BewohnerInnen zum Beispiel in Bezug auf die Mülltrennung, die Waschküche, die Zusammensetzung der Kosten, AnsprechpartnerInnen (Hausbesorgung), Hilfe bei Problemen etc. – wie in einem Nachbarhaus mit Erfolg von einem freiwilligen Haussprecher praktiziert – ist zwar ins Auge gefasst, aber noch nicht realisiert worden. Weitere Möglichkeiten zur Entspannung der Situation werden in einer mittlerweile in der Genossenschaft tätigen Mediatorin bzw. einem möglichen MieterInnenbeirat gesehen.

Für Spannung und Konflikte sorgt nach Meinung eines Bezirkspolitikers vor allem die Tatsache, dass Jugendliche keine Freiräume haben und am Spielplatz, einem „*kleinen Fleckerl*“, keine Trennung zwischen Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichen Bedürfnissen möglich ist. Eine sinnvolle Freizeitgestaltung scheitert allein an den räumlichen Gegebenheiten. Vor allem für Jugendliche gäbe es kaum geeignete Räumlichkeiten und Treffpunkte, die Nutzung der freistehenden „Hallen“ im Parterre der Hochhäuser wurde wegen Vandalismus wieder rückgängig gemacht. Manchmal entstehe der Eindruck, dass sich „*Kinder und Jugendliche am besten in Luft auflösen sollten*.“ Geringe Bildung, fehlende Perspektiven und keine Arbeit führten (oft) auch zu Vandalismus, die relevante Frage bleibe, „*wie hole ich Jugendliche da raus, welche anderen Wege kann man ihnen zeigen?*“ Zum Beispiel fehle eine Möglichkeit in der Siedlung, sich handwerklich oder körperlich zu betätigen und eventuell berufliche Neigungen zu entdecken.

Weitere erwähnte Probleme sind hygienische Missstände, Ruhestörung, fehlende Mülltrennung, Lausbubenstreiche bzw. Sabotageakte, herumstehende nicht funktionsfähige Fahrzeuge etc. Ein häufiges Thema ist auch das fehlende Grüßen. Auch diese Missstände werden vorwiegend an MigrantInnen festgemacht, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund stoßen sich daran.

Auch für die Politik sei die Siedlung infolge der mangelnden Integrationspolitik und räumlichen Konzentration ein „*heißes Pflaster mit vielen Untergriffen*“. Die BewohnerInnen hätten oft das Gefühl, so ein Bezirkspolitiker, dass viele Probleme der Betroffenen nicht wahrgenommen würden und auf Kritik zu wenig reagiert würde. Umgekehrt würden sachliche Argumente und Begründungen in dieser Atmosphäre kaum durchdringen. Eine gewisse Resignation sei daran abzulesen, dass im Gegensatz zu früher Beschwerden

und Anrufe zurückgegangen seien, viele lebten sehr zurückgezogen und pflegten keine Nachbarschaft mehr. Mit der Fluktuation der BewohnerInnen und vielen damit einhergehenden Ängsten, Vorurteilen und Schuldzuschreibungen hat sich aus Sicht eines Sozialarbeiters die Qualität der Nachbarschaft drastisch verschlechtert. Auch das öffentliche Leben habe sich in der Siedlung sehr reduziert. Alteingesessene halten ihre (Enkel-) Kinder zum Teil auch fern vom Hof. Dazu käme die Bedrohung von außen, symbolisch stünden dafür die Zäune zu den anderen Siedlungen.

Kommunikationsbarrieren, unterschiedliche Lebensweisen, die Angst vor Fremden beeinflussen auch das Sicherheitsgefühl negativ. Aus Sicht der Polizei ist die Siedlung bzw. die Umgebung – mit Ausnahme der Übergangswohnungen, wo in Zusammenhang mit beengtem Wohnraum (4 Personen auf 50 m²) Arbeits- und Perspektivenlosigkeit, Suchproblemen etc. erhöhtes Konfliktpotential wie z.B. Gewalt in der Familie bestehe - kein „auffälliges Krisengebiet“, es gäbe weder mehr Sachbeschädigungen noch vermehrt sonstige angezeigte Delikte als anderswo. Das könne aber auch damit zu tun haben, dass beispielsweise Schmierereien kaum gemeldet würden. Die Polizei registrierte im ersten Halbjahr 2010 folgende angezeigte Straftaten im Bereich Starhembergasse/Laudongasse: 14 Körperverletzungen (hauptsächlich im häuslichen Bereich), 18 Sachbeschädigungen (Graffiti, Vandalismus, Gewalt in Familie), 9 Diebstähle (Bargeld, Fahrräder, Fahrzeugbestandteile etc.).

Die Anonymität und der fehlende Zusammenhalt in der Siedlung begünstigen nach Auffassung der Polizei undefinierte Unsicherheitsgefühle. Bei Konflikten und Bedrohungen sind der Polizei zum Teil die Hände gebunden (im Fall verbaler Bedrohungen), da im österreichischen Strafrecht „milieubedingte Unmutsäußerungen“ nicht strafbar sind, allerdings sind die Grenzen, was darunter fällt, oft vage. Für die Verhinderung von Ghettoisierung und Verwahrlosung sei es schlecht, wenn mit Ausbesserungsarbeiten, Beseitigung von Schmierereien monatelang gewartet werde.

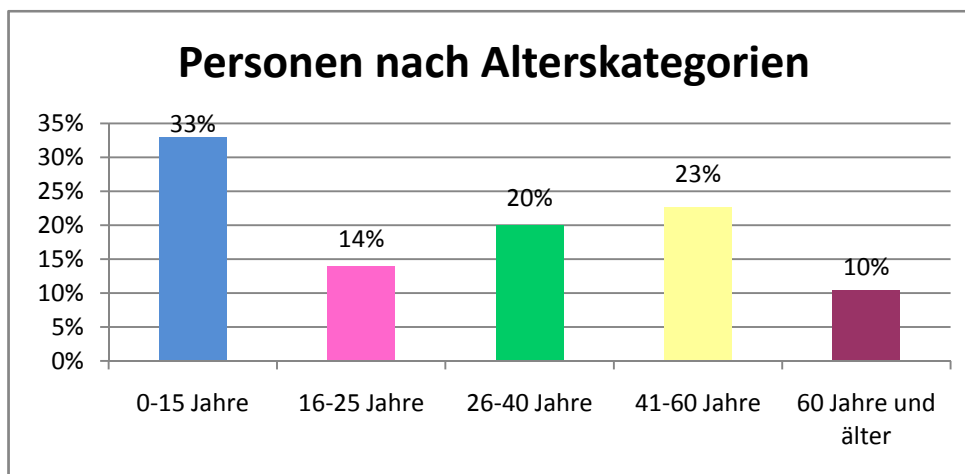
6.1.2 BewohnerInnen – Alter, Geschlecht, Nationalität, Migrationshintergrund

Die strukturelle Zusammensetzung der Bewohnerschaft verdeutlicht die erwähnten Grundproblematiken. In den vier Häusern wohnten Ende Juli 2010 insgesamt 453 Personen, verschiedentlich vermutete zahlreiche nicht gemeldete MitbewohnerInnen nicht eingerechnet. Im Schnitt wird damit jede Wohnung von 3,6 Personen belegt.

Auffallend und durch die Zuweisung von Familien mit vielen Kindern bedingt ist der hohe Anteil von 33% oder 148 Kindern und Jugendlichen im Alter von bis zu 15 Jahren. Weitere 14% oder 63 Personen sind zwischen 16 und 25 Jahren. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene stellen fast die Hälfte der BewohnerInnen. Ihnen stehen in der Siedlung kaum Grünflächen und nur ein winziger Spielplatz zur Verfügung. 10% oder 47 Personen sind über 60 Jahre alt (15% bei den Frauen, 5% bei den Männern), das sind vor allem jene BewohnerInnen, die schon sehr lange in der Siedlung leben und die nach den

Erfahrungen der explorativen Interviews mit den Veränderungen in der Zusammensetzung der Bewohnerschaft die größten Probleme bzw. am wenigsten Freude haben.⁴⁸

Grafik 10: Altersstruktur der BewohnerInnen Neue Heimat

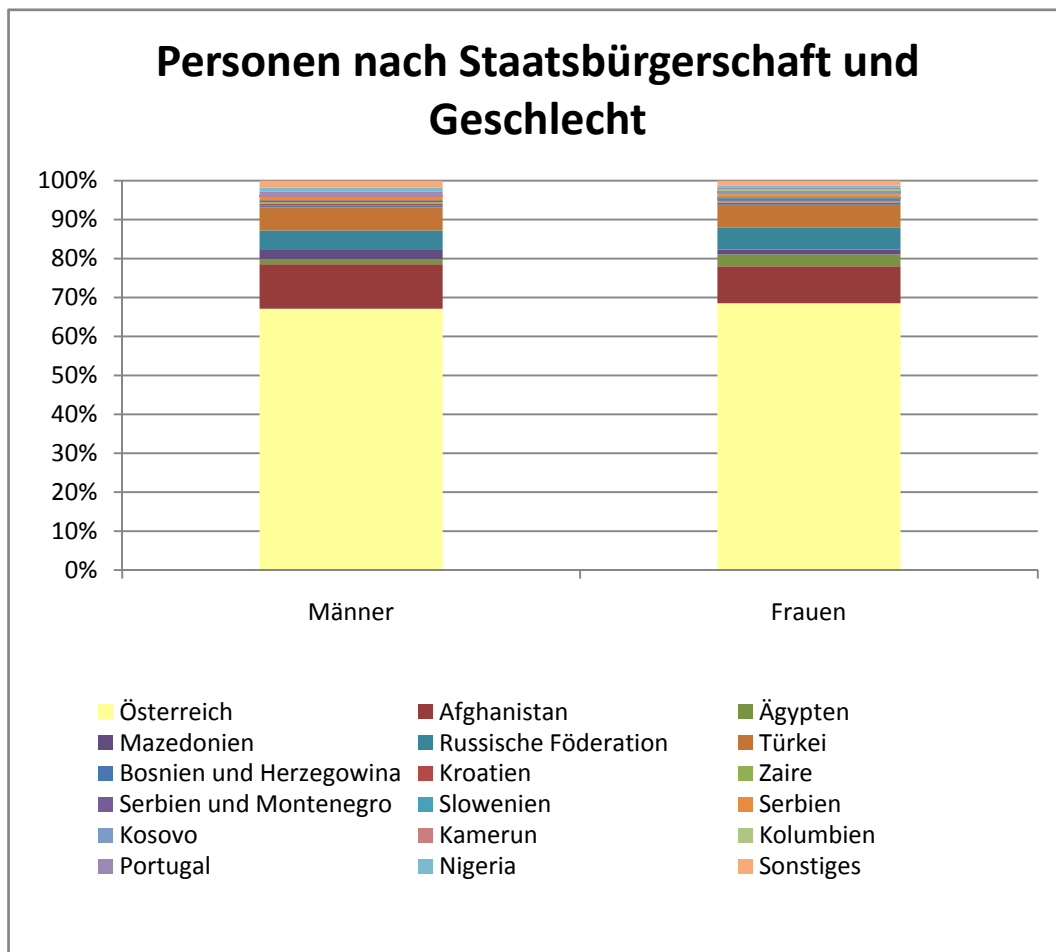


Quelle: Angaben des Wohnungsamtes Graz, Stand Juli 2010, Eigenberechnung IFA 2010

Die Veränderung der Wohnbevölkerung seit der Öffnung der Gemeindebauten und der Übertragungswohnungen lässt sich anhand der Staatsbürgerschaft und des Migrationshintergrunds nachvollziehen. So haben etwas über zwei Drittel (68% oder 306 Personen) die österreichische Staatsbürgerschaft, wobei es kaum geschlechtsspezifische Unterschiede gibt, 32% sind ausländische StaatsbürgerInnen (72 Frauen und 73 Männer). Am häufigsten sind StaatsbürgerInnen aus Afghanistan (47), gefolgt von solchen aus der Türkei (26 Personen, darunter viele KurdInnen) und aus Russland (24 Personen, darunter viele aus Tschetschenien). Häufig sind auch Staatsangehörige aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens – Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Serbien, Montenegro, Slowenien, Kosovo. Eher vereinzelt sind StaatsbürgerInnen aus Nigeria, Zaire, Kamerun, Kolumbien, Portugal u.a.m. Insgesamt sind 19 Nationalitäten in der Siedlung vertreten.

⁴⁸ Vgl. dazu Tab. im Anhang.

Grafik 11: Staatsbürgerschaft der SiedlungsbewohnerInnen Neue Heimat

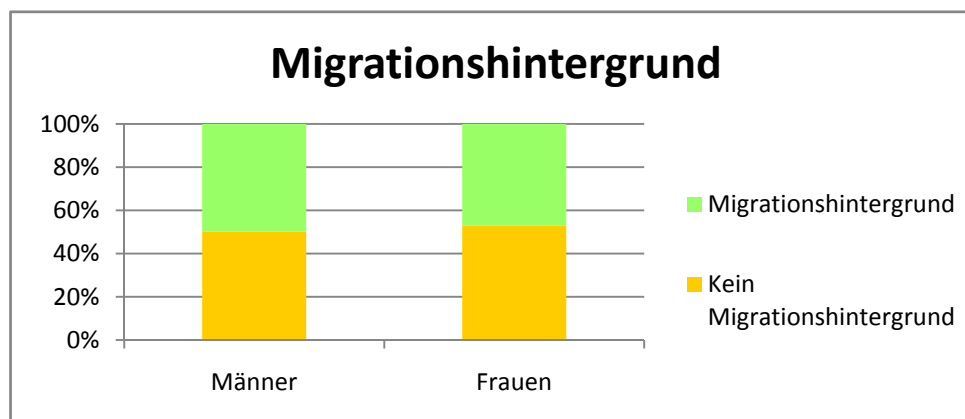


Quelle: Angaben des Wohnungsamtes Graz, Stand Juli 2010, Eigenberechnung IFA 2010

Zu den Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft kommen auch viele bereits eingebürgerte MigrantInnen, nämlich 71 Personen, 37 Männer und 36 Frauen - der Großteil mit einem Geburtsort in den jugoslawischen Nachfolgestaaten, vereinzelt aus der Türkei, Ägypten etc. Das entspricht einem Anteil von 16% an der Wohnbevölkerung. Insgesamt weist ungefähr die Hälfte der BewohnerInnen einen Migrationshintergrund⁴⁹ auf

⁴⁹ In Bezug auf den Migrationshintergrund wurde ein Annäherungsverfahren verwendet - bei österreichischer Staatsbürgerschaft und einem Geburtsort außerhalb Österreichs wurde ein solcher angenommen.

Grafik 12: Migrationshintergrund der SiedlungsbewohnerInnen Neue Heimat



Quelle: Angaben des Wohnungsamtes Graz, Stand Juli 2010, Eigenberechnung IFA 2010

6.1.3 Zufriedenheit mit der Wohn- und Lebensqualität

In den „Straßeninterviews“ – Kurzgesprächen mit BewohnerInnen der Siedlung bzw. der Umgebung – wurden die Befragten gebeten, die Lebensqualität der Wohnumgebung auf einer Skala zwischen 1 (sehr gut) und 10 (sehr schlecht) zu bewerten, besondere Stärken und Schwächen sowie Verbesserungsanregungen zu benennen. Dabei zeigte sich alsbald, dass es in der Siedlung keine homogene Bewertung gibt, sondern eine starke Polarisierung vorhanden ist: Ein Viertel der Befragten (26%) bewertet die Lebensqualität sehr positiv, ein Drittel (34%) ist hingegen sehr unzufrieden. Die durchschnittliche Bewertung der Lebensqualität liegt bei 5,6.

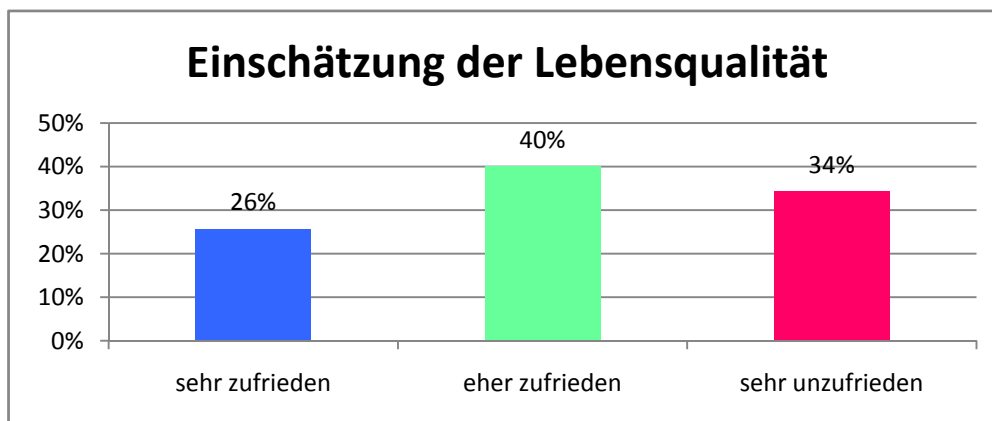
Die Trennlinien zwischen den Extremgruppen verlaufen entlang des Alters und der Wohndauer in der Siedlung. Sehr Unzufriedene⁵⁰ sind vor allem ältere Personen, die oft schon Jahrzehnte (seit der Baufertigstellung vor über 35 Jahren) in der Siedlung wohnen, zumeist schon pensioniert sind und mit der Veränderung in der Bewohnerschaft am meisten Probleme haben. Viele vertraute „gute“ Nachbarn sind weggezogen und durch neue ersetzt worden, mit denen die Verständigung nicht so einfach ist und die zusätzlich viele Kinder und Jugendliche mitbringen, die auf Vorhaltungen zeitweise nicht wie gewünscht reagieren. Dadurch, aber auch wegen fremder Lebensweisen, (vermuteter) fehlender Erwerbstätigkeit und sozialer Bedürftigkeit steigen Unsicherheit und Unverständnis. Aus ihren eigenen Berufsbiografien ist ihnen Arbeitslosigkeit weitgehend fremd. Sie vertreten noch immer die Position, dass jede/r, der/die will, auch eine Arbeit findet. Damit sind viele der neuen Nachbarn für sie automatisch zweifelhaft. Die Unzufriedenen stoßen sich vor allem an der Veränderung, die mit der Öffnung der Gemeindebauten einherging: vor allem am generell gestiegenen Ausländeranteil und der „grundsätzlich falschen“ Politik, dass „nur noch Ausländer“ zugewiesen würden. Dadurch sei der Weg zur „Ghettosiedlung“ vorgezeichnet, in der Wiese gefundene „Spritzen“, die Nichteinhaltung der Hausordnung und Regeln und mutwillige Beschädigungen des Lifts,

⁵⁰ Werte zwischen 8-10 wurden der Extremgruppe der „Sehr Unzufriedenen“ zugeordnet, Werte zwischen 1-3 den „Sehr Zufriedenen“.

der Stiegenhäuser, der Wohnungstüren von Nachbarn etc. seien deutliche Symptome. Zunehmend stehen sie den Veränderungen frustriert, hilflos und auch aggressiv gegenüber.

Bei den Zufriedenen handelt es sich hingegen um NeumieterInnen und jüngere BewohnerInnen mit Kindern, die mit der neuen Wohnung eindeutig mehr Lebensqualität bzw. Wohnqualität gewinnen. Sie bemerken die Anfeindungen eher nur am Rande und sind froh, ehemals viel schlechteren Wohnbedingungen entkommen zu sein. Viele davon sind Menschen mit Migrationshintergrund in großen Familien.

Grafik 13: Bewertung der Lebensqualität der SiedlungsbewohnerInnen Neue Heimat, N = 37



Quelle: Straßeninterviews in der Siedlung Neue Heimat 2010, IFA Steiermark

6.1.4 Stärken und Schwächen aus Sicht der BewohnerInnen

Als Stärken der Wohnumgebung wurden vor allem die Qualität und Größe der Wohnungen, ihre West-Ost-Ausrichtung, die Zimmereinteilung und die Balkone, die zentrale Lage und Erreichbarkeit der Siedlung, die teilweise Ruhe, die gute Infrastruktur (Nähe zur Straßenbahn, Geschäfte und Einkaufsmöglichkeiten, Ärzte, Banken, Schulen, gebührenfreie Parkplätze) sowie auch die teilweise noch vorhandene gute Nachbarschaft erwähnt. Besonders MigrantInnen betonen gute Kontakte zu österreichischen Nachbarn, ihre Hilfsbereitschaft und die Hilfe durch die Hausbesorgerin. Eingesessene BewohnerInnen heben vor allem die „restlichen österreichischen Nachbarn“ und den Zusammenhalt unter ihnen, aber auch hilfsbereite ausländische Nachbarn, die sofort auf Kritik und Wünsche reagieren, hervor. Für Jugendliche sind vor allem die vielen jungen Leute vor Ort, und die Spielplätze und Sportmöglichkeiten in der Nähe (bei der Vinzenzgemeinschaft oder im Europapark) positive Faktoren.

6.1.4.1 Kommunikation

Als störende Faktoren für die Lebens- und Wohnqualität werden überwiegend Aspekte der Kommunikation auf der Ebene des Miteinander und der Nachbarschaft erwähnt. Auch diesbezüglich werden die Probleme auf „zu viele AusländerInnen“ in der Siedlung und der Wohnumgebung rückgeführt. Aber auch die BewohnerInnen der Übergangswohnungen werden als Ursache vieler Störungen bezeichnet. Konflikte gibt es vor allem

zwischen „Eingeborenen“ und „Zugezogenen“ und Personen jenseits des „undichten“ Zauns aus der „Delogiertensiedlung“.

Vor allem die Unzufriedenen bringen die gestörte Nachbarschaft und die Nichteinhaltung der Hausordnung vermehrt mit dem massiven Neuzugang „nichtösterreichischer“ BewohnerInnen und ihrem fehlenden Anpassungswillen in Verbindung. „Tägliche“ Anlässe für Ärger sind das Nichteinhalten grundlegender Regeln, Lärm, Schmutz, fehlende Mülltrennung, überquellende Müllcontainer und falsche Befüllung⁵¹, Sperrmüllablage auf Kosten der Allgemeinheit, nicht beaufsichtigte und „unerzogene Kinder“, Gruppen vor der Haustür, Fahrzeugbeschädigungen am Parkplatz, Vandalismus, Leute, die nicht zurückgrüßen und vieles andere mehr.

Die neu Zugezogenen nehmen die „gestörte Nachbarschaft“ weniger wahr, vereinzelt aber sprechen auch sie von einer teilweise „feindlichen Stimmung“ ihnen gegenüber oder von einem „automatischen Schlechtmachen“. Vor allem manche BewohnerInnen würden nur schimpfend mit ihnen kommunizieren und Respekt bzw. Wertschätzung vermissen lassen.

6.1.4.2 Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche

Ein weiterer Schwachpunkt in der Siedlung sind für viele die kaum vorhandenen Möglichkeiten vor allem für Kinder. Der viel zu kleine Spielplatz für die zahlreichen Kinder sei eine „Ruine“ mit beschädigten Spielgeräten, die Fußballwiese ein „staubiges Fleckerl“, der „Grünstreifen hinter dem Haus abgesperrt, so dass Kinder vorn bei den Parkplätzen spielen müssen.“ Vor allem für Eltern mit Kleinkindern ist der „nächste ordentliche Spielplatz zu weit weg.“ Darüber hinaus gäbe es kaum Angebote für Kinder. Personen ohne Kinder verweisen häufig auf die Lärm- und Staubbelastung durch spielende Kinder und „regen sich immer auf, wenn Kinder spielen“ oder wenn kleine Kinder zu lange unbeaufsichtigt im Hof sind.

Auch für Jugendliche gibt es kaum Freizeitmöglichkeiten oder eigene Spielflächen. Konflikte zwischen Jugendlichen und Kindern sind daher beinahe unvermeidlich. Den Jugendlichen, vor allem jenen „von nebenan“, wird auch vorgeworfen, (Ballspiel-) Verbote zu ignorieren, Kellerräumlichkeiten und die Halle für Gelage und Feste zu gebrauchen und zu beschmutzen sowie mit ihren Mopeds in der Siedlung viel zu viel Lärm zu machen. Auch für immer wiederkehrende Beschädigungen werden sie verantwortlich gemacht – für verbogene Wäschestangen, zerkratzte Autos, zerstörte Sitzbänke, zugeklebte Schlösser, beschädigte Gegensprechanlagen, verschmutzte Lifte usw.

Misstände in der Wohnanlage werden auch mit einer zu langen Untätigkeit der Hausverwaltung („es hat schon viele leere Versprechungen gegeben“) und dem Fehlen eines „richtigen Hausmeisters, jemand der Verantwortung hat und sich um alles kümmert“ in Verbindung gebracht. Beispiele sind etwa ein Verkehrsspiegel bei der unübersichtlichen

⁵¹ Das Pilotprojekt des Umweltamtes Graz „Abfalltrennung in Wohnsiedlungen“ zeigte, dass in der Siedlung an die zwei Drittel des Restmülls eingespart werden könnten. Das würde auch Kosten reduzieren.

Ausfahrt in die Starhemberggasse, eine neue Parkplatzmarkierung, Parkplätze für BesucherInnen, die durch die grüne Zone außerhalb weggefallen sind, eine Teppichstange etc. Auch eine bessere Trennung zwischen Park- und Spielplatz könnte viele Konflikte minimieren. Kritisiert werden teilweise auch „*unangekündigte Arbeiten der Hausverwaltung*“.

6.1.4.3 Soziales Klima in der Nachbarschaft

Die unterschiedlichen Einschätzungen zeigen sich auch bei den Antworten zum sozialen Klima in der Nachbarschaft und scheinen stark mit der eigenen Ängstlichkeit und Offenheit gegenüber MitbewohnerInnen zu korrelieren. Die Antworten relativieren den Eindruck der überwiegenden Unzufriedenheit in Zusammenhang mit dem hohen Ausländeranteil. Über die Hälfte der 37 Befragten bezeichnet das soziale Klima als weitgehend gut und durchaus vertrauensvoll. Berichtet wird von „*normal guten Kontakten*“ zu „*netten, lieben*“ Nachbarn und von einer durchaus gegebenen Hilfsbereitschaft bzw. einem Entgegenkommen bei Problemen. Ausländische Nachbarn werden davon großteils nicht ausgenommen, sondern manchmal besonders hervorgehoben: „*Wir haben ganz liebe Schwarze im 4. Stock*“ oder „*Sie sind sogar vertrauenswürdiger, weil sie weniger spießig sind, kein ‚mir san mir‘ und keine ‚Revieransprüche‘ haben, man kommt mit Ausländern einfacher ins Gespräch.*“

KritikerInnen hingegen beklagen die sich verschlechternde Atmosphäre und stufen das soziale Klima eher negativ ein. Sie weisen auf wenig Kontakte zu Nachbarn, viele Streitereien, (vereinzelt) Bedrohungen und geringes Vertrauen zu den MitbewohnerInnen hin. Folgeerscheinungen sind Frustration, Resignation und vermehrte Abkapselung. Es gäbe „*kein Miteinander*“ und niemand „*kümmert sich um andere, es wird keine Hilfe angeboten.*“ Verstärkt wird die Anonymität auch dadurch, dass es keine Gemeinschaftsräume für Erwachsene oder gemeinsame Aktivitäten gibt. Überwiegend würden sich die Befragten auch an Aktionen zur Verbesserung der Situation und Gemeinschaftsaktivitäten beteiligen. Nur wenige lehnen ihre Mitwirkung gänzlich ab – unter Hinweis auf ihr Alter oder die zu verfahrenere Situation.

6.1.5 Ausgewählte Aspekte der Lebensqualität

Die schriftliche Erhebung ermöglicht eine differenziertere Beurteilung unterschiedlicher Aspekte der Lebensqualität in der Wohnsiedlung bzw. der Wohnumgebung.⁵² Die Ergebnisse unterstreichen die Befunde der qualitativen Interviews auf breiterer Basis und zeigen eine hohe Unzufriedenheit. In sechs von 14 Bereichen ist die Situation für über die Hälfte „sehr schlecht“ oder „schlecht“. In absteigender Reihenfolge betrifft das die Möglichkeiten für Jugendliche, die Möglichkeiten für SeniorInnen (jeweils um die 70%), gefolgt von der Sicherheit, der Ruhe und der gegenseitigen Rücksichtnahme (jeweils um

⁵² Die Befragten konnten auf einer Skala zwischen 1 (sehr gut) und 5 (sehr schlecht) antworten. Die Werte 1 und 2 sind zur Kategorie „zufrieden“ (in der Grafik die Grüntöne), 4 und 5 zur Kategorie „unzufrieden“ (in der Grafik die Rottöne) zusammengefasst.

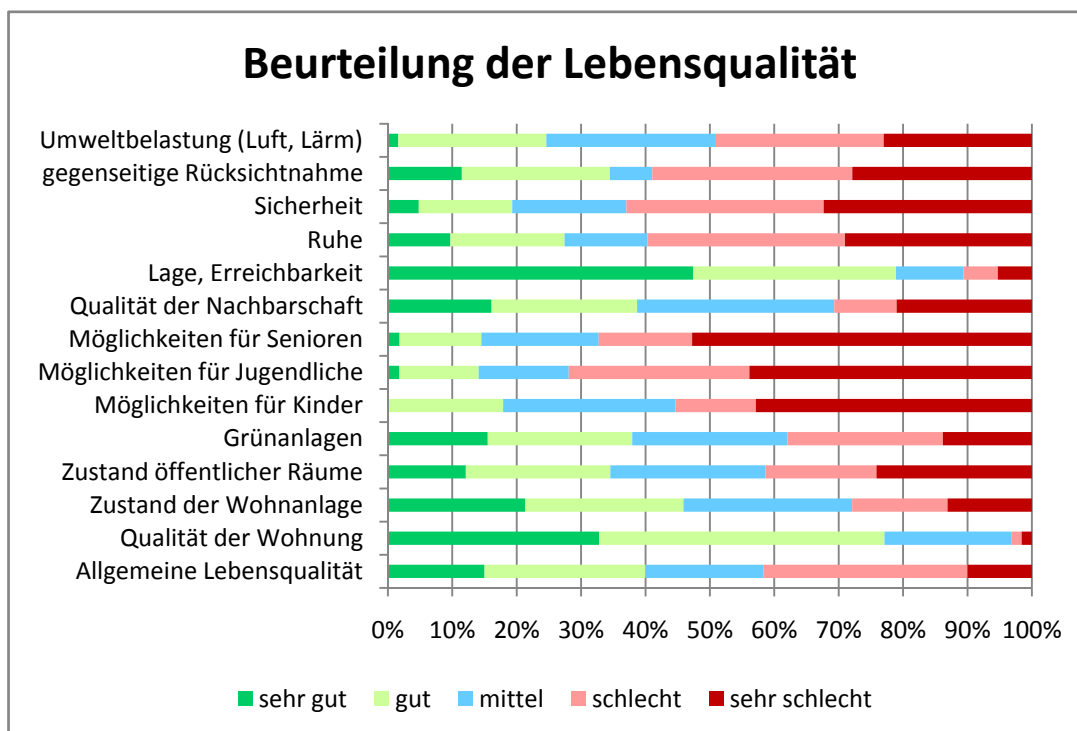
die 60%). Auch die Möglichkeiten für Kinder wertet über die Hälfte als (sehr) schlecht. Die Umweltbelastung ist für fast 50% nicht zufriedenstellend. Das bedeutet, die höchste Unzufriedenheit herrscht mit den geringen oder fehlenden Angeboten für bestimmte Gruppen sowie mit Aspekten des Zusammenwohnens und der Nachbarschaft wie gegenseitiger Rücksichtnahme und Einhaltung der Ruhe. Erst danach folgen mit ca. 40% Unzufriedenheit Aspekte, die mit der Pflege und dem Zustand der Wohnanlage zusammenhängen wie der Zustand der öffentlichen Räume und der Grünanlagen. Dafür sind Verschmutzung, Sachbeschädigungen, herumliegender Müll, Verwahrlosungserscheinungen etc. ausschlaggebend.

Nur in zwei Bereichen – der Lage und Erreichbarkeit sowie der Qualität der Wohnungen – fallen die Bewertungen überwiegend (sehr) gut aus. Eine große Mehrheit von knapp 80% ist damit (sehr) zufrieden. In Bezug auf die allgemeine Lebensqualität wird wiederum die Polarisierung deutlich, entweder fällt die Bewertung (sehr) gut oder (sehr) schlecht aus (jeweils ca. 40%).

Insgesamt kann gesagt werden, dass zu den (eher) Zufriedenen⁵³ tendentiell Frauen, Jüngere und Menschen, die sich selbst generell als vertrauensvoll gegenüber Mitmenschen bezeichnen, gehören. Unzufrieden sind vor allem Ältere, Männer und Menschen mit allgemein wenig Vertrauen gegenüber ihren Mitmenschen. Bezüglich Indikatoren wie Bildungsniveau, finanzieller Situation oder Kinder im Haushalt liegen kaum Unterschiede vor.

⁵³ Dazu wurde ein Summenindex über alle 14 Lebensqualitätsbereiche gebildet. Die höchste Zufriedenheit liegt vor, wenn alle Bereiche mit 1 bewertet werden (insgesamt 14 Punkte), die größte Unzufriedenheit, wenn überall eine 5 vergeben wurde (insgesamt 70 Punkte). Summenwerte von bis zu 42 Punkten wurden in der Folge als (eher) zufrieden kategorisiert, Werte darüber als (eher) unzufrieden.

Grafik 14: Bewertung ausgewählter Aspekte der Lebensqualität Neue Heimat, N = 62



Quelle: Fragebogenerhebung in der Siedlung Neue Heimat 2010, IFA Steiermark

Die Zufriedenheit mit den unterschiedlichen Aspekten der Lebensqualität in der Wohnumgebung steht in engem Zusammenhang mit den jeweiligen Lebensphasen, Bedürfnissen und dem Angewiesensein auf die Infrastruktur vor Ort. Deutlich wird das bei geschlechtsspezifischen Unterschieden: Frauen, die öfter nicht erwerbstätig sind und vor allem bei der Kinderbetreuung stärker in der Siedlung gebunden sind, beurteilen die Möglichkeiten für Kinder, Jugendliche und Senioren, die Ruhe (mit einem Abstand von 15-20%), deutlich schlechter, im Gegensatz aber die Qualität der Nachbarschaft besser als die öfters „abwesenden“ Männer. Männer sind im Gegensatz zu den Frauen eher mit ihrer allgemeinen Lebensqualität sowie mit den Grünanlagen in der Siedlung zufrieden. In Zusammenhang mit dem Alter zeigt sich eine tendenziell schlechte bis sehr schlechte Bewertung bei Älteren⁵⁴, die vor allem in Hinsicht auf die erwünschte Ruhe oder eine gegenseitige Rücksichtnahme unzufrieden sind, während die jüngste Altersgruppe (15-25 Jahre) oder beispielsweise Erwachsene, die mit Kindern im Haushalt leben, mit den Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche unzufriedener sind. Eltern mit Kindern im Haushalt bewerten auch die Aspekte Ruhe, Sicherheit, gegenseitige Rücksichtnahme sowie Umweltbelastung deutlich schlechter als ohne Kinder lebende Personen.

Angesichts der massiven Unzufriedenheit mit verschiedenen Aspekten der Lebensqualität ist der Verbesserungsbedarf, den die BewohnerInnen orten bzw. angeben, eher gering. Entweder herrscht eine „realistische“ Wahrnehmung der Umsetzungsmöglichkeiten vor, z.B. was die eingeschränkten räumlichen Gegebenheiten in der Anlage betrifft,

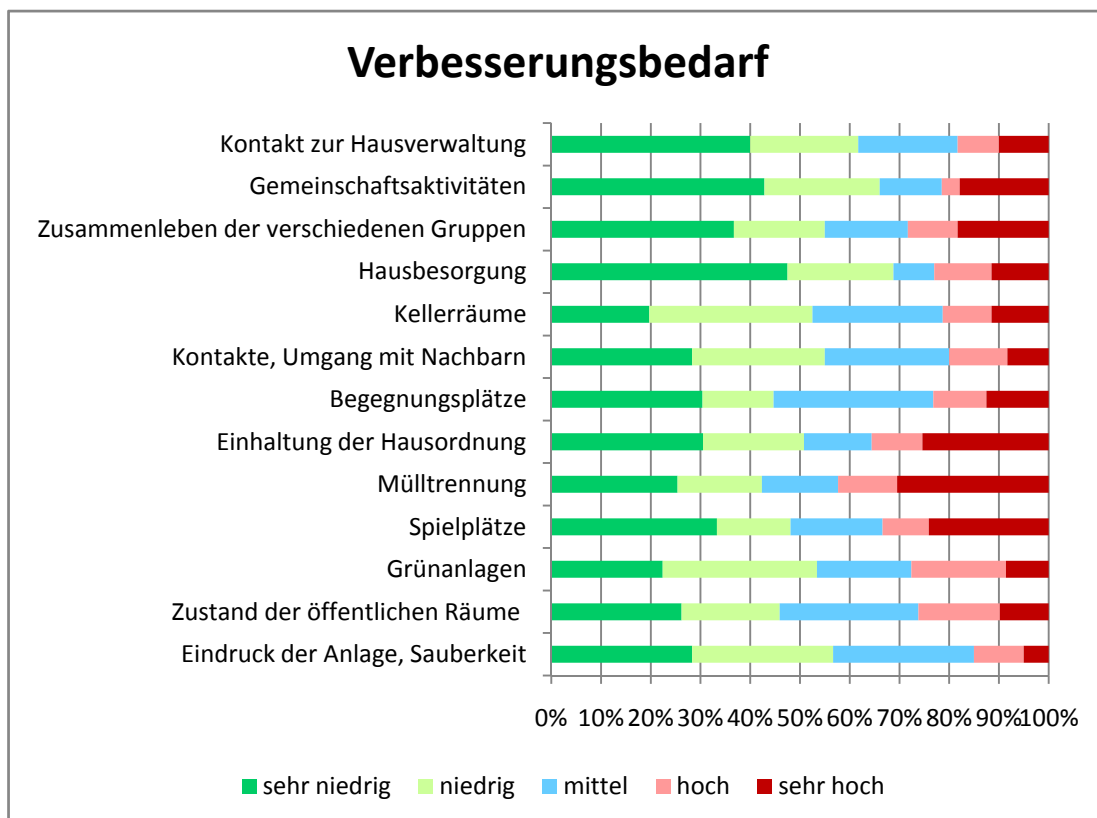
⁵⁴ Es wurden vier Alterskategorien gebildet: 15-25 Jahre, 26-45 Jahre, 46-65 Jahre und über 65 Jahre.

oder BewohnerInnen haben sich so „eingewöhnt“ oder auch schon resigniert, dass sie keine Verbesserungsanregungen äußern. Für beides gibt es Indizien in den Interviews.

Für eine „realistische“ Perspektive spricht die Reihung der Bereiche mit dem höchsten Verbesserungsbedarf. An der Spitze liegen die Mülltrennung (über 40%) vor der Einhaltung der Hausordnung und der Verbesserung der Spielmöglichkeiten. Danach folgen mit knapp unter 30%, die von einer (sehr) hohen Verbesserungsnotwendigkeit ausgehen, das „Zusammenleben der verschiedenen Gruppen“ (wobei hier Spannungen zwischen neuen und alteingesessenen MieterInnen reinfallen), die Grünanlagen sowie der Zustand der öffentlichen Räume.

Auch in Hinsicht auf geortete Verbesserungsnotwendigkeiten wird die Verbindung mit unterschiedlichen Bedürfnissen verschiedener Gruppen deutlich: Jene Personen, die vermehrt ihre Zeit in der Siedlung verbringen und deswegen auch mehr auf die Gegebenheiten vor Ort angewiesen sind, äußern häufiger Verbesserungsbedarf. Für Frauen (und teilweise Ältere) ist die Verbesserung der Spielplätze, der Mülltrennung oder der Einhaltung der Hausordnung wichtiger als für Männer. Angehörige der zwei jüngeren Altersklassen finden, dass bei den Spielplätzen bei weitem noch nicht der „optimale Zustand“ erreicht sei, während die beiden älteren Gruppen recht zufrieden mit der jetzigen Situation sind. Auch Eltern mit Kindern im Haushalt finden die Spielplatzsituation oder das Zusammenleben der verschiedenen Gruppen verbesserungswürdig.

Grafik 15: Verbesserungsbedarf aus Sicht der BewohnerInnen Neue Heimat, N = 62



Quelle: Fragebogenerhebung in der Siedlung Neue Heimat 2010, IFA Steiermark

Die Verbesserungsanregungen⁵⁵ wurden zu fünf Kategorien zusammengefasst: Sauberkeit/Mülltrennung; Kinder und Jugendliche; Einhaltung der Hausordnung/Spielregeln; Kommunikation und Nachbarschaft sowie Infrastruktur/Anlage/Verkehr.

Im Bereich Sauberkeit/Mülltrennung wurde am häufigsten angeregt, die öffentlichen Bereiche sauberer zu halten sowie die Mülltrennung über eine Neugestaltung der Sammelplätze und gezielte Informationsarbeit zu verbessern. Als verantwortlich dafür gelten am häufigsten die Hausparteien selbst sowie die beiden Hausbesorgerinnen. Die Bereitschaft zur eigenen Mitwirkung fällt hier hoch aus.

Die beiden größten Anliegen im Bereich Kinder und Jugendliche sind einerseits der Ausbau des Spielplatzes und die Verbesserung der Möglichkeiten für Jugendliche sowie andererseits eine bessere Betreuung und Beaufsichtigung der Kinder. Davon wird eine Verringerung des Kinderlärms (am Abend) und auch mancher Sachbeschädigungen erwartet. Auch betreute Möglichkeiten in eigenen Begegnungszentren (z.B. in den „Hall“ im Parterre) könnten den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entgegenkommen. Als Ansprechpartner für die infrastrukturelle Verbesserung wird vor allem die Hausverwaltung genannt, etliche Parteien sind aber auch zur aktiven Mitwirkung an Verbesserungsmaßnahmen bereit.

Im Bereich Infrastruktur regen die Befragten neben einzelnen Verbesserungen wie einem Teppichwaschplatz bzw. einer Klopfstange oder der Reparatur von Installationen und Türen vor allem Maßnahmen an, die auch das Sicherheitsgefühl erhöhen könnten. Dazu gehören eine bessere Beleuchtung, Kontrolle und Videoüberwachung mancher öffentlichen Räume (Lift, Keller) oder eine Lösung bei den Parkplätzen und einer Ausfahrt. In Bezug auf die Qualität der Anlage sowie notwendiger Reparaturen wird die Hausverwaltung von manchen als säumig kritisiert.

Eine aktivere Hausverwaltung ist auch eine zentrale Anregung im Bereich der Hausordnung bzw. Spielregeln. Neben einer mehrsprachigen Aufklärung über Rechte und Pflichten (wozu auch Beaufsichtigungspflichten gezählt werden) wird angeregt, die Hausbesorgung mit mehr Kompetenzen auszustatten. Die Einhaltung der Hausordnung sowie der Wunsch nach mehr Kontrolle werden am öftesten genannt, als zuständig werden vor allem die Hausverwaltung, die Hausbesorgerinnen sowie die Hausparteien selbst bezeichnet. Die Bereitschaft zur eigenen Mitwirkung ist gering ausgeprägt.

Ein besonderes Thema ist die Verbesserung der Kommunikation und der Nachbarschaft. Zum Teil wird eine Lösung der zahlreichen Probleme und eine Verbesserung der Wohnqualität vor allem über eine einseitige Reduktion der Zahl nicht österreichischer StaatsbürgerInnen, vor allem der „*Problemfamilien, die sich nicht anpassen wollen*“, erwartet. Hier sei die Hausverwaltung und vor allem die Wohnungsstadträtin gefordert. Andere sehen die Situation etwas differenzierter und siedeln die Probleme beim ungenügenden Zusammenhalt, der geringen Kommunikation und zu wenig Begegnungsmöglichkeiten an und fordern Initiativen in diese Richtung.

⁵⁵ Die Befragten wurden gebeten, die aus ihrer Sicht drei wichtigste Anregungen zu nennen.

Eine spezielle Frage in den Straßeninterviews, um zu eruieren, wo „der Schuh am unmittelbarsten drückt“ und darüber zu einer Prioritätenreihung der Verbesserungsanregungen zu kommen, betraf jene nach notwendigen „Sofortmaßnahmen“, falls die Befragten für einen Tag die Kompetenzen des Bürgermeisters hätten. Symptomatisch für die Atmosphäre ist es, dass überwiegend die Migrationsproblematik angesprochen wurde, zum Teil mit ausländerfeindlicher Beschimpfungen, auch wenn immer wieder auf konkrete Nachbarn als Ausnahme von der Regel hingewiesen wurde. Als Lösungsansatz wurde vor allem eine Dezentralisierung der MigrantInnen über das gesamte Stadtgebiet vorgeschlagen. Seltener wurden vermittelnde Interventionen, die zu einer besseren Verständigung zwischen Kulturen beitragen sollen, oder eine Aufklärung über Pflichten und Rechte angeregt. Vermehrt würden Befragte bei den Kommunikations- und Spielräumen in der Siedlung ansetzen. Sie würden mehr Raum für ein Miteinander bzw. ein Begegnungszentrum in der Siedlung schaffen, versuchen, soziale Netzwerke zu stärken sowie vor allem Angebote für Kinder (Spielplätze, Angebote für Kleinkinder und Alleinerziehende etc.) forcieren und den Hof in der Siedlung adäquat gestalten. Ein dritter Interventionsbereich betrifft den Verkehr und die öffentliche Ordnung: Angeregt werden eine allgemeine Verkehrsberuhigung, Maßnahmen gegen den Lärm, weniger Baustellen, eine bessere Säuberung der Plätze sowie regelmäßige Polizeikontrollen.

Table 16: Verbesserungsanregungen der BewohnerInnen Neue Heimat Siedlung

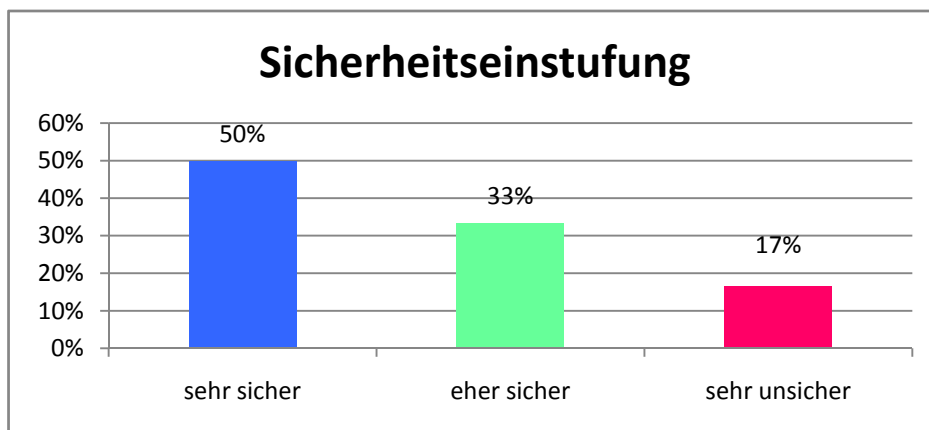
Verbesserungsanregungen und Wünsche im Detail
Sauberkeit – Mülltrennung
<p>verschießbare Tür bei den Mülltonnen und Zeitlimit – Sperre des Müllbereichs, Ordnung bei den Müllkübeln Gitter rund um Müllplatz - Ersatz kaputter Mistkübel (mehrsprachige) Informationen bzw. Aufklärungsschilder über richtige Mülltrennung und Sperrmüllablagerung Stiegenhaus, Eingangsbereich und Lift sauber halten - häufigere Säuberung der Anlagen und Häuser (3x pro Woche) - HausmeisterIn, der/die öfter putzt; eigene/r HausmeisterIn pro Haus Schnellere Beseitigung der Überreste von Drogen- und Alkoholbenutzung bzw. von Vandalismus</p>
Kinder und Jugendliche
<p>Lärm der Kinder im Stiegenhaus reduzieren – keine unbeaufsichtigten Kinder am Parkplatz - Kinder von Eingangsbereich und Parkplatz fernhalten mehr Platz für die ganz Kleinen (haben nur Sandkiste) – Grünflächen und beaufsichtigte Angebote für Kinder Verbesserung des Spielplatzes mit neuen Geräten und Spielsachen - Spielplatz mit hohem Zaun (Schutz der Autos) - verschwundene Spielplatzgeräte ersetzen Neue Möglichkeiten: Tischtennistisch, Klettergerüst, Karussell, Basketballplatz, Korb, lange Rutsche, Hügel eineben, Schaukel Jugend- und Begegnungszentrum - Treffpunkte für Jugendliche - beaufsichtigte öffentliche Räume mehr Sport- und Spielplätze für Jugendliche - Fußballplatz mit Gras und Toren – kein Spielverbot auf der Wiese Platz für Jugendliche in Umgebung Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen erheben - Partizipation</p>
Einhaltung der Hausordnung – Spielregeln
<p>Kontrolle der Einhaltung der Hausordnung - mehr Ruhe, Sauberkeit – gegenseitige Rücksichtnahme Engagiertere Hausmeisterin und aktive Hausverwaltung - anfängliche Wohnbegleitung und Kontrolle Hausbesorger, der mit Leuten umgehen kann, als Um und Auf - mehr Kompetenz und Rückendeckung - sachliche Behandlung der Probleme Aufklärung über Rechte und Pflichten - Mediator; rechtzeitige Ankündigungen der Hausverwaltung bei Arbeiten Mehrsprachige Informationen (Müll, Hausordnung, Kinderverhalten) Weniger späte Lärmbelästigung durch Kinder - Beaufsichtigung der Kinder im Hof Partizipation - Erheben der Wünsche und Handeln - Verwaltung soll mehr Interesse bei Beschwerden zeigen</p>
Kommunikation – Nachbarschaft
<p>besserer Zusammenhalt der Parteien - mehr miteinander und gegenseitiges „Kümmern“ Hallen öffnen, herrichten und nutzen – Begegnungszentrum, Treffpunkte für alle verschiedenen Gruppen von der Stadt geförderte Sprachkurse für ÖsterreicherInnen in MigrantInnensprachen und umgekehrt „Ruheoasen“ – Platz/Park für Ältere Respekt - kein automatisches Schlechtmachen der AusländerInnen Nicht nur Zuweisung von AusländerInnen mit einer anderen Mentalität - mehr „echte Österreicher“ jährliche Hausversammlung vor Ort</p>
Infrastruktur - Anlage – Verkehr
<p>gute Beleuchtung vor dem Haus und beim Spielplatz Funktionierender Wäscheständer, Waschplatz für Teppiche, Vorrichtung zum Teppichreinigen Wasserleitungen und Türen gehören überprüft und repariert Keller-, Fahrrad-, Wasch- und Hallentür am Abend zusperren kein Abstellen von Kinderwägen und Schuhkästen im Stiegenhaus Sicherheit in Haus und Hof - Mehr Kontrolle - Kamera in Lift und Keller Verkleinerung der Wohnungen - niedrigere Wohnkosten</p>

Quelle: Schriftliche Befragung und StraßenInterviews Neue Heimat Siedlung

6.1.6 Sicherheitsempfindung

Die Sicherheitswahrnehmung als wichtige Voraussetzung für die Lebens- und Wohnqualität zeigt wiederum eine große Bandbreite. Die durchschnittliche Sicherheitseinstufung bei den Straßeninterviews auf einer Skala zwischen 1 (sehr sicher) und 10 (sehr unsicher) liegt mit 4,2 im Mittelfeld. Bei einer Zuordnung der Befragten in solche, die sich in der Wohnumgebung sehr sicher (Note 1-3), eher sicher (4-7) und sehr unsicher fühlen (Note 8-10), gehört die Hälfte zur ersten Gruppe, hingegen nur ein Sechstel (17%) zur anderen Extremgruppe. Charakteristisch sind folgende Aussagen von BewohnerInnen: „Das Wohngebiet ist zwar nicht ohne Kriminalität, aber doch ganz sicher“ oder „Es gab bislang keine größeren Probleme hier, es ist noch nichts vorgekommen. Dadurch, dass viel los ist, ist auch immer jemand da, der helfen könnte.“

Grafik 17: Sicherheitswahrnehmung der SiedlungsbewohnerInnen Neue Heimat



Quelle: Straßeninterviews in der Siedlung Neue Heimat 2010, IFA Steiermark

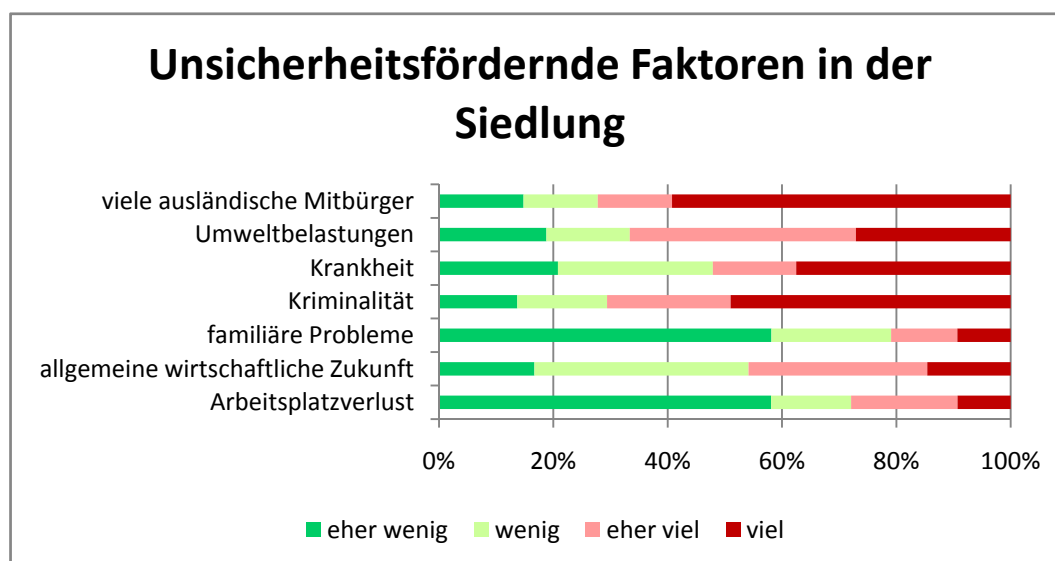
Zur Sicherheit im Weitesten gehört es nach Einschätzung der Befragten, „keine Angst vor Zerstörung von Eigentum zu haben“, „sich geschützt zu fühlen und keine Angst ums Kind zu haben“, „jederzeit ohne Bedenken auf die Straße gehen zu können“ oder auch eine „soziale Grundversorgung, Bildung und Arbeit.“

Angst- bzw. Unsicherheit lösen vor allem Sachbeschädigungen und Vandalismus, Menschenansammlungen („bedrohliche Halbwüchsige“, „Jugendliche nachts im Keller oder am Spielplatz“), die geringe Kenntnis der Nachbarn und Misstrauen gegenüber Fremden, Anzeichen der Verwahrlosung etc. aus. Zum Teil vermeiden es Befragte, abends die Wohnung zu verlassen oder den Keller aufzusuchen. Manche erzählen auch, dass sich ihre „Enkelkinder nicht auf den Spielplatz trauen“. Teilweise verwiesen Befragte darauf, dass sie selbst oder ein Mitglied des Haushalts in den letzten fünf Jahren „Opfer von Sachbeschädigung, Einbruch, Raub oder Gewalt“ waren. Zumeist handelte es sich dabei um leichtere Sachbeschädigungen (Kratzer am Auto, Schmierereien, durch Fußball zerbrochene Fenster), seltener um Diebstahl (Fahrrad, Handtaschen), vereinzelt um Gewalt (Rauferei) und (verbale) Bedrohungen. Als weitere Faktoren, die das Sicherheitsgefühl in der Wohnumgebung beeinflussen, gelten für Kinder vor allem der zunehmende Verkehr und schlecht gesicherte Fußgängerübergänge. Problematisch wird auch die fehlende

Sauberkeit, eine „Ghettobildung“ mit einer sich auflösenden Gemeinschaft, „ständig schimpfende Nachbarn“ sowie ein „Klima der Resignation gepaart mit Aggression“ erlebt.

In der schriftlichen Erhebung wurden unsicherheitsauslösende Aspekte differenziert, die auf die Lebensqualität abfärben. Angesichts der Zusammensetzung der Bewohnerschaft und der oft pauschalen Negativzuschreibung an „AusländerInnen“ in den Straßeninterviews ist das Ergebnis nicht weiter verwunderlich: Häufigste Auslöser von Unsicherheit und Angst sind „viele ausländische MitbürgerInnen“ und „Kriminalität“ (jeweils knapp über 70%), danach folgen Umweltbelastungen (knapp 66%) sowie mit etlichem Abstand Krankheit, die wirtschaftliche Zukunft, ein potentieller Arbeitsplatzverlust und familiäre Probleme. Frauen sorgen sich überproportional wegen Krankheit, der wirtschaftlichen Zukunft und „vieler ausländischer MitbürgerInnen“. Ältere ängstigen überproportional „zu viele ausländische MitbürgerInnen“, Kriminalität und die allgemeine wirtschaftliche Zukunft. Auch Eltern mit Kindern im Haushalt haben häufiger Angst vor Kriminalität. „Weniger ängstliche“ Personen⁵⁶ sind demnach tendenziell Männer, Jüngere, Personen, die anderen Menschen Vertrauen entgegenbringen, und solche mit höherer Formalqualifikation. Ältere Personen und Frauen gehören überproportional zu den besonders „ängstlichen“ Gruppen.

Grafik 18: Unsicherheitsfördernde Faktoren in der Siedlung Neue Heimat



Als konkrete Gefahren, welche die eigene Person oder ein Mitglied der Familie in der Wohnumgebung bedrohen, werden vor allem Erscheinungen sozialer Verwahrlosung wie Sachbeschädigung/Vandalismus und Anpöbelungen erlebt. Diebstahl, Wohnungseinbruch und Raub (die für knapp über der Hälfte eine Bedrohung darstellen) werden in

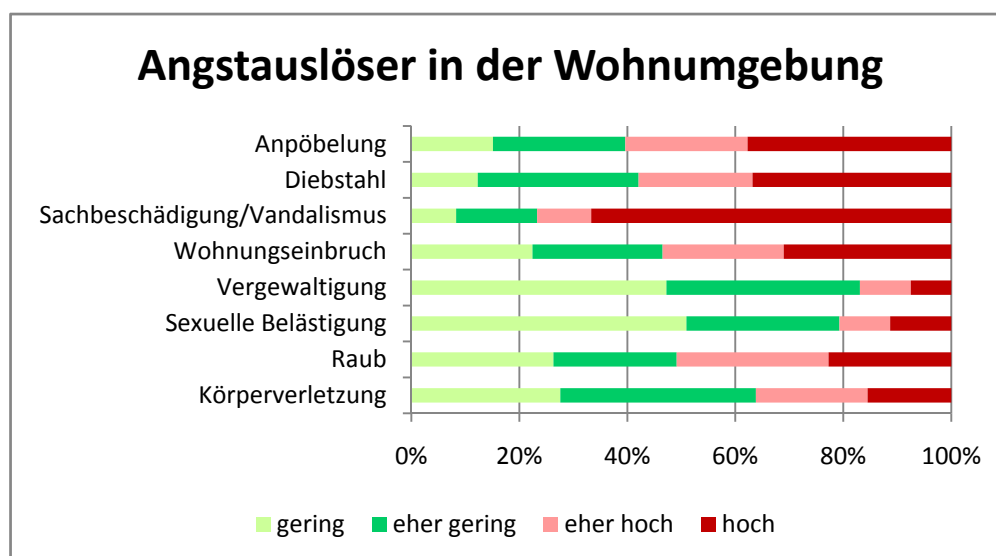
⁵⁶ Auch hier wurde wieder ein Summenwert über die sieben Aspekte, die Angst und Unsicherheit auslösen, gebildet. Die Summe kann zwischen 7 und 28 Punkten betragen. Summenwerte von bis zu 17 Punkten wurden als „wenig ängstlich“, ab 18 als „eher ängstlich“ kategorisiert.

geringerem Ausmaß als konkrete Bedrohung wahrgenommen. Noch geringer sind Ängste vor direkten körperlichen Übergriffen (Körperverletzung, sexuelle Belästigung oder Vergewaltigung). Ängste vor sexueller Belästigung oder Vergewaltigung sind bei knapp einem Viertel der Befragten vorhanden, wobei sich überraschenderweise keine geschlechtsspezifischen Unterschiede zeigen.⁵⁷ Nach dem Alter gibt es nur wenige Unterschiede, tendenziell zeigen Ältere mehr Ängste.

Interessant erscheint auch der Zusammenhang zwischen Haushaltstyp und der Furcht vor Gefahren. Menschen mit Kindern fürchten sich weniger vor Raub (53%) und Wohnungseinbruch (56%) als Kinderlose.

Menschen, die bereits einmal Opfer eines Einbruchs oder Überfalls waren, zeigen überproportional mehr Furcht vor Einbrüchen, Sachbeschädigung (je 30% mehr), Diebstahl (20% mehr) und Anpöbelung (10% mehr). Insgesamt gibt fast ein Fünftel der Befragten (19%) an, dass sie selbst oder ein Mitglied der Familie schon einmal Opfer eines Einbruchs oder Überfalls gewesen sind. Diejenigen, die aus Angst davor, Opfer einer Straftat zu werden, ihre Freizeitaktivitäten eingeschränkt haben, fürchten sich vor allem vor Raub, Wohnungseinbruch und Diebstahl.

Grafik 19: Angstauslösende Faktoren in der Siedlung Neue Heimat



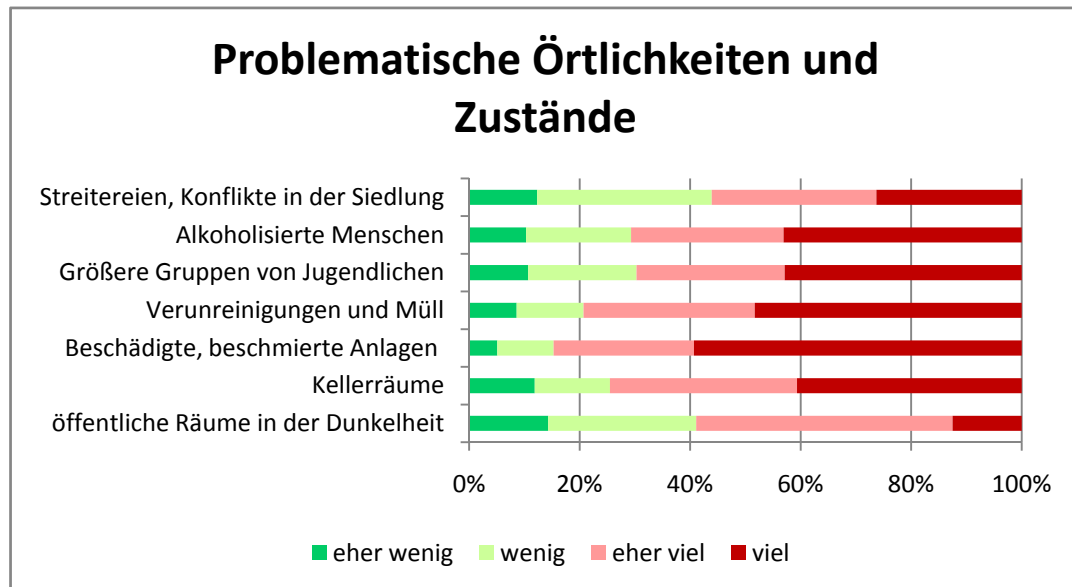
Quelle: Fragebogenerhebung in der Siedlung Neue Heimat 2010, IFA Steiermark

Die Einfluss sichtbarer Unordnung auf das Sicherheitsgefühl wird auch bei der Reihung besonders problematischer Örtlichkeiten und Zustände in der Wohnumgebung deutlich. Für ca. 80% sind dies „beschädigte, beschmierte Anlagen und öffentliche Räume“ sowie „Verunreinigungen und Müll“. Kellerräume (besonders angsterregend für Frauen) und „Gruppen von Jugendlichen“ und „alkoholisierte Personen“ folgen mit ca. 70% vor öffentlichen Räumen in der Dunkelheit und Konflikten in der Siedlung mit ca. 60%. Geschlechtsspezifisch deutlich höher ist das Unbehagen von Frauen in Zusammenhang mit

⁵⁷ Hinzuweisen ist aber auf die kleine Stichprobe.

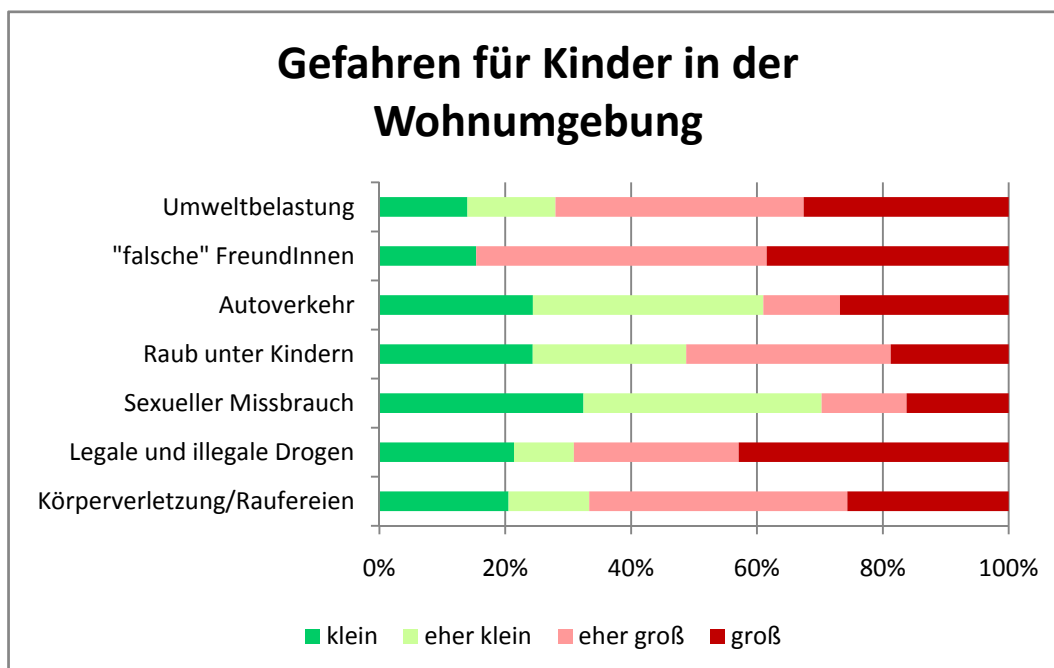
alkoholisierten Menschen sowie größeren Gruppen von Jugendlichen, öffentlichen Räumen in der Dunkelheit, Kellerräumen sowie beschädigten Anlagen und Häusern. Ältere verbinden tendenziell mit Kellerräumen, Verunreinigungen und Müll, beschädigten Anlagen und Häusern oder öffentlichen Räumen in der Dunkelheit größeres Unbehagen, während Ängste vor Gruppen von Jugendlichen oder alkoholisierten Menschen eher bei Jüngeren gegeben sind.

Grafik 20: Problematische Örtlichkeiten und Zustände in der Siedlung Neue Heimat



Besonders gefährliche Aspekte für Kinder in der Wohnumgebung sind für Eltern vor allem ein „falschen Umgang“ sowie Umweltbelastungen, Drogen und Körperverletzungen/Raufereien. Raub unter Kindern, Bedrohungen durch den Autoverkehr und sexueller Missbrauch in der Siedlung werden weniger gefürchtet. Frauen sind durchwegs besorgter, vor allem in Bezug auf Drogen, falschen Umgang sowie Umweltbelastungen.

Grafik 21: Potentielle Gefahrenquellen für Kinder in der Siedlung Neue Heimat



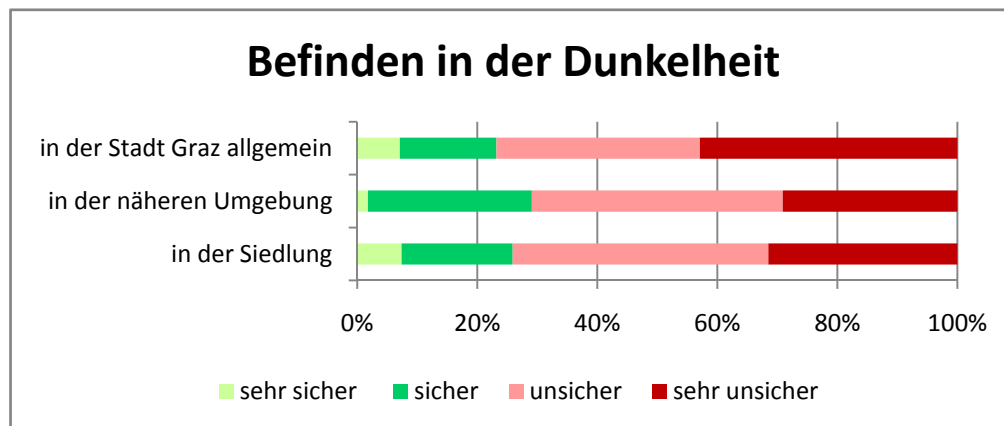
Quelle: Fragebogenerhebung in der Siedlung Neue Heimat 2010, IFA Steiermark

6.1.7 Sicherheitsgefühl nach Einbruch der Dunkelheit

Einen besonderen Stellenwert für eine vergleichende Einstufung der Unsicherheitsempfindung⁵⁸ hat als „Standardindikator“ die Frage des subjektiven Unsicherheitsgefühls im öffentlichen Raum in der Wohnumgebung während der Dunkelheit. Laut LQI fühlen sich in Graz 64% der Befragten auf öffentlichen Straßen und Plätzen in der Nacht unsicher, in der Neuen Heimat sind es 74% in der Siedlung, 71% in der näheren Umgebung der Siedlung. Besonders unsicher fühlen sich vulnerable Bevölkerungsgruppen wie Ältere und Frauen, aber auch Personen mit Opfererfahrungen. Insgesamt besteht ein klarer Zusammenhang zwischen der Unsicherheit in der Dunkelheit und der Kriminalitätsangst: mit steigender Unsicherheit erhöht sich auch die Angst vor Kriminalität und umgekehrt. Aber auch eine Einschränkung der Aktivitäten im öffentlichen Raum, wie bestimmte Orte nicht aufzusuchen oder abends nicht alleine unterwegs zu sein, als eine Schutzstrategie von Personen mit erhöhter Unsicherheitswahrnehmung lässt sich klar nachvollziehen: Unsichere Personen haben fast zur Hälfte ihre Aktivitäten eingeschränkt, hingegen nur ein knappes Fünftel derer, die sich eher sicher fühlen.

⁵⁸ Siehe auch die Kritik daran im Kap. 0.

Grafik 22: Standardindikator Unsicherheit: Befinden in der Siedlung Neue Heimat



6.1.8 Zuständigkeit für Sicherheit und Verbesserungsanregungen

Als zuständig für Sicherheitsfragen wird neben Polizei auch die Politik bzw. öffentliche Hand (unterschiedliche Einrichtungen wie die Feuerwehr, das Umweltamt, das Wohnungsamt) bezeichnet. Aber auch der Eigenverantwortung der BewohnerInnen selbst schreiben viele Befragte eine wichtige Rolle zu.

Die Verbesserungsanregungen beziehen sich auf unterschiedliche Ebenen. Eine erste Ebene betrifft die Kommunikation und die Pflege der Nachbarschaft, die der drohenden Auflösung der Gemeinschaft und dem Wegfall der gegenseitigen Unterstützung in der Siedlung entgegenwirken soll. Diesbezüglich werden unterschiedliche integrative Maßnahmen wie Feste und Veranstaltungen mit der Gelegenheit, Kontakte zu intensivieren und sich kennenzulernen, oder Hausversammlungen angeregt. Neben Impulsen durch die Hausverwaltung wird dazu in hohem Ausmaß auch die Bereitschaft der Hausparteien als Voraussetzung genannt.

Eine zweite Ebene betrifft die Hausordnung bzw. ihre vermehrte Kontrolle und Einhaltung. Mit weniger Anzeichen von sichtbarer Verwahrlosung der Siedlung und der Verringerung von angst erzeugenden Situationen wird auch eine Erhöhung des Sicherheitsgefühls verbunden. Dazu werden eine bessere Beleuchtung der Anlage oder ein erschwerter Zugang zu öffentlichen Räumen (kein zentraler Schlüssel für alle Eingänge) gefordert. Dies sei vor allem die Aufgabe der Hausverwaltung, die – wie teilweise betont wird – aber bislang wenig aktiv und kooperationsbereit wäre. Auch die Hausbesorgung wirke diesbezüglich „überfordert“. Gelobt wird hingegen die Initiative der Hausverwaltung, dass der Lift nur mit dem Eingangsschlüssel benutzt werden kann.

Die dritte Ebene bezieht sich auf unmittelbare sicherheitsstrategische Maßnahmen wie erhöhte Kontroll- und Streifentätigkeiten durch die zuständige Polizei sowie einen vermehrten Einsatz moderner Sicherheitstechnologie – im Wesentlichen von Videoüberwachung und Absperrsystemen.

Tabelle 23: Anregungen zur Erhöhung der Sicherheit – Neue Heimat Siedlung

Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit im Detail
Ebene der Kommunikation
gemeinsame Identität schaffen - auf Leute zugehen - soziales Netzwerke fördern - Gemeinschaft pflegen Missverständnisse mit Nachbarn vermeiden - mehr Toleranz, Respekt, Hilfsbereitschaft Versammlung aller HausbewohnerInnen - MieterInnenbeirat Integrationsmaßnahmen: Sprachkurse, eventuell gemeinsame Radiosendung von In- und AusländerInnen
Ebene der Hausordnung - Hausbesorgung
Aufklärung über Hausordnung und Sanktionsmöglichkeit für Nichteinhaltung Aktive Hausbesorgung – jemand, der sich kümmert als starke Ansprechstelle mit mehr Kompetenzen Hausbesorgerin soll sich mehr durchsetzen - ein/e HausmeisterIn pro Haus Überprüfung und Erneuerung der Schließanlage - bessere Beleuchtung der Parkplätze und im Außenbereich Jugendliche sollen am Abend nicht draußen sein und im Stiegenhaus herumsitzen keine (ball)spielenden Kinder auf dem Parkplatz
Institutionen und Sicherheitstechnik
Sicherheitstechnologie: Schlösser und Kameras Mehr Polizeipräsenz bzw. Ordnungswache - Mehr Kontrolle durch Polizei, aber zu Fuß Videoüberwachung der Keller, Parkplätze und des Müllplatzes

Quelle: Schriftliche Befragung und Straßeninterviews Neue Heimat Siedlung

6.2 Die ÖWG Siedlung

6.2.1 Siedlungscharakteristika

Die ÖWG Siedlung aus dem Jahr 1997 mit 154 Wohneinheiten und ca. 450 Personen wirkt auf den ersten Blick als eine durchaus freundliche „Mittelstandssiedlung“. Die zu meist langgezogenen Gebäude sind höchstens dreistöckig, dazwischen befinden sich viele kleinräumige Grünflächen und Verbindungswege, die innerhalb der Siedlung nur in gewissen Fällen befahren werden dürfen. Die BewohnerInnen können zwischen einer kostenpflichtigen Tiefgarage und einem langgezogenen Gratisparkplatz entlang der einzigen Zufahrtsstraße an der westlichen Front der Siedlung parallel zur Mur wählen. Zwischen dieser Zufahrt und der Mur liegt ein Umspannwerk, dessen Masten in unmittelbarer Nähe der Wohnungen an der Außenfront aufragen, südlich davon anschließend ist das Gebiet der alten Seifenfabrik, nunmehr ein Veranstaltungszentrum. Östlich der Siedlung bildet eine Kaserne die Grenze (nebst einigen ebenfalls durch Zäune abgegrenzten Einfamilienhäusern). Südlich schließt ein Acker an, über den ein (Rad-) Weg in die Grünangersiedlung führt.

Die Bevölkerung stellt nach Aussage der Hausverwaltung eine „relativ gute Mischung“ dar, wobei aber Bruchlinien zwischen alteingesessenen BewohnerInnen und neu Zugezogenen („SozialhilfebezieherInnen“ und MigrantInnen) bestehen. Nach der Erfahrung einer Sozialarbeiterin des nahegelegenen Stützpunktes des Jugendamtes gibt es in der Siedlung viele betreute Familien. Der steigende Anteil migrantischer Familien spiele

diesbezüglich aber keine Rolle. In der Siedlung gäbe es eine hohe Betreuungsdichte.⁵⁹ Gerade diese betreuten Familien seien oft relativ immobil und kämen nur „selten aus der näheren Umgebung raus“, was einer Ghettobildung Vorschub leiste.

Von außen bietet die Siedlung mit Naherholungsmöglichkeiten vor allem entlang der Mur einen attraktiven Eindruck. Laut Hausverwaltung gibt es eine große Nachfrage nach den Wohnungen, die eine „gute Infrastruktur ringsum und Ruhe“ böten. Die Mieten seien preiswert und lägen ein Drittel unterhalb des Durchschnitts. Der Wohnstandard wird im Vergleich zu den Gemeindebauten der Schönau- bzw. Neuholdaustiedlung oder auch in Liebenau als ungleich besser bezeichnet.

Die Wohnanlage ist nicht nur durch die Lage am sogenannten „Neuholdaustumpf“ in der näheren Umgebung etwas isoliert, sondern sie wirkt inmitten der zumeist älteren Wohngebiete, geprägt durch die vielen Gemeindebauten in der Neuholdau- und Schönau- und durch die Grünangersiedlung, fast wie ein Fremdkörper. Faktoren wie die etwas „abseitige Lage“, das Bestandsalter und damit ein vergleichsweise hoher Wohnungsstandard oder auch die soziale Struktur der BewohnerInnen führen dazu, dass ein Zugehörigkeitsgefühl zur Umgebung oder eine „Bezirksidentität“ nur wenig entwickelt sei. Zum Teil sei die Abgrenzung der Bevölkerung nach außen „spürbar“, die BewohnerInnen fühlten sich als „etwas Besseres“. Die Kinder und Jugendlichen aus der Siedlung würden daher die rundum gegebenen Möglichkeiten, etwa die Fußballplätze in der Umgebung (beim Schlupfhaus, in Grünanger) oder das nahegelegene Jugendzentrum „fantastic“, wenig nutzen. Eltern würden dies auch gezielt zu vermeiden trachten, da sie negativen Einfluss befürchteten.

Trotz der hohen Wohnqualität und Stärken wie der „lebenswerten Grünräume, der kompletten Ruhe und einer teilweise funktionierenden Nachbarschaft“, vermerkt die Hausverwaltung eher verwundert, dass es kaum positive Rückmeldungen zur Lebensqualität gibt. Ohne „menschliche Diskrepanzen“, so eine Bezirkspolitikerin, seien „beste Voraussetzungen für ein Miteinander“ gegeben. Diese Diskrepanzen werden vor allem auf einige wenige Probleme im Zusammenhang mit strukturellen Gegebenheiten zurückgeführt, die sich aber in den letzten Jahren deutlich gelegt hätten.

Als ein erstes Problemfeld gelten Spannungen zwischen jüngeren und älteren BewohnerInnen, wie sie in vielen öffentlichen (sozialen) Wohnbauten zu finden seien, wenn „Freiräume“ wie Spiel-, Freizeit- und Grünflächen im Sinne einer möglichst „wirtschaftlichen“ Verbauung „eng bemessen“ sind. Probleme wie Lärmbelästigung und Sachbeschädigungen (z.B. durch unerlaubtes Ballspielen zwischen den Häusern) hängen mit den wenigen Grün- und Spielflächen in der Siedlung zusammen. Auch der einzige (kleine) Fußballplatz befindet sich unmittelbar neben Wohnungen und ist kaum davon abgegrenzt. Innerhalb der Siedlung – so eine Sozialarbeiterin – sei wenig Platz, „es hallt, Jalousien werden be-

⁵⁹ Zu erinnern ist auch hier an einen überproportionalen Anteil von fast 9% an Sozialhilfe beziehenden MieterInnen. 2009 waren 39 SozialhilfebezieherInnen registriert.

schädigt, Ballspiele regen auf.“ Viele Familien hätten aber kaum Ressourcen für Aktivitäten außerhalb, gerade ihre Kinder sei ausreichend Platz in der Siedlung sehr wichtig.

Ein weiteres Problem – jenes von Spannungen unter den BewohnerInnen – ist scheinbar ohne besondere begleitende Maßnahmen für Übertragungswohnbauten bzw. den sozialen Wohnbau insgesamt charakteristisch. Eine hohe Fluktuation erschwert eine kontinuierliche und funktionierende Nachbarschaft, Spannungen bestehen zwischen länger hier wohnenden und neu zugezogenen MieterInnen sowie zwischen „Mittelstandsfamilien“ und den „sozial Bedürftigeren“. Diese Kommunikationsschwierigkeiten haben sich – wenn auch nicht so massiv wie in der Siedlung der Neuen Heimat – mit der Öffnung der Gemeindebauten für MigrantInnen verstärkt. Folge dieser Spannungen seien Gruppenbildungen und diverse Konflikte, auch wenn gegenseitige Hilfe zwischen unmittelbaren Nachbarn durchaus noch auf der Tagesordnung sei. Viele Probleme hätten auch mit einem mangelnden gegenseitigen Wissen bzw. fehlendem Verständnis für unterschiedliche Lebenslagen und -weisen, schlechten Deutschkenntnissen und damit einhergehenden Verständigungsschwierigkeiten zu tun. Das schaffe auch Platz für Unterstellungen, dass AusländerInnen ohnehin weniger Kontakt und unter sich bleiben wollten oder dass überdurchschnittlich viele von ihnen in der Siedlung kriminell seien, was allerdings laut Polizei statistisch nicht nachvollziehbar ist.

An die Hausverwaltung, das Wohnungsamt, PolitikerInnen und SozialarbeiterInnen wurden häufig Beschwerden über Drogenmissbrauch, Sachbeschädigung, Lärmbelästigung, Kellereinbrüche, handfeste Streitereien u.a.m. gerichtet. Übereinstimmend wird aber auch befunden, dass Nachbarschaftskonflikte zurückgegangen seien und vereinzelte „Gewaltexzesse“ lange zurückliegen. Die Probleme aus der ersten Zeit, in die zumeist Jugendliche aus der Siedlung, teilweise auch von außerhalb, involviert waren, hätten sich gelegt. Ältere BewohnerInnen hätten sich an deren Verhalten gestoßen, einige Ältere hätten sich als „Polizisten aufgeführt, Jugendliche fühlten sich dadurch provoziert.“ Diese Spannungen seien vor einigen Jahren eskaliert. Eine Ursache für die Beruhigung liege auch darin, dass diese Jugendlichen mittlerweile gealtert und reifer geworden sowie manche auch weggezogen seien. Nun sei die Sicherheitslage im Großen und Ganzen zufriedenstellend, die Siedlung müsste ein „relativ sicheres Gefühl“ vermitteln.

Auch die Polizei geht von einer deutlichen Beruhigung aus, zumindest die „Rufe nach uns sind weniger geworden.“ Vor Jahren hätte es noch deutlich mehr „Einschreitungen“ gegeben, wobei die Polizei oft weder zuständig gewesen noch über die notwendigen Kompetenzen zur Lösung der Nachbarschaftsprobleme, Kommunikations- oder Erziehungsfragen verfügt habe.⁶⁰ Vandalismus habe es zwar gegeben, aber nicht so häufig wie in benachbarten Siedlungen.

Trotz solcher Verbesserungen diagnostizieren Befragte aber auch ein resignatives Klima in der Siedlung. Erfahrungen der BewohnerInnen, dass es zwar schon einige Initiativen

⁶⁰ Als Nachteil für die polizeiliche Arbeit wird der Wegfall der Wohnmeldung bei der Polizei bezeichnet. Mit weniger Kontakt sei das Wissen über Personen geringer geworden und auch Scheinmeldungen begünstigt.

gegeben habe, aber noch nichts Wesentliches – außer dem Aufstellen einiger Tische und Bänke – geschehen sei, habe zu sehr „*negativen Haltungen*“ geführt, wie eine Bezirkspolitikerin, die schon etliche Initiativen gestartet hat, zuletzt auch eine Erhebung der Wünsche und Probleme im Rahmen einer Begehung und eines Workshops mit Jugendlichen, erzählt: „*Wenn was versucht wird, heißt’s gleich, ist eh alles umsonst, das wird nichts werden.*“ Offene Punkte sind etwa die Frage der Nutzung leerstehender Räume durch Jugendliche, die Überdeckung der Sandkiste, ein Sportplatz für Kleinere und vor allem die Lösung von Nachbarschaftskonflikten.

Die Hausverwaltung nimmt in Streitfragen eher eine neutrale Rolle ein. Ihre Aufgabe sei „*Wohnungen zu verwalten.*“ Sie fühlt sich verantwortlich für den „*technischen und wirtschaftlichen Zustand*“ der Liegenschaft, nicht dafür, ob die Menschen zusammenpassen. Dafür sei die Politik verantwortlich, die die Menschen zuweist. Die Hausverwaltung wird informiert, an wen die Wohnung vergeben wurde, seit einigen Jahren mit Angabe der Muttersprache. Bei der Wohnungsübergabe wird den neuen MieterInnen die Hausordnung erklärt sowie der Hausbesorger vorgestellt. Wenn Eltern über nicht ausreichende Deutschkenntnisse verfügen, übernehmen oft Kinder die Dolmetschfunktion – unter Umständen bleibt dadurch auch so manche wichtige Information auf der Strecke. Konflikte sieht die Hausverwaltung eher als „*Privatangelegenheit*“ und „*mischt sich nicht ein.*“ Aktiv wird sie, wenn Beschädigungen bzw. Beeinträchtigungen in der Liegenschaft auftreten. Immer wieder würden beispielsweise Feuerlöscher beschädigt und manipuliert. Öfters komme es auch zu Beschädigungen der Jalousien durch Ballspiele in den Innenhöfen oder zu solchen der Spielgeräte. Zum Zeitpunkt der Interviews stand ein Tischtennistisch vor der „*Erprobung*“. Die Mehrkosten für Sonderentleerungen beim Restmüll und Extraspermmüllentsorgungen beziffert die Hausverwaltung im Jahr 2009 mit ca. 6.400 Euro. Rund 75% oder 30 Euro pro Wohnung⁶¹ wären zu vermeiden gewesen, wenn sich MieterInnen an die Richtlinien gehalten hätten.

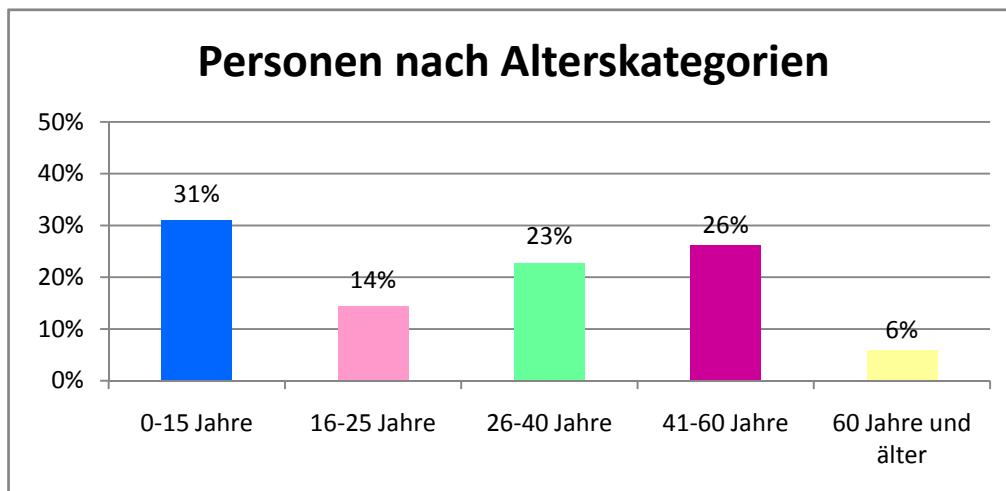
Beteiligungsmodelle zur Verbesserung der Umstände müssen aus Sicht der Hausverwaltung von außen angestoßen werden, sonst setze sofort eine Lagerbildung ein. Diesbezügliche Impulse sollten vom Magistrat, dem Wohnungs- und Jugendamt oder der Bezirksvorstehung ausgehen.

6.2.2 BewohnerInnen – Alter, Geschlecht, Migrationshintergrund

In der ÖWG-Siedlung lebten Mitte des Jahres 2010 441 Personen. Im Schnitt betrug der Wohnungsbeleg 2,9 Personen. Die Wohnbevölkerung ist im Zusammenhang mit dem Siedlungsalter, einer hohen Fluktuation und der Zuweisung vieler Alleinerziehender eher jung, etwas weniger als die Hälfte (45%) ist unter 25 Jahren. Ca. 140 Kinder und Jugendliche bis 15 Jahre und ca. 60 Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 15 und 25 Jahren leben in der Siedlung. Nur 6% der BewohnerInnen sind älter als 60 Jahre.

⁶¹ Anfragebeantwortung durch die ÖWG vom 20.9.2010.

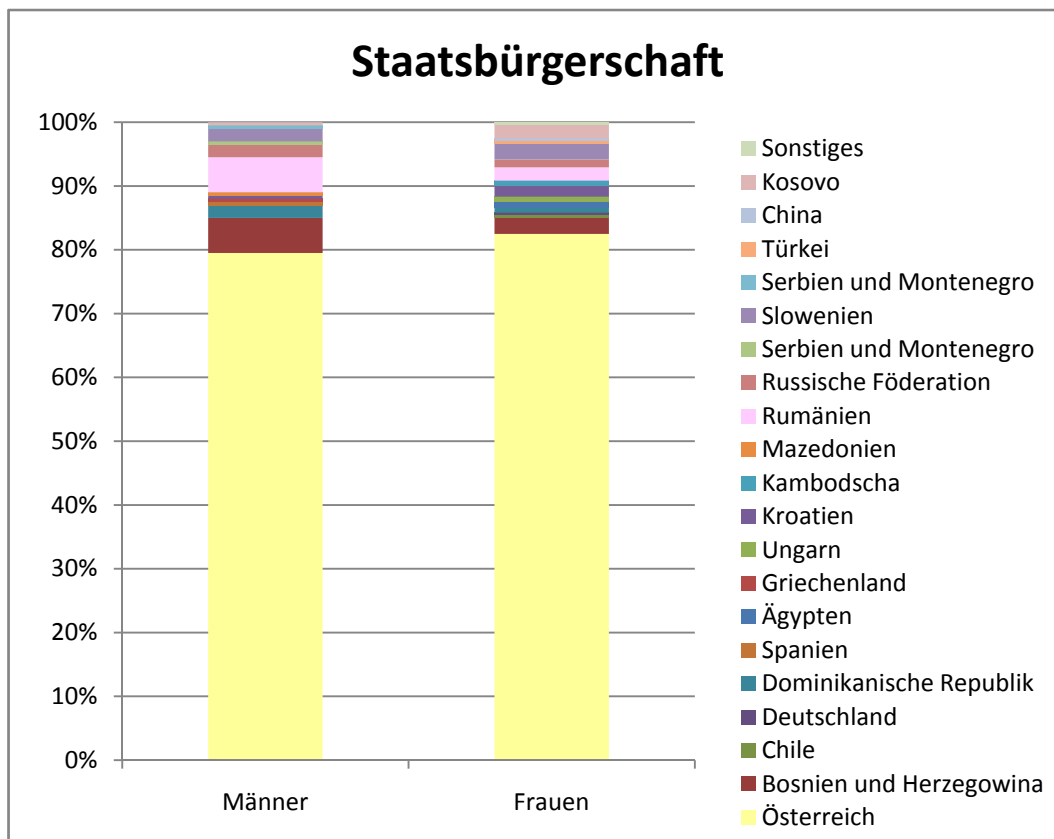
Grafik 24: Altersstruktur der SiedlungsbewohnerInnen ÖWG



Quelle: Angaben des Wohnungsamtes Graz, Stand Juli 2010, Eigenberechnung IFA 2010

357 Personen oder 81% sind österreichische StaatsbürgerInnen (80% der Männer und 83% der Frauen). 84 Personen oder 19% (20% der Männer, 17% der Frauen) aus 20 unterschiedlichen Ländern haben eine andere Staatsbürgerschaft. Die wichtigsten Herkunftsländer sind Bosnien und Herzegowina (17), Rumänien (16), Slowenien (10), Russland (7), die Dominikanische Republik und der Kosovo (je 6) sowie Kroatien (5).

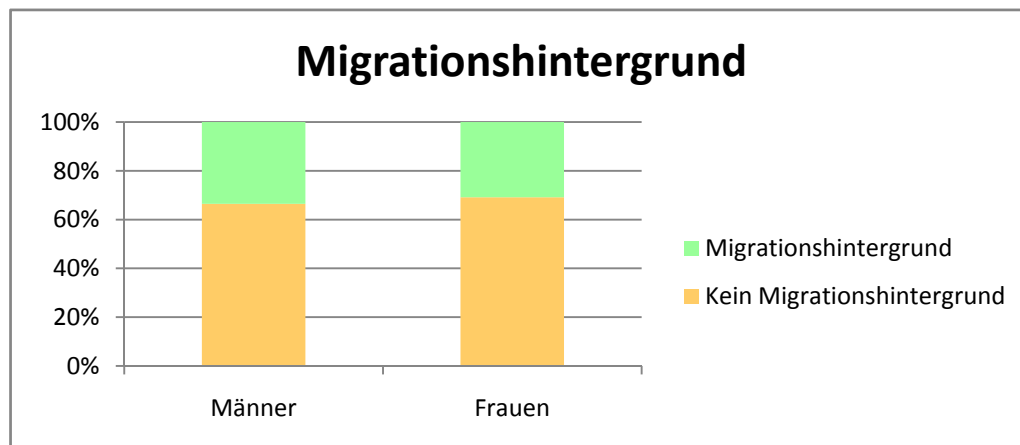
Grafik 25: Staatsbürgerschaft der SiedlungsbewohnerInnen ÖWG



Quelle: Angaben des Wohnungsamtes Graz, Stand Juli 2010, Eigenberechnung IFA 2010

Ein knappes Drittel oder 32% haben einen Migrationshintergrund. Sie sind entweder keine österreichischen StaatsbürgerInnen oder besitzen mittlerweile die Staatsbürgerschaft, sind aber außerhalb Österreichs geboren. Überwiegend kommen eingebürgerte Personen aus den jugoslawischen Nachfolgestaaten (31), vier wurden in Deutschland geboren. Vereinzelt finden sich jetzige österreichische StaatsbürgerInnen aus Ländern wie Russland, Türkei, Rumänien etc.

Grafik 26: Migrationshintergrund der SiedlungsbewohnerInnen ÖWG



Quelle: Angaben des Wohnungsamtes Graz, Stand Juli 2010, Eigenberechnung IFA 2010

6.2.3 Zufriedenheit mit der Wohn- und Lebensqualität

Ähnlich wie in der Neuen Heimat-Siedlung ergibt die Bewertung der Wohn- und Lebensqualität im Rahmen der „Straßeninterviews“ auch in der ÖWG-Siedlung kein einheitliches Bild. Die Trennlinie zwischen unzufriedenen AltmietlerInnen und den zufriedenen NeumietlerInnen ist jedoch bei weitem nicht so eindeutig. Für die unterschiedliche Bewertung scheinen vielmehr individuelle Lebenslagen und damit einhergehende Bedürfnisse ausschlaggebend zu sein. Die durchschnittliche Bewertung auf der Skala zwischen 1 (sehr gut) und 10 (sehr schlecht) liegt bei 5,1⁶² und ist damit geringfügig besser als in der Neuen Heimat Siedlung. Der Anteil der „sehr Zufriedenen“ ist mit einem knappen Drittel höher als in der Neuen Heimat-Siedlung (26%), umgekehrt verhält es sich bei den „sehr Unzufriedenen“ mit einem knappen Viertel (Neue Heimat: 34%).

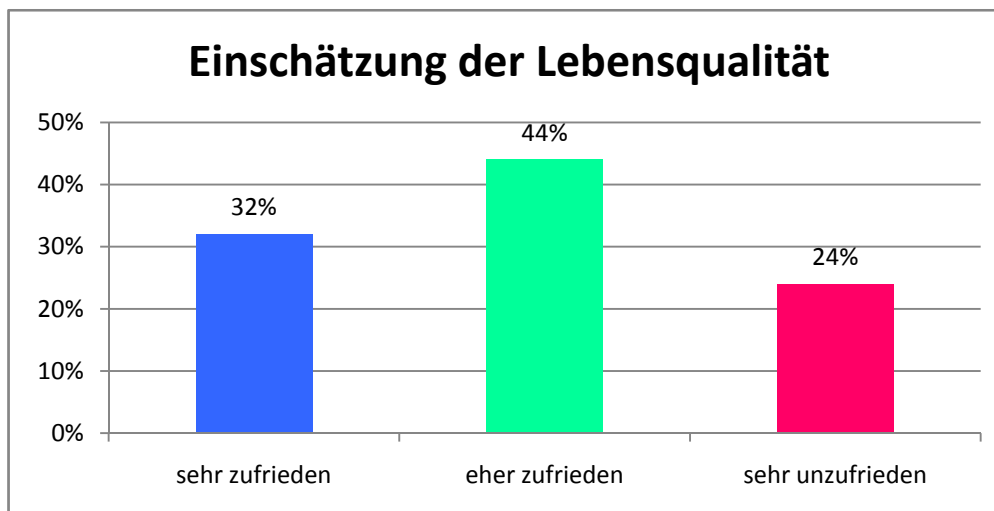
Beim Drittel, das die Lebensqualität sehr gut beurteilt, handelt es sich um Personen quer durch alle Altersgruppen und Schichten, die vor allem die Wohnqualität und die Lage der Siedlung schätzen und kaum in Konflikte involviert sind. Häufig sind es Eltern oder Alleinerziehende, welche die Ruhe und Abgeschlossenheit der Siedlung als ideal für das Aufwachsen ihrer Kinder betrachten.

Die Unzufriedenen sind hingegen häufig langjährige BewohnerInnen oder Personen mit Kindern. Erstere bemängeln vor allem „Störungen“ durch Kinder und Jugendliche sowie neue (ausländische) MieterInnen. Letztere kritisieren eher die fehlenden Möglichkeiten

⁶² Basis sind 37 Befragte, 9 gaben keine LQ-Bewertung.

für Kinder und Jugendliche sowie zum Teil das „*eher problematische Milieu*“. Aus diesem Grund versuchen sie es auch so einzurichten, dass ihre Kinder möglichst wenig Kontakt in der Siedlung haben. Weitere Kritikpunkte betreffen (vereinzelt) rücksichtslose und „*ewig schimpfende*“ Nachbarn und den teilweise als zu gering empfundenen Kontakt untereinander.

Grafik 27: Bewertung der Lebensqualität der SiedlungsbewohnerInnen ÖWG



Quelle: Straßeninterviews in der Siedlung Neuholdau 2010, IFA Steiermark

6.2.4 Stärken und Schwächen aus Sicht der BewohnerInnen

Als Stärken der Wohnumgebung werden vor allem die Qualität der Wohnungen, die zentrale und trotzdem „*ruhige*“ Lage mit der guten Infrastruktur in der Nähe, die Nachbarschaft und der gegebene Zusammenhalt sowie Spielplätze für Kinder und die vorhandenen Parkplätze bezeichnet.

In Bezug auf die Wohnungen werden das gute „Preis-Leistungs-Verhältnis“, die im Vergleich gute Ausstattung für Gemeindewohnungen, die sanitären Einrichtungen und die Fernwärme besonders betont. Auch die Geräumigkeit, Terrassen und Balkone, Abstellplätze für Fahrzeuge etc. sind Gründe dafür, dass manche von insgesamt „*kostengünstigen Superwohnungen*“ sprechen.

Zur Wohnqualität kommen ferner die Lage und Qualität der Anlage sowie die Infrastruktur der Umgebung. Oftmals wird auf die Ruhe und gute Luft, den geringen Straßenlärm (vor allem in den hinteren Blöcken), den Spielplatz für kleinere Kinder direkt in der Siedlung, die Naherholungsmöglichkeiten entlang der Mur, wo es auch genug Platz gibt, um Hunde etc. auszuführen, u.a.m. hingewiesen. Auch der „*gute Hausmeister*“ wird als positiver Faktor geschätzt. Besonders der (kleine) Fußballplatz – das „*Herz der Siedlung*“ – und die Möglichkeit für Kinder, Rad zu fahren, ohne gefährdet zu sein, wird hervorgehoben, ebenso die zum Befragungszeitpunkt noch neue Tischtennisanlage. Insgesamt gilt manchen die Siedlung als „*extrem lebenswert, grün, zentral mit guter Infrastruktur.*“ In der Nähe gäbe es von Einkaufsgelegenheiten über Ärzte, Schulen bis hin zu Spielplätzen, etwa das „*Schwammerlbad für kleine Kinder oben in Neuholdau*“ oder den „*Grünanger-*

platz für Größere“ und dem Augartenbad *„fast alles“*, die Entfernung ins Zentrum sei gering, die Busverbindung ausgezeichnet.

In Hinsicht auf die Nachbarschaft verweisen etliche auf die gute Gemeinschaft, den Zusammenhalt, *„liebe Nachbarn“* und *„viele Freundschaften“*. Je nach Lebenslage werden weitere Faktoren betont, von Eltern von Kleinkindern die *„netten Kinder“*, zu denen es nicht schwer fällt, Anschluss zu finden, oder die Hilfsbereitschaft anderer Eltern. Jugendliche schätzen, dass sie leicht *„viele Freunde“* unterschiedlicher Nationalität in der Siedlung finden können. Für mehrere Befragte besitzt die Siedlung noch weitgehend einen *„gemütlichen Dorfcharakter“*, Probleme mit anderen MitbewohnerInnen hätten sich gelegt, auch weil manche *„Unruhestifter“* ausgezogen wären. In Bezug auf ausländische MitbürgerInnen werden zwar auch Unbehagen und Ängste formuliert (siehe unten), manche heben aber auch Vorteile hervor. So haben einige die Erfahrung gemacht, dass sich *„ausländische Familien eher etwas sagen lassen, sie sind nicht so aufmüpfig und präpotent.“*

Kritik betrifft vor allem die fehlenden Angebote für Kinder und Jugendliche sowie das soziale Milieu mancher MitbewohnerInnen in der Siedlung. Dieses wird auch für viele disziplinäre Probleme – z.B. das Nichteinhalten der Hausordnung, fehlende Mülltrennung und *„wilde“* Sperrmüllentsorgung, Schmutz, Sachbeschädigung/Vandalismus und vor allem *„respektlose, ungezogene und unbeaufsichtigte Kinder und Jugendliche“* verantwortlich gemacht. Daneben werden noch einzelne kritische infrastrukturelle Defizite beanstandet, etwa zu wenige Trockenräume im Winter (zwei für die Siedlung, die immer besetzt seien), fehlende Kinderwagenabstellplätze, volle Radabstellräume, zu wenig Besucherparkplätze in Zusammenhang mit der Einführung der grünen Zone sowie Umweltbelastungen wie die Abstrahlung durch das nahe gelegene Umspannwerks oder die zeitweise schlechte Luft.

In Bezug auf fehlende Angebote vor allem für Jugendliche, mit Einschränkung von größeren Kindern, wird bemängelt, dass die Wiese nicht als Fußballplatz verwendet werden darf. Der staubige und viel zu kleine Fußballplatz ohne Rasen selbst sei *„eine Farce.“* Sonstige Möglichkeiten, z. B. ein Aufenthaltsraum für Jugendliche, fehlten, insgesamt sei es nur *„fad“*. Unter diesen Umständen sei es nicht verwunderlich, dass es zwischen Jugendlichen, die sich von Kleineren gestört fühlten, und diesen zu *„Reibereien“* komme. Auch für die vielen kleinen Kinder gäbe es zu wenig Spielmöglichkeiten, vor allem in den Ferien sei *„nichts los“*, abgesehen von den viel zu seltenen Aktivitäten der Aktion Spielbus oder der benachbarten Pfarre.

Die Kritik am *„tiefen“* sozialen Milieu betrifft nicht nur die Siedlung, sondern noch mehr die Umgebung, wo in einzelnen Siedlungen eine *„noch schlechtere Mischung“* anzutreffen sei: *„Schlechte Vorbilder“* würden das Umfeld für das *„Aufwachsen“* sehr negativ beeinflussen. *„Ungehobelte Kinder“*, Missbrauchsfälle, verwahrlost zurückgelassene Wohnungen, Sachbeschädigungen etc. werden auf das *„tiefe Milieu“* zurückgeführt.

Die Einschätzung des Lärms ist kontrovers. Während ein Teil der Befragten sich durch den Lärm von Jugendlichen mit ihren Mopeds, von Erwachsenen mit *„lauter Musik in*

den Autos“ oder von noch *„spätabends unbeaufsichtigten und schreienden Kindern“* stoßen, hebt der andere Teil die Ruhe in der Siedlung hervor.

Im Zusammenhang mit dem Umfeld wird auch auf den immer höheren AusländerInnenanteil verwiesen. Unter ihnen fänden sich sehr viele, die sich nicht an die Hausordnung halten würden und sich wie die *„Hausherren aufführen“* würden. Andererseits beklagen BewohnerInnen mit Migrationshintergrund häufige abwertende und rassistische Äußerungen, wenn auch nicht unbedingt gegen sie persönlich gerichtet. Konkrete *„Konflikte zwischen Ausländern und Österreichern“* sind aber kaum bekannt.

6.2.4.1 Soziales Klima in der Nachbarschaft

Das soziale Klima wird unterschiedlich beurteilt: Großteils wird die (engere) Nachbarschaft als funktionierend bezeichnet. Besonders in manchen „Blöcken“ haben sich intensive Beziehungen mit einem hohen integrativen Potential entwickelt: *„Zumindest bei uns hinten ist der Zusammenhalt schon sehr gut, wir haben auch drei Ausländer im Haus, aber kaum jemand klagt darüber.“* Die Aussage eines anderen Bewohners verdeutlicht die Wichtigkeit der kleinräumig funktionierenden Nachbarschaft, *„bei uns ist das Zusammenleben sehr gut, bei Bedarf sind genug Hilfreiche dar. Aber Einzelne sind schon unmöglich und raunzen und schreien immer nur.“* Deutlich wird die Bedeutung der Nachbarschaft und der persönlichen Bekanntschaft auch in Bezug auf das gegenseitige Vertrauen in der Siedlung. Eine Mehrheit der Befragten geht davon aus, dass man den meisten Personen in der Siedlung vertrauen könne, oft erfolgt aber die Einschränkung auf *„jenes Drittel“* oder *„Viertel“* der persönlich Bekannten, beim Rest ist die Vertrauenswürdigkeit *„unklar, weil unbekannt“* oder von vornherein *„eher nicht gegeben.“* Kein Vertrauen besitzen vor allem Personen mit wenig Kontakten, die *„niemanden kennen“* und auch verhindern wollen, dass z.B. ihre *„Kinder zu viel im Hof“* sind.

In vielen Häusern besteht eine große Anonymität. *„Niemand redet mit anderen, niemand kümmert sich um andere, ich kenne höchstens zwei Leute aus dem Haus.“* Gefördert wird die Kontaktlosigkeit auch durch eine starke Fluktuation: *„Wir sind die einzige von fünf Parteien im Haus, die geblieben ist, man wechselt einige Worte, ohne zu wissen, wie die Person heißt, früher war das über die Kinder noch leichter.“*

Für mehrere Befragte sind aber gerade die wenigen nachbarschaftlichen Kontakte und damit eine kaum gegebene „informelle“ Kontrolle das Kriterium dafür, dass sie das soziale Klima als angenehm und zufriedenstellend erleben. *„Als Kinderlose, die nur nachts da ist, hab ich wenig Berührungspunkte, und das passt so“* oder *„Es geht mir deswegen so gut, weil ich so wenig Kontakt zu den Leuten habe.“*

6.2.5 Ausgewählte Aspekte der Lebensqualität

Die schriftliche Erhebung ermöglicht eine differenziertere Beurteilung der Lebensqualität in der Wohnsiedlung bzw. Wohnumgebung.⁶³ In vier von abgefragten 14 Bereichen überwiegt die Zufriedenheit. Am höchsten ist sie mit rund 70% mit der „Lage und Erreichbarkeit der Siedlung“ sowie der „Wohnqualität“. Aber auch die „Grünanlagen“ und der „Zustand der Wohnanlage“ insgesamt sind überwiegend zufriedenstellend.

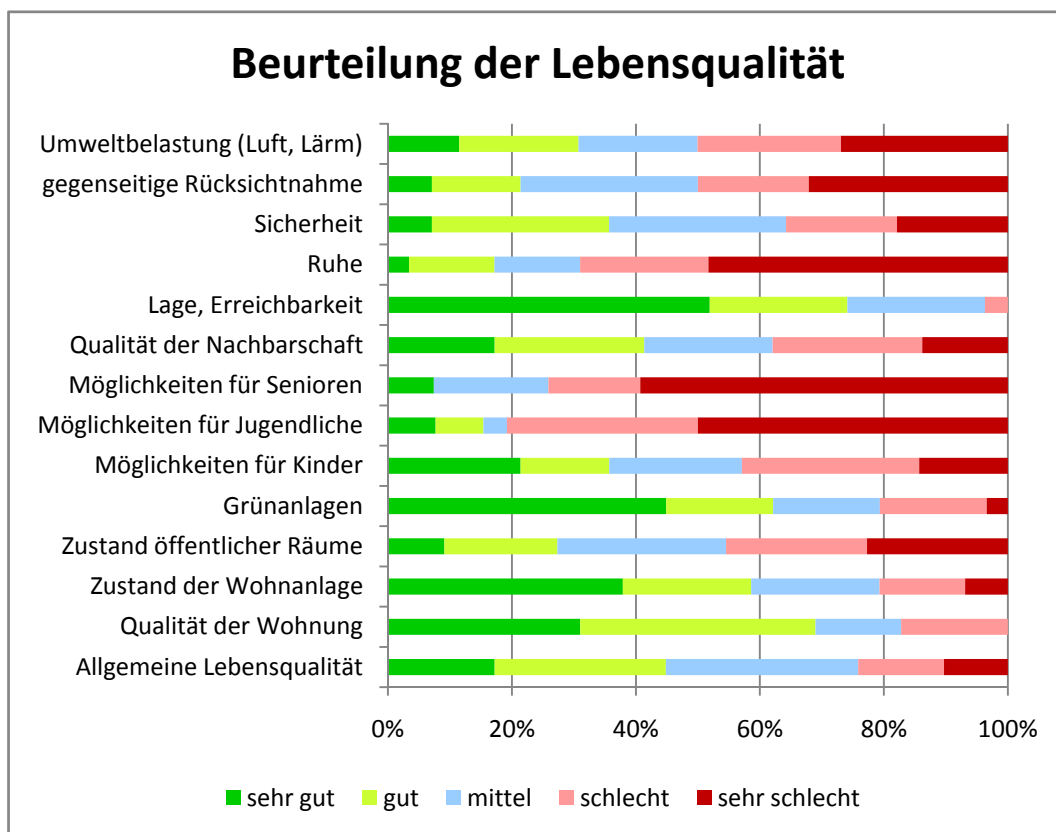
Überwiegend nicht zufriedenstellend werden hingegen vor allem die Möglichkeiten für Jugendliche“ (80% Unzufriedene) und SeniorInnen (knapp 75%) empfunden, aber auch das Bedürfnis nach Ruhe wird für knapp 70% nicht eingelöst. In weiteren drei Bereichen liegt der Anteil der Unzufriedenen rund um 50% - dies betrifft die Umweltbelastung (wobei vor allem das Umspannwerk ins Gewicht fällt), die gegenseitige Rücksichtnahme sowie den Zustand der öffentlichen Räume. An die 40% der Befragten sind mit den Möglichkeiten für Kinder unzufrieden.

Die Unzufriedenheit steht mit speziellen Bedürfnissen unterschiedlicher Gruppen in unterschiedlichen Lebensphasen im Zusammenhang. Männer, die sich weniger in der Siedlung aufhalten, sind allgemein zufriedener und bewerten Aspekte wie die Sicherheitssituation sowie die Umweltbelastung deutlich besser. Frauen beklagen vermehrt den Zustand öffentlicher Räume wie auch die fehlenden Möglichkeiten für Kinder, Jugendliche und Ältere, sowie die Ruhe und gegenseitige Rücksichtnahme. Die Jüngsten (15-25 Jahre) zeigen sich vor allem mit dem Zustand der Wohnanlage, den Grünanlagen, den Möglichkeiten für Kinder und der gegenseitigen Rücksichtnahme unzufrieden, die Älteren stören sich an der mangelnden Ruhe, der allgemeinen Lebensqualität, dem Zustand der öffentlichen Räume, der Qualität der Nachbarschaft, der Sicherheit sowie der gegenseitigen Rücksichtnahme. Insgesamt⁶⁴ sind eher Frauen und Personen mit Kindern im Haushalt unzufriedener.

⁶³ Die Befragten (N = 28) konnten auf einer Skala zwischen 1 (sehr gut) und 5 (sehr schlecht) antworten. Die Werte 1 und 2 sind zur Kategorie „zufrieden“ (in der Grafik die Grüntöne), 4 und 5 zur Kategorie „unzufrieden“ (in der Grafik die Rottöne) zusammengefasst.

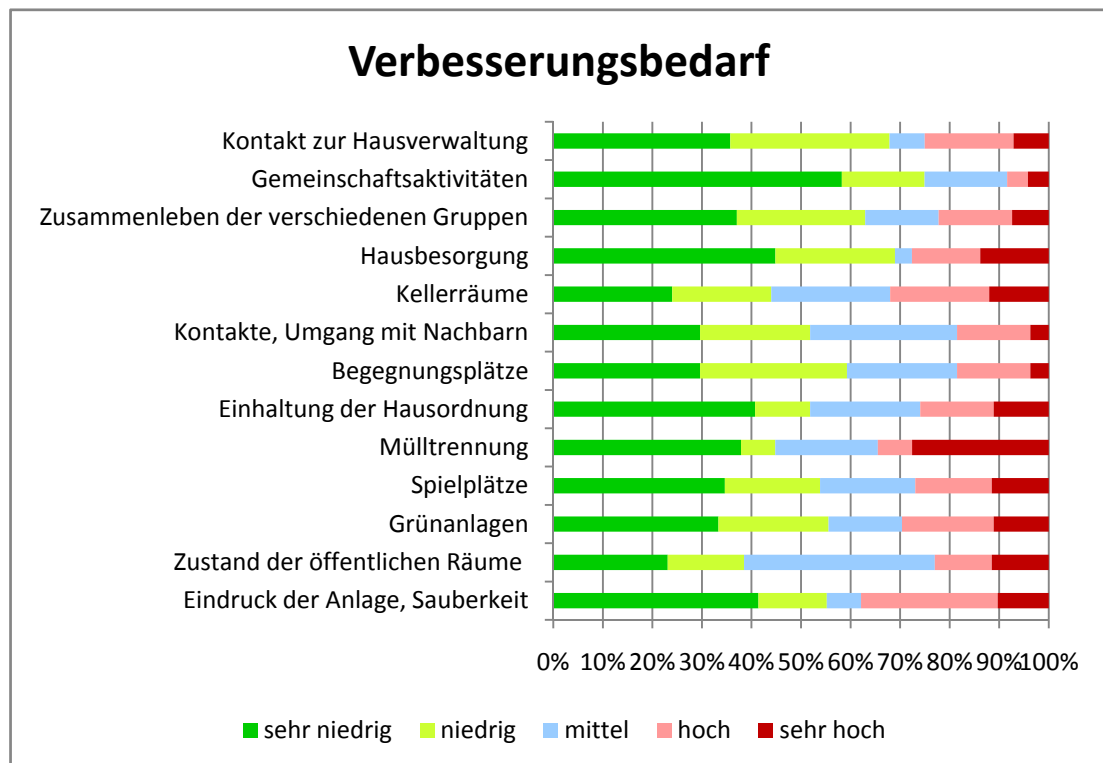
⁶⁴ Diesbezüglich wurde ein Summenwert aus den 14 Feldern zur Zufriedenheit mit der Lebensqualität in der Wohnsiedlung bzw. Wohnumgebung gebildet, der als Minimum 14 und als Maximum 70 betragen kann. Summenwerte bis 42 wurden als „(eher) zufrieden“ kategorisiert, darüber als (eher) unzufrieden. Auf eine genauere Differenzierung wurden wegen der kleinen Stichprobe verzichtet.

Grafik 28: Bewertung ausgewählter Aspekte der Lebensqualität ÖWG Siedlung



Hinsichtlich des Verbesserungsbedarfs haben sich die Befragten scheinbar am eher Machbaren orientiert. Die höchste Notwendigkeit sehen sie beim „Eindruck der Anlage bzw. der Sauberkeit“ (fast 40%), gefolgt von der „Mülltrennung“ und den „Kellerräumen“ (jeweils ein knappes Drittel). Etwas weniger als 30% orten Verbesserungsbedarf bei den Grünanlagen, der Hausbesorgung sowie den Spielplätzen. Am wenigsten zu verbessern ist aus Sicht der Befragten bei den Gemeinschaftsaktivitäten sowie – mit deutlichem Abstand – bei den Kontakten mit Nachbarn und Begegnungsplätzen. Die Situation bei der Mülltrennung ist besonders für Frauen verbesserungswürdig, Ältere wollen vor allem die Sauberkeit der Anlage verbessert wissen.

Grafik 29: Verbesserungsbedarf aus Sicht der BewohnerInnen ÖWG Siedlung



Quelle: Fragebogenerhebung Siedlung Neuholdau 2010, IFA Steiermark

Ebenso wie in der Neuen-Heimat-Siedlung beziehen sich auch hier detaillierte Verbesserungsvorschläge auf einige wenige Bereiche. In Bezug auf Sauberkeit und Mülltrennung werden vermehrte Bemühungen um eine bessere Müllentsorgung angeregt, vor allem um jährlich anfallende Extrakosten, wenn z.B. zu viel Restmüll im Papiercontainer ist und daher die Entleerung verweigert wird und ein extra Restmüllwagen geholt werden muss, minimieren zu können.

In Hinsicht auf Kinder und Jugendliche bilden vor allem die ihnen zugeschriebenen Sachbeschädigungen und Ruhestörungen einen Ausgangspunkt für Verbesserungsanregungen wie geeigneter Spielplätze, wo sich Kinder und Jugendliche „austoben können“, betreute Freizeitangebote („Kinder gehören beschäftigt“) oder eine „Containerwerkstatt“ für Jugendliche. Bei Räumlichkeiten für Jugendliche gehen die Meinungen auseinander, vereinzelt wird befürchtet, dass dies zusätzliche Probleme bringen könnte. Generell wird mehr Beaufsichtigung der Kinder und Jugendlichen für notwendig gehalten.

Mehr Kontrolle ist auch die Tendenz bei den Verbesserungsanregungen im Bereich der Einhaltung der Hausordnung. Diesbezüglich wird vor allem auf die Verantwortung der Hausverwaltung und des Hausbesorgers verwiesen, wobei ihnen zum Teil eine Trägheit bei Reparaturen vorgeworfen wurde: „Das erste Mal seit 13 Jahren wird nun eine Reparatur am Spielplatz gemacht.“ Schon öfters seien erfolglos Wünsche an die Hausverwaltung gerichtet worden. Eher werde Abwehr signalisiert, „schon wieder wer, der was versucht.“ Andere konzedieren hingegen, dass die Hausverwaltung und der Hausbesorger sich relativ schnell „rühren, wenn was nicht funktioniert.“ Weiters würde eine anfängli-

che Wohnbegleitung und vermehrte Informationen aus Sicht mancher Befragter der Einhaltung der Hausordnung und vermehrter gegenseitiger Rücksichtnahme dienen. Ein Verbesserungswunsch betrifft auch das Eingehen auf die Wünsche der MieterInnen, wobei aber schon eine gewisse Reserviertheit gegenüber Versprechungen seitens der Hausverwaltung oder gegenüber Initiativen von BezirkspolitikerInnen zu spüren ist: *„Sie versprechen sehr viel, aber nichts passiert. Wir interessieren uns gar nicht mehr, weil wir schon so oft gefragt wurden und nie was passiert ist.“*

In Bezug auf die Infrastruktur der Anlage werden vor allem zusätzliche Park- und Verkehrsregelungen, die Nutzung ungenutzter Radkeller, eine bessere Beleuchtung sowie die Abkehr vom Zentralschlüsselsystem eingefordert. Einige sprechen sich auch für Fahrverbote von PKWs und Kleinfahrzeugen aus.

Hätten Befragte die Möglichkeiten, Sofortmaßnahmen umzusetzen, würden sie die Infrastruktur für Kinder und Jugendliche (Spielflächen, Swimming Pool, Aufenthaltsraum für Jugendliche) verbessern, Grünzonen in der Siedlung abschaffen sowie die BewohnerInnen mehr einbinden, *„Meinungen abholen, ihre Bedürfnisse hören und erfüllen.“*

Tabelle 30: Verbesserungsanregungen der BewohnerInnen ÖWG Siedlung

Verbesserungsanregungen und Wünsche im Detail
Sauberkeit – Mülltrennung
Umzäunung des Müllplatzes - regelmäßige Reinigung der Biomülltonnen- mehr Mülltonnen Müllproblem in Griff kriegen – weniger Extraentsorgungskosten - Sperrmüll etc. weg aus der Tiefgarage Mehr Geld und Initiativen für Sauberkeit/Hygiene in der Siedlung
Kinder
Mehr (beaufsichtigte) Angebote besonders in den Ferien - Kinderspielplatz für kleinere Kinder verbessertes (größerer) Kinderspielplatz – Rutsche, Hutsche, Holzgeräte, Klettergerüst, Basketballkorb, (Korb-) Schaukel, Kletterstein, Abenteuerspielplatz, Sitzgelegenheiten, Trinkbrunnen, kleiner Pool, Schatten am Spielplatz Beaufsichtigung der Kinder am Abend – Einhaltung der Ruhe und Spielverbote
Jugendliche
Jugendfreizeit- und Begegnungszentrum - Aufenthaltsräume für Jugendliche - Raum für Jugendliche mit Playstation Unterhaltungs- und Freizeitangebote - Mitbeteiligung Jugendlicher - Größerer Fußballplatz für Jugendliche (Tore mit Netzen, Rasen), große Spielwiese (am südlichen Acker), Leichtathletik Anlage, Basketballplatz, Tennisplatz, Stange für Klimmzüge, Funicourt Kreativ-handwerkliches Beschäftigungsprojekt – betreute Containerwerkstatt (z.B. für Mopedreparaturen, Holzarbeiten etc.)
Einhaltung der Hausordnung – Kontrolle – Instandhaltung - Spielregeln
Mehr Kontrolle durch Hausmeister - Hausordnung einhalten - finanzielle Strafen bei Verletzung der Hausordnung - Einhaltung der Ruhezeiten Anfängliche Wohnbegleitung - Einführung und Begleitung der Neuen - mehrsprachige Erklärungen (Regeln, Beaufsichtigungspflicht, Mülltrennung, Ruheregelungen)
Kommunikation – Nachbarschaft
Öffentliche Begegnungsräume – Verbesserung der Nachbarschaft Treffpunkte und Möglichkeiten für unterschiedliche Zielgruppen Mehr gegenseitige Rücksichtnahme - Leute sollen sich nicht so schnell über alles aufregen
Infrastruktur der Anlage – Verkehr
Schnellere Reaktion der Hausverwaltung bei Beschwerden, Reparaturen Fahr- und Parkverbot für Autos und Kleinfahrzeuge - Ausnahmeregelungen für Zufahrten (Lieferungen) Einhaltung des Fahrverbotes bzw. des Schrittempos innerhalb der Siedlung - Mopedfahrverbot in der Nacht kein Dauerparken in der Siedlung - Parkplätze für Besuche - grüne Zone abschaffen Öffnung, Verwendung der ungenutzten Radkeller - Beleuchtung der Radabstellräume Einzäunung der Grünstreifen neben der Siedlung - Hundewiese - Stromleitungen versetzen Kein zentraler Schlüssel für die ganze Siedlung (Haustüren, Keller, Fahrradabstellräume)

Quelle: Schriftliche Befragung und Straßeninterviews ÖWG Siedlung

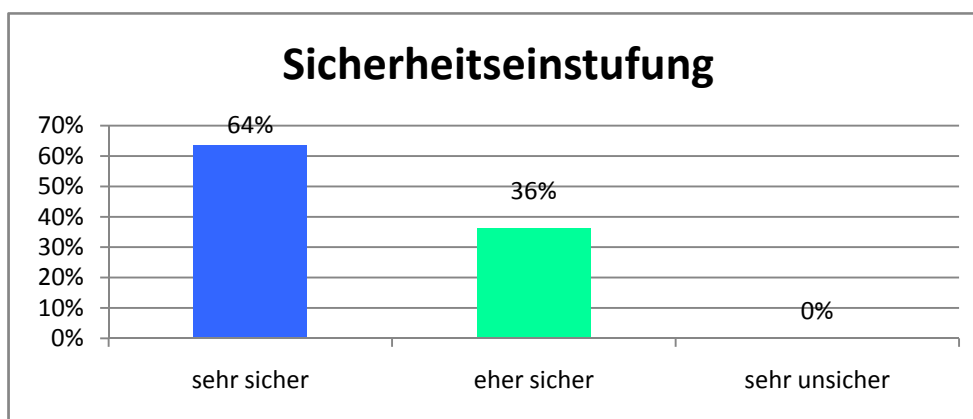
6.2.6 Sicherheitsempfindung

Die Sicherheitswahrnehmung in der Neuholdaussiedlung ist durchschnittlich mit einem Wert von 3,2 auf der Skala von 1 (sehr sicher) bis 10 (sehr unsicher) vergleichsweise gut. Etwa zwei Drittel (68%) der BewohnerInnen fühlen sich in der Wohnumgebung sehr sicher (Werte von 1 bis 3), niemand sehr unsicher (Werte von 8 bis 10). Als Faktoren, die eine relativ hohe Sicherheit in der Siedlung gewährleisten, werden das noch intakte Klima in der Siedlung, die Überschaubarkeit, die gut beleuchteten Durchfahrten und Stiegehäuser sowie der Einsatz von Videokameras genannt. Auch die Statistik der Polizei weist im Jahr 2009 nur wenige angezeigte Straftaten in der Siedlung aus: 6 Einbruchsdiebstähle, 3 Diebstähle, 1 Körperverletzung, 1 Sachbeschädigung, 1 Betrug, eine Verletzung der Unterhaltspflicht, dazu nach dem Verwaltungsrecht 4 Lärmerregungen sowie 5 Streitschlichtungen.

Deutlich sichtbar in der Siedlung ist auch, dass eine funktionierende Kommunikation und eine gute Nachbarschaft mit einem hohen Sicherheitsgefühl korrelieren. Sicher fühlen sich vor allem jene, die viele Bekannte in der Siedlung haben und die im Notfall davon ausgehen, dass ihnen geholfen würde. Bedingt durch den „Inselcharakter“ und die Sackstraße – „die Abgelegenheit macht die Siedlung sicherer, selten kommt jemand“ - stufen die Befragten die Sicherheit in der Siedlung höher ein als in den benachbarten Stadtgebieten, etwa den Siedlungen am Grünanger, in der Schönau- oder Triesterstraße. Auch die Gebiete entlang der Mur werden unsicherer eingeschätzt. Als unsichere Orte in der Stadt werden vor allem der Jakomini- sowie der Hauptplatz erwähnt.

Konkrete Faktoren, die das Sicherheitsempfinden belasten, sind Sachbeschädigungen (Kellerbrand, beschädigte Feuerlöscher, Kratzer am Auto), Diebstähle und Einbrüche in Kellerabteile (für die es einen Zentralschlüssel gibt, so dass es „jeder gewesen sein kann“), die Tiefgarage in der Nacht sowie Probleme mit bestimmten Personengruppen. Viele Konflikte werden auch Kindern und Jugendlichen aus anderen Siedlungen und „fremden Leuten“ zugeschrieben, aber auch soziale Problemfälle in der Siedlung und Nachbarn, „die sich um nichts kümmern“ sorgen für Verunsicherung. Vor allem in der Nacht sei bei Gruppen von Jugendlichen Vorsicht geboten. Dazu tragen diffuse Ängste vor einer steigenden Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen oder vor fremden Menschen und öffentlichen Räumen in der Dunkelheit bei.

Grafik 31: Sicherheitswahrnehmung der SiedlungsbewohnerInnen ÖWG

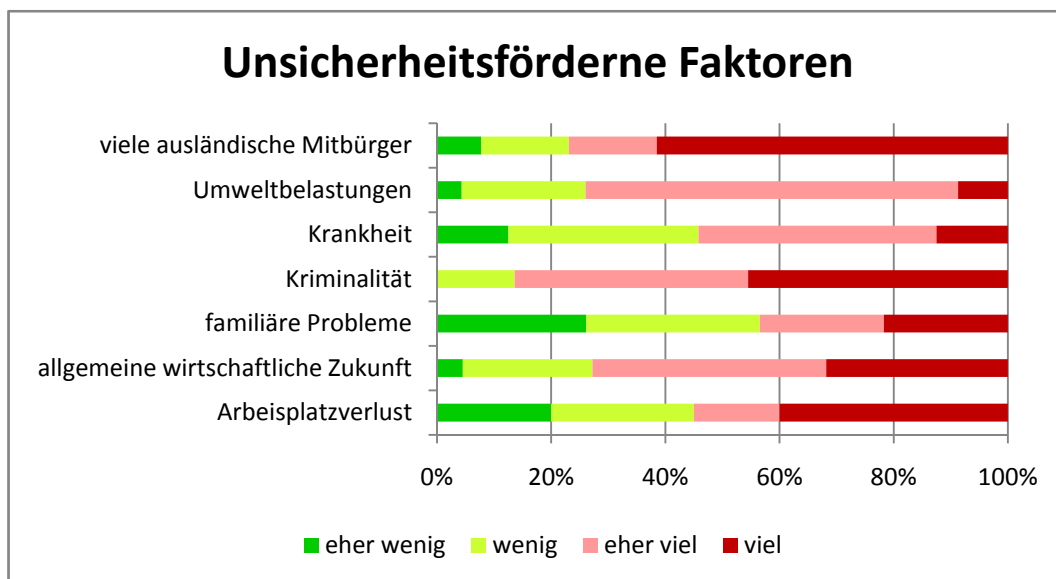


Quelle: Straßeninterviews in der Siedlung Neuholdau 2010, IFA Steiermark

In der schriftlichen Erhebung wurden bestimmte Aspekte differenziert, welche die Unsicherheit erhöhen und die Lebensqualität reduzieren (können). Am häufigsten nennen Befragte die Angst vor Kriminalität (knapp unter 90%) vor „zu vielen ausländischen MitbürgerInnen“ (knapp 80%) sowie „Umweltbelastungen“ (ca. 75%). Für Frauen sind Krankheiten, für Männer eine unsichere wirtschaftliche Zukunft, Arbeitsplatzverlust und familiäre Probleme häufige Faktoren, die ein Unsicherheitsgefühl auslösen. Nach dem Alter ist die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes vor allem bei jenen im Haupterwerbsalter ausgeprägt, bei den Älteren die Angst vor Krankheiten, zu vielen Ausländere-

rInnen und Umweltbelastungen. Die Kriminalitätsfurcht ist besonders in der jüngsten und ältesten Altersgruppe ausgeprägt.⁶⁵

Grafik 32: Unsicherheitsfördernde Faktoren in der ÖWG Siedlung

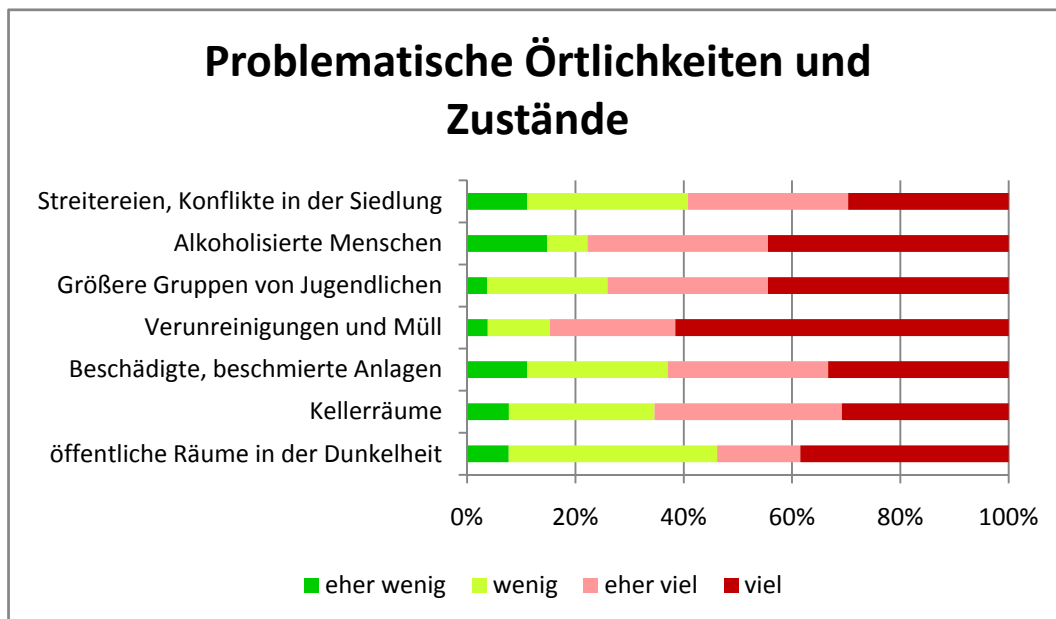


Quelle: Fragebogenerhebung in der ÖWG Siedlung 2010, IFA Steiermark

In Hinsicht auf problematische Örtlichkeiten und Zustände, die Unbehagen und Angst machen, werden in der Siedlung vor allem Verunreinigungen und Müll (über 80%), alkoholisierte Menschen und größere Gruppen von Jugendlichen (jeweils über 70%), Kellerräume, beschädigte und beschmierte Anlagen und Häuser sowie Streitereien und Konflikte in der Siedlung (jeweils um die 60%) genannt. Im Vergleich zur Siedlung der Neuen Heimat sind in der Rangordnung der problematischen Örtlichkeiten und Zustände Jugendgruppen oder Alkoholisierte weit vorne, was auch die Aussagen der Straßeninterviews zu problematischen sozialen Milieus bestätigt. Öffentliche Räume in der Dunkelheit fürchten vor allem Frauen.

⁶⁵ Zusammenhänge sind aufgrund der kleinen Stichprobe nur mit Vorsicht zu behandeln.

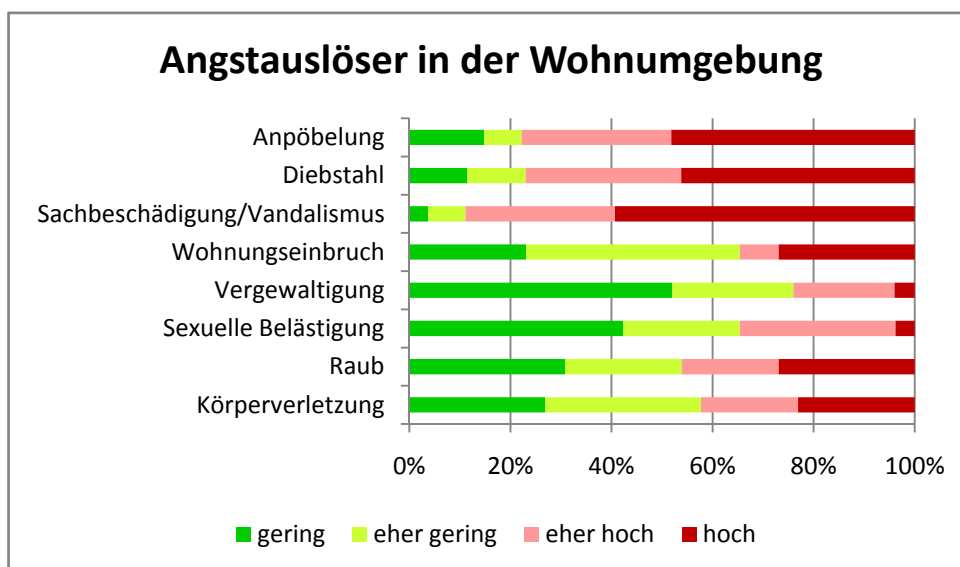
Grafik 33: Problematische Örtlichkeiten und Zustände in der ÖWG Siedlung



Quelle: Fragebogenerhebung in der ÖWG Siedlung 2010, IFA Steiermark

Die Furcht, dass man selbst oder jemand aus der Familie in der Wohnumgebung bedroht wird, bezieht sich an erster Stelle auf Sachbeschädigung und Vandalismus – fast 90% haben davor Angst. Aber auch die Furcht vor Anpöbelungen oder Diebstahl ist mit über 70% relativ ausgeprägt. Damit sind die häufigsten Bedrohungen die gleichen, wie sie in der Neuen Heimat Siedlung vorliegen, allerdings auf einem etwas höheren Niveau, was noch auf die Erinnerung an die ausufernden Konflikte der ersten Jahre zurückgehen dürfte. Von weiteren Gefahrenquellen fühlt sich nur eine Minderheit bedroht – von Raub und Körperverletzung noch jeweils über 40%, von sexueller Belästigung und Wohnungseinbruch über 30%, von Vergewaltigung über 20%.

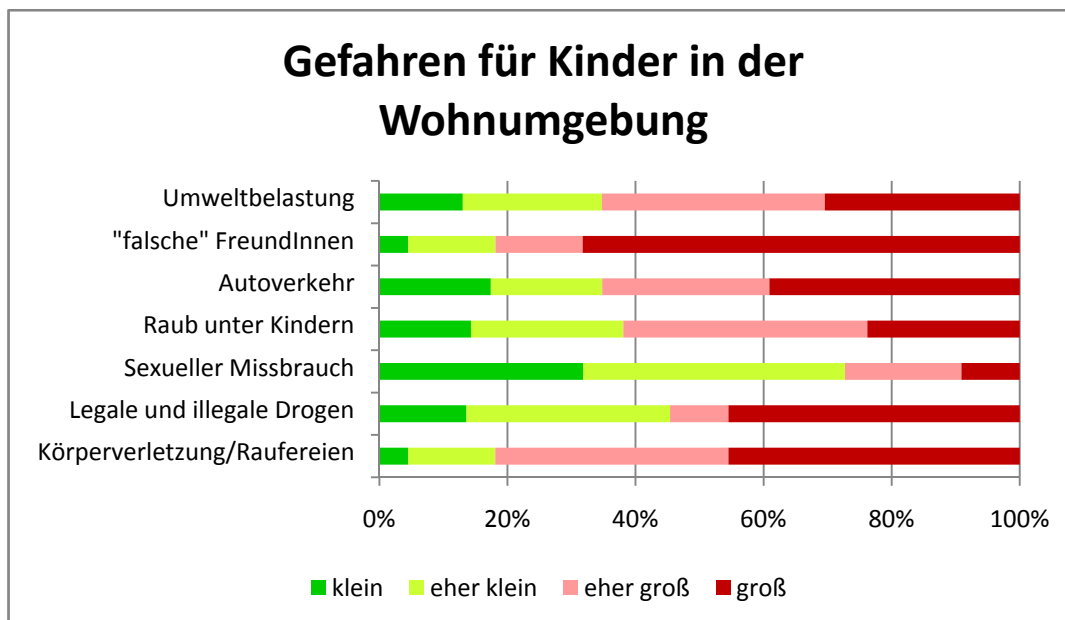
Grafik 34: Angstauslösende Faktoren in der ÖWG Siedlung



Quelle: Fragebogenerhebung in der ÖWG Siedlung 2010, IFA Steiermark

Die Einschätzung der Gefährdung von Kindern ähnelt jener in der Neuen Heimat Siedlung. „Falsche FreundInnen“ bzw. „ein falscher Umgang“, Körperverletzungen/Raufereien oder Umweltbelastungen werden als häufigste Bedrohungen wahrgenommen. Für Männer stellen zusätzlich (il)legale Drogen sowie der Autoverkehr verhältnismäßig größere Gefahrenquellen dar.

Grafik 35: Potentielle Gefahrenquellen für Kinder in der ÖWG Siedlung



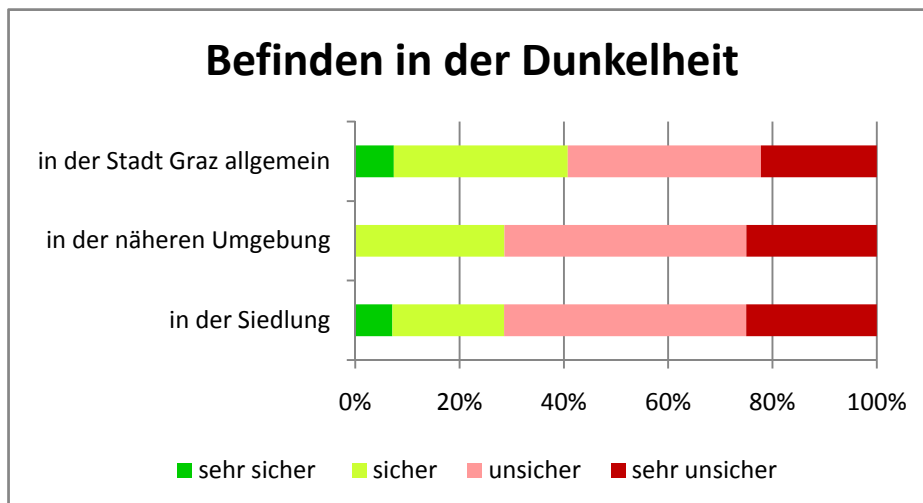
6.2.7 Sicherheitsgefühl nach Einbruch der Dunkelheit

Die Einstufung der subjektiven Unsicherheitswahrnehmung über den „Standardindikator“ zeitigt ebenso ähnliche Ergebnisse wie in Siedlung im Bezirk Lend. Jeweils 70% fühlen sich im öffentlichen Raum während der Dunkelheit in der Wohnumgebung und in der Siedlung selbst unsicher. Ein Indiz dafür, dass vor allem die nähere Umgebung eher skeptisch betrachtet wird, ist das Faktum, dass sich niemand der Befragten dort sehr sicher fühlt. Das Unsicherheitsgefühl ist damit geringfügig höher als bei der Grazer Bevölkerung insgesamt (laut LQI).⁶⁶ Etwas besser empfinden die Befragten die Sicherheitslage insgesamt in der Stadt. Tendenziell unsicherer fühlen sich vulnerable Bevölkerungsgruppen wie Ältere und Frauen, aber auch Personen mit Opfererfahrungen. Ca. 16% der Befragten gaben an, dass sie in den letzten fünf Jahren entweder selbst oder ein Mitglied ihres Haushalts Opfer von Einbruch, Überfall etc. geworden sind. In der unmittelbaren Wohnumgebung betrafen die Opfererfahrungen nach den Aussagen in den Straßeninterviews aber zumeist eher kleinere Delikte wie Diebstahl (Fahrräder, Kinderwagen, entwendete Kleidungsstücke aus dem Trockenraum), Sachbeschädigungen (demolierte Räder, beschädigte Mopeds, eingeschlagene Jalousien, Kratzer am Auto), seltener Ein-

⁶⁶ Zur Erinnerung: 64% der Befragten fühlen sich auf öffentlichen Straßen und Plätzen in der Nacht unsicher.

brüche. Kaum jemand wurde in den letzten fünf Jahren in der Siedlung Opfer von körperlicher Gewaltanwendung, sieht man von Raufereien unter Kindern bzw. Jugendlichen ab. Nach dem Alter ist die Unsicherheit in der Siedlung für die jüngsten (15-25 Jahre) und ältesten Befragten (65+) am größten.

Grafik 36: Standardindikator Unsicherheit: Befinden in der ÖWG Siedlung



Bei einer Unterscheidung zwischen „weniger ängstlichen“ und in höherem Ausmaß verunsicherten Personen⁶⁷ gehören neben älteren Personen und Frauen auch Eltern und Personen, die mit ihrer finanziellen Lage unzufrieden sind, sowie Menschen mit geringerer Bildung zu jenen, die sich vermehrt unsicher fühlen.

6.2.8 Zuständigkeit für Sicherheit und Verbesserungsanregungen

Die Verantwortung für Sicherheitsfragen wird am häufigsten der Polizei zugesprochen. Aber aus Sicht der Befragten könnten und sollten auch die Hausverwaltung bzw. der Hausmeister, Eltern, die „auf ihre Kinder schauen“, sowie schlussendlich „jede/r selbst“ für mehr Sicherheit sorgen. Unterstützung wird von der Politik erwartet, so z.B. habe das Wohnungsamt sowie die zuständige Stadträtin bereits länger ein Beteiligungsprojekt für Jugendliche versprochen.

Maßnahmen, die zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls beitragen könnten, sind wiederum auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt: Diese sind die Kommunikation und Nachbarschaft, die Einhaltung und Kontrolle der Hausordnung, eine bessere Beleuchtung sowie Kontrolle (durch die Polizei, den Hausmeister) und die Nutzung von Sicherheitstechnologien (Kameras, sichere Jalousien im Parterre, Absperrungen etc.).

⁶⁷ Wiederum auf Basis eines Summenindexes.

Tabelle 37: Anregungen zur Erhöhung der Sicherheit – Neue Heimat Siedlung

Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit
Ebene der Kommunikation
Veranstaltungen, um sich kennen zu lernen - mehr miteinander Eltern sollen Kinder nicht auf dem Parkplatz und der Straße Rad fahren lassen
Ebene der Hausordnung - Hausbesorgung
Keine zentralen Schlüssel für Fahrradräume bzw. im Keller – erleichtern Diebstahl Tiefgaragenschlüssel nur an MieterInnen mit Auto Bessere Beleuchtung in Radabstellräumen, im Keller und Stiegenhaus Schranken für die Einfahrt, versperrbares Eingangstor zum Grünanger hin
Institutionen und Sicherheitstechnik
Kamera in der Tiefgarage - mehr Kontrolle durch Hausmeister in den Abendstunden Mehr Polizeikontrolle - öfters Streifen durch die Siedlung Zaun um die Siedlung, nur Bewohner dürfen herein - generelles Hundeverbot bessere und sichere Rollläden für Wohnungen im Erdgeschoss

Quelle: Schriftliche Befragung und Straßeninterviews Neue Heimat Siedlung

6.3 Die Vergleichssiedlung

Bei der „Vergleichssiedlung“ handelt es sich um eine Wohnanlage im Kreuzungsbereich der Alten Poststraße und der Peter Tunnergasse im Norden des Bezirkes Eggenberg, die vor ca. 25 Jahren für Bundesangestellte – Verwaltungsbedienstete, LehrerInnen, PolizistInnen etc. - errichtet wurde. Noch heute stellt diese Gruppe den Kern der Bewohnerschaft. Die geringe Fluktuation trägt dazu bei, dass von vielen „*netten langjährigen Nachbarn*“ gesprochen wird und insgesamt eine funktionierende Nachbarschaft besteht. Auch die Möglichkeit, über Mietkauf Wohnungseigentum zu begründen, hat zu einer eher geringen Fluktuation geführt. Mit der Privatisierung der Wohnungsgenossenschaft ist der Zugang für Nicht-Staatsbedienstete leichter geworden und seither sind auch vermehrt BewohnerInnen mit anderen Professionen vertreten. In der Siedlung sind derzeit 183 Wohneinheiten vorhanden, der Wohnungsstandard und das Preis-Leistungsverhältnis werden überwiegend als sehr gut bezeichnet.

Die Wohnbevölkerung kann als gut situierte Mittelschicht bezeichnet werden.⁶⁸ Im Vergleich zur Wohnbevölkerung in den beiden anderen Siedlungen leben wesentlich mehr Befragte in Partnerschaft bzw. sind verheiratet, der Anteil der unselbständig Beschäftigten liegt bei fast zwei Drittel (in den anderen Siedlungen bei knapp einem Viertel) und niemand ist nach eigener Angabe zum Befragungszeitpunkt arbeitslos. Über neun Zehntel sind mit dem Haushaltseinkommen zufrieden und geben an, mit diesem bequem leben bzw. zurechtkommen zu können. Hingegen ist der Anteil jener, die generell Menschen wenig Vertrauen entgegen bringen, mit 17% sehr gering – in den beiden andere Siedlungen liegt er bei über 50%.

⁶⁸ Vgl. dazu Tabelle „Verteilung struktureller Merkmale der SiedlungsbewohnerInnen“ im Anhang.

6.3.1 Zufriedenheit mit der Wohn- und Lebensqualität

Die zentrale Lage am Stadtrand am Fuße des Plabutsch mit seinen guten Naherholungsmöglichkeiten und die öffentliche Anbindung gelten als besondere Stärken der Anlage, weiters die Nähe zum Schloss Eggenberg und dem Eggenberger Bad, die Infrastruktur in der Umgebung (Geschäfte, Ärzte) sowie die familienfreundliche Ausstattung mit Spielplätzen für Kinder innerhalb der Siedlung.

Manche BewohnerInnen fühlen sich durch die Spielplätze aber auch gestört, weil sie zu nah an die Balkone heranreichen und die – mittlerweile wieder zahlreichen Kinder in der Siedlung – zu oft und zu unpassenden Zeiten, zu Mittag oder am Abend, „übermäßigen“ Lärm erzeugen. Problematisch in dieser Hinsicht werden auch Jugendliche erlebt, die innerhalb der Siedlung Fußball spielen oder mit ihren Skateboards für Belästigung sorgen. Für ruhebedürftige SeniorInnen – so eine ehemalige Lehrerin – sei die Hausanlage mit den vielen Grünflächen und Spielplätzen nicht konzipiert. Etliche Befragte kritisieren auch, dass in der letzten Zeit das Postamt und die Bank in der Siedlung aufgelassen wurden, der nächste Bankomat sei schon weit entfernt.

Eine weitere Schwäche der Siedlung stellt aus Sicht langjähriger BewohnerInnen die Entwicklung der Verkehrssituation vor allem für straßenseitige Wohnungen dar. In den 25 Bestandsjahren habe der Verkehr stark zugenommen, viele Pendler von außen nutzen die Göstinger-, Algersdorfer- und Alte Poststraße als „Schleichwege“ in die Stadt. Um fünf Uhr früh beginne die Verkehrslawine, so dass ab diesem Zeitpunkt die Fenster zur Straße geschlossen bleiben müssen, ab halb acht seien die Straßen zumeist verstopft. Dies und der noch immer massive Hausbrand in der Gegend sowie die Entlüftung des Plabutschtunnels würden auch die Luftgüte sehr beeinträchtigen. Dazu wird insgesamt bemängelt, dass zwar die Busverbindungen untertags besser geworden seien, zu den Stoßzeiten seien diese aber stets „bummvoll“, abends würden sie zu früh eingestellt. Weiters wird der Mangel an Busverbindungen am Wochenende kritisiert. Zum Großteil schätzen die Befragten den Bezirk Eggenberg als Wohnbezirk. Vereinzelt wird kritisiert, dass es in Eggenberg wenig Freizeiteinrichtungen speziell für junge Menschen gäbe und in manchen Gegenden der hohe AusländerInnenanteil zu Konflikten beim Zusammenleben führe. Ferner gäbe es weit und breit keine Hundewiese.

Verbesserungsanregungen betreffen hauptsächlich die Verkehrsberuhigung. Aber auch Aufenthaltsräume im Haus für kleinere Kinder oder mehr Sitzgelegenheiten in den Innenhöfen und teilweise eine bessere Beleuchtung werden angeregt. Weitere Verbesserungsvorschläge in Bezug auf die Wohnumgebung sind eine Hundewiese, mehr Lokale und ein Kino in der Nähe oder mehr Aktivitäten für Jugendliche. Außerdem sollten Busse öfter und länger fahren und der durch Kinder und Jugendliche ausgelöste Lärm reduziert werden.

Was die Eigeninitiative in Bezug auf wünschenswerte Veränderungen anlangt, so sind die Befragten geteilter Meinung. So ist eine Frau der Ansicht, dass vieles durch ein „aktives Miteinander in der Nachbarschaft“ erreicht werden könne. In Hinsicht auf Lärmbelästigungen und „Streiche“ der Jugendlichen sieht ein anderer Befragter die Verantwort-

tung bei Eltern und der Hausverwaltung, die mehr auf die Einhaltung der Hausordnung achten sollten. Grundsätzlich wird die Notwendigkeit der eigenen Beteiligung für gewünschte Problemlösungen betont.

Zum sozialen Klima in der Wohnanlage äußern sich die befragten Personen größtenteils positiv. Für die meisten ist das soziale Klima in der Wohnumgebung zufriedenstellend, „Reibereien“ gäbe es kaum, außer vereinzelt mit manchen Jugendlichen, aber „alles lässt sich ausreden.“ Die vielen langjährigen Nachbarn werden als vertrauenswürdige und zumeist freundliche MitbewohnerInnen erlebt, aber auch mit den „Neuen im Haus“, zum Teil handelt es sich auch um migrantische Familien, werde versucht, „gut auszukommen“, was zumeist auch gelinge. Abseits der unmittelbaren Nachbarschaft sei es aber teilweise eher „Zufall, wenn man jemanden kennenlernt.“ Diesbezüglich werden verstärkte Aktivitäten eingemahnt, um „die Nachbarschaft zu pflegen“ und ein „gegenseitiges Kennenlernen“ zu ermöglichen.

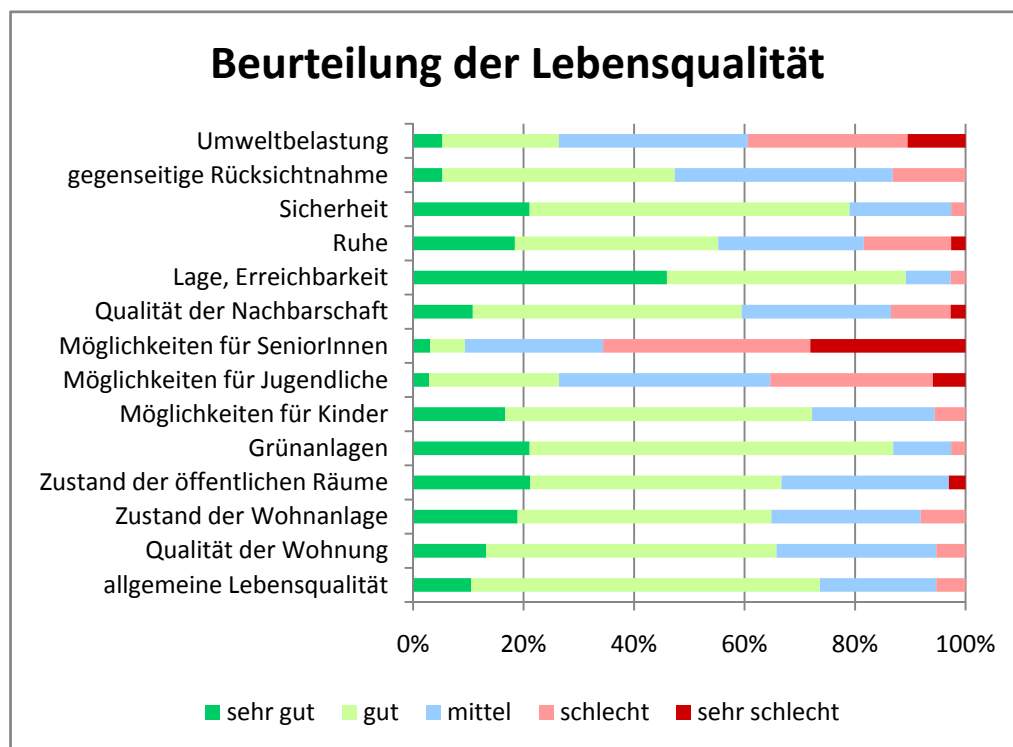
Die Sicherheitslage wird weitgehend als zufriedenstellend eingeschätzt. Sachbeschädigungen und Vandalenakte, Diebstähle oder Einbrüche kämen vereinzelt vor, ab und zu würden Räder beschädigt, Autoreifen aufgeschlitzt oder Müllkübel in Brand gesteckt. Zumeist werden diese Taten betrunkenen Jugendlichen aus der Umgebung zugeschrieben. Insgesamt sei aber die Lage so, dass es ohne Angst möglich sei, in der Nacht „spazieren oder joggen zu gehen“ oder sich „ohne Pfefferspray in der Tasche in die Tiefgarage“ zu bewegen. Eigentlich „ist hier noch nie etwas passiert“, bringt es eine Frau, die seit Beginn in der Siedlung lebt, auf den Punkt.

Geschlechtsspezifische Unterschiede beim Thema Sicherheit sind kaum vorhanden. Männer fühlen sich generell sicher in der Siedlung, Frauen sprechen teilweise von einem „mulmigen und ungunen“ Gefühl, nachts alleine unterwegs zu sein. Hinsichtlich der Dinge, die das persönliche Sicherheitsgefühl beeinflussen, spielen die in der Nachbarschaft wohnenden PolizistInnen eine große Rolle. Der Bezirk Eggenberg insgesamt schneidet in der Sicherheitsbewertung schlechter ab, wobei der Kern von Eggenberg als eher unsicher gilt. Als Zuständige für die Sicherheit werden neben der Polizei und den Behörden auch die Gemeinde sowie jede/r einzelne MitbürgerIn genannt. Um sich in der Wohnumgebung noch sicherer zu fühlen, bedürfe es neben einer guten Nachbarschaft auch vermehrter eigener Bemühungen, um neue Nachbarn schneller kennen zu lernen.

6.3.2 Ausgewählte Aspekte der Lebensqualität

Im Unterschied zu den beiden anderen Siedlungen ist eine große Zufriedenheit der BewohnerInnen mit einzelnen Aspekte in der Wohnsiedlung und Wohnumgebung gegeben. Zehn von vierzehn Bereichen werden von über der Hälfte der Befragten als (sehr) gut bewertet. Mit der Lage und Erreichbarkeit, den Grünanlagen und der Sicherheit sind ca. 80% (sehr) zufrieden. Hingegen wird nur ein Aspekt, nämlich die Möglichkeiten für SeniorInnen in der Siedlung, mehrheitlich negativ (schlecht bzw. sehr schlecht) bewertet. Für ca. 35-40% sind auch die Möglichkeiten für Jugendliche bzw. die Situation der Umwelt, vor allem die Verkehrssituation, nicht zufriedenstellend.

Grafik 38: Bewertung ausgewählter Aspekte der Lebensqualität in der Vergleichssiedlung

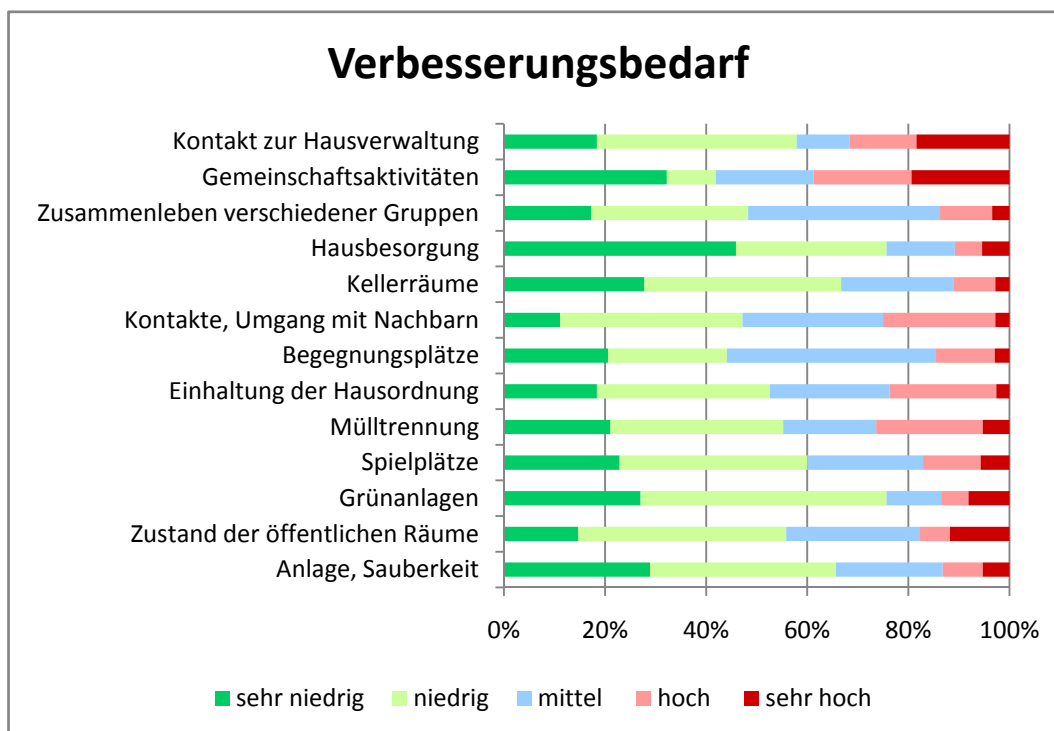


Quelle: Fragebogenerhebung in der Vergleichssiedlung 2010, IFA Steiermark

Vor dem Hintergrund dieser hohen Zufriedenheit sehen die Befragten auch weniger Verbesserungsnotwendigkeiten. Am ehesten wird ein Verbesserungsbedarf in der Siedlung bei den Gemeinschaftsaktivitäten, den Kontakten in der Nachbarschaft, der Einhaltung der Hausordnung, der Mülltrennung, der Ausstattung und Infrastruktur der Anlage und beim Kontakt zur Hausverwaltung geortet.

Konkrete Vorschläge, die auf die Hebung der Qualität in der Anlage zielen, sind beispielsweise die Sanierung bzw. Wärmeisolierung der Außenfassade, teilweise auch der Wohnungen, Schallschutzverbesserungen, die Überdachung der Außengänge, der Einbau von Liften (Barrierefreiheit) oder vermehrte Aktivitäten der Hausverwaltung, um Schimmelp Probleme besser in den Griff zu bekommen. Wie in den anderen Siedlungen auch ist Müll ein Thema, besonders eine bessere Mülltrennung und eine Verringerung der „wilden“ Sperrmüllentsorgung. Ein öffentlicher Parkplatz und größere Spielplätze für Jugendliche wurden ebenso angeregt. In Bezug auf das Zusammenwohnen wünschen sich Befragte einen großen Gemeinschaftsraum für Feste und Veranstaltungen, die Einhaltung der Hausordnung, speziell der Ruhezeiten, Siedlungsfeste und generell mehr Toleranz. Wünsche in Richtung Hausverwaltung betreffen eine bessere Erreichbarkeit zuständiger Personen (nicht nur der Servicehotline) und eine Einbeziehung der BewohnerInnen bei (baulichen) Veränderungen.

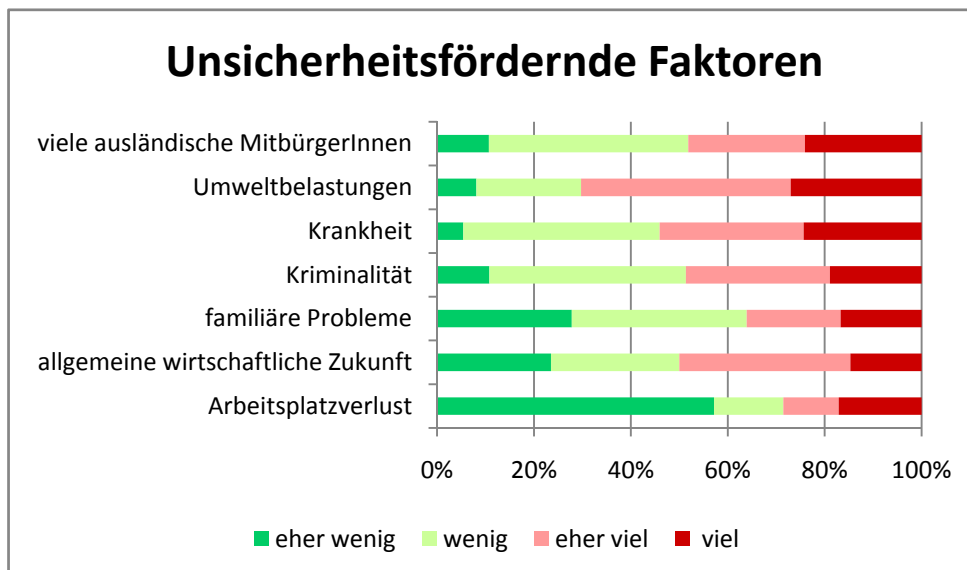
Grafik 39: Verbesserungsbedarf aus Sicht der BewohnerInnen in der Vergleichssiedlung



6.3.3 Sicherheitsempfinden

Wie bei den Straßeninterviews ersichtlich, ist die Sicherheitslage für die meisten Befragten in der Siedlung nicht besorgniserregend. Auch in der Fragebogenerhebung wird deutlich, dass die BewohnerInnen weniger Umstände, die Ängste auslösen und die Lebensqualität reduzieren, angeben. Während in den beiden anderen Siedlungen vor allem „zu viele ausländische MitbürgerInnen“ und „Kriminalität“ (in der Siedlung) die meisten Ängste und Unsicherheit auslösen, sind es in der Vergleichssiedlung häufiger Aspekte mit geringerem lokalen Bezug wie z.B. Umweltbelastungen (an erster Stelle), Krankheiten und die „unsichere wirtschaftliche Zukunft“. Erst knapp dahinter rangieren „zu viele ausländische MitbürgerInnen“ und „Kriminalität“.

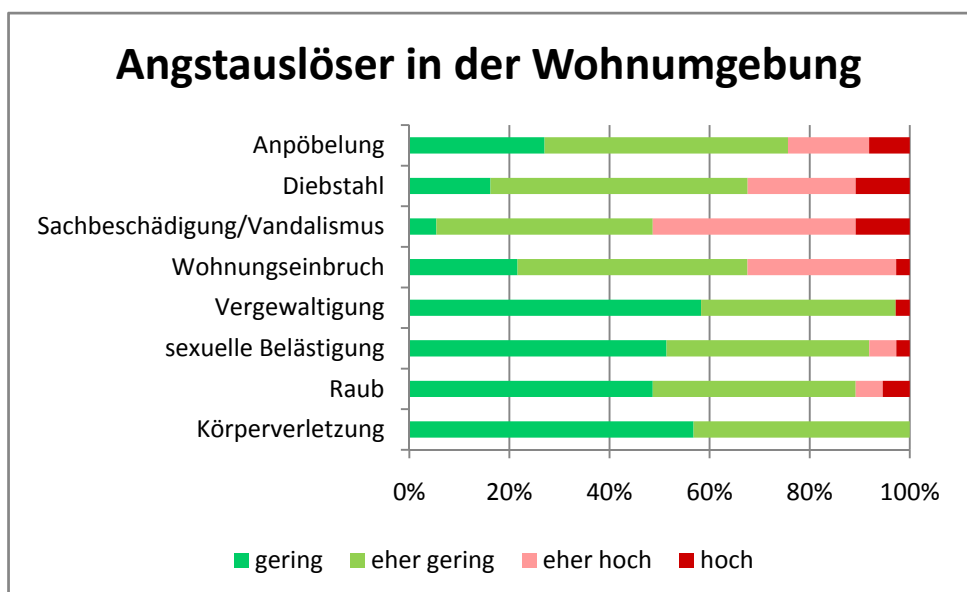
Grafik 40: Unsicherheitsfördernde Faktoren in der Vergleichssiedlung



Quelle: Fragebogenerhebung in der Vergleichssiedlung 2010, IFA Steiermark

Die am häufigsten wahrgenommene konkrete Bedrohung betrifft auch hier „Sachbeschädigung und Vandalismus“ – dies ängstigt immerhin 50% (in den beiden anderen Siedlungen zwischen 75% und 90%). Knapp jeweils ein Drittel sorgt sich wegen Wohnungseinbrüchen und Diebstahl, „Anpöbelungen“ sind für ein Viertel eine Bedrohung. Erscheinungen sozialer Verwahrlosung wie Sachbeschädigung/Vandalismus und Anpöbelungen sind hier weit weniger von Relevanz. Ängste vor direkten körperlichen Übergriffen (Körperverletzung, sexuelle Belästigung oder Vergewaltigung) bestehen in der Siedlung kaum.

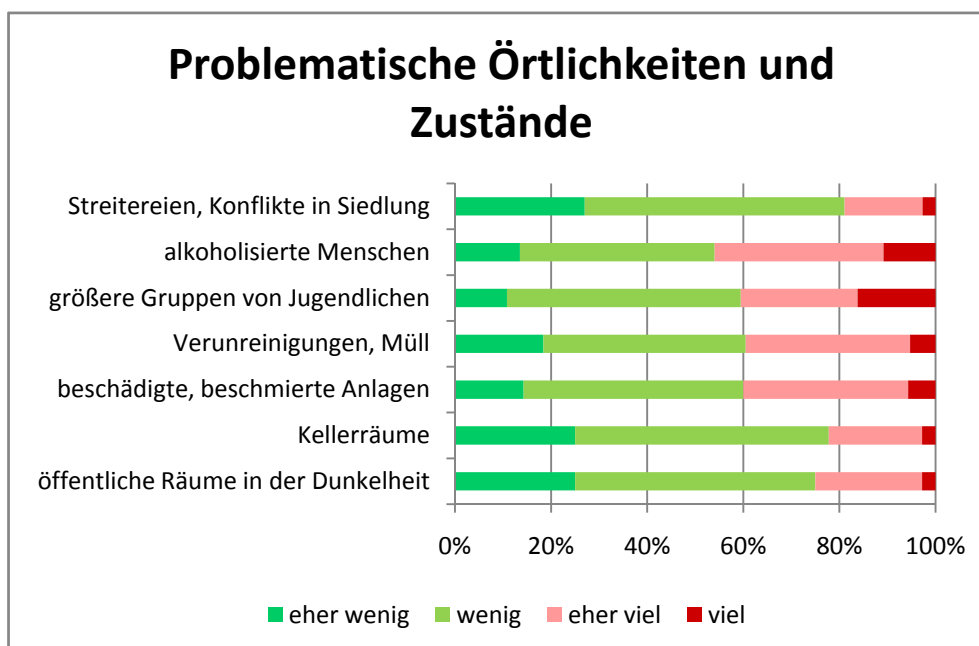
Grafik 41: Angstauslösende Faktoren in der Wohnumgebung



Quelle: Fragebogenerhebung in der Vergleichssiedlung 2010, IFA Steiermark

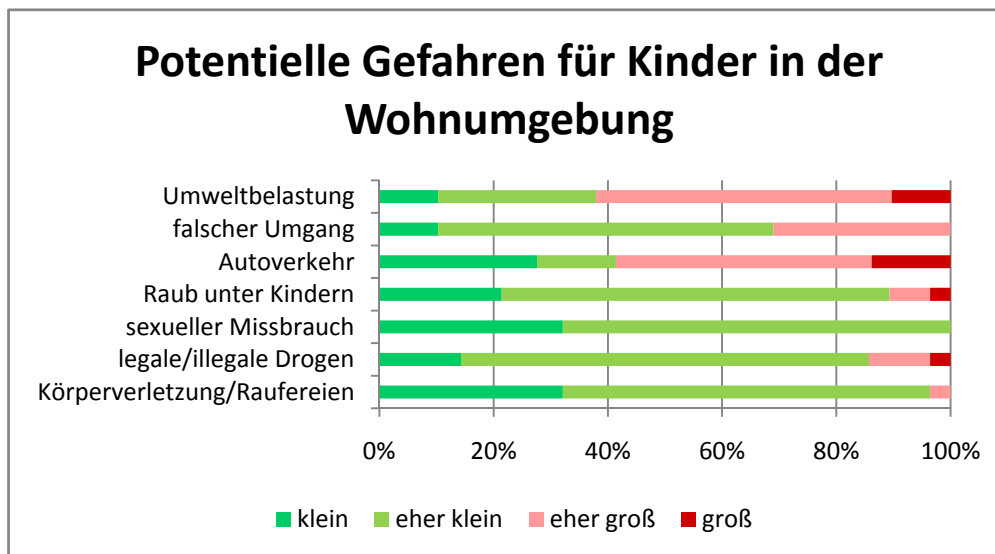
Während in den beiden anderen Siedlungen konkrete sichtbare Anzeichen von Verwahrlosung und Unordnung oder auch Kellerräume zu einem erhöhten Unsicherheitsgefühl beitragen, beeinträchtigen in der Vergleichssiedlung am häufigsten Menschen mit abweichendem Verhalten (alkoholisierte Personen) die Sicherheitswahrnehmung. Gruppen von Jugendlichen, Schmutz, Sachbeschädigung, Müll etc. folgen mit ca. 40%. Öffentliche Räume in der Dunkelheit und Kellerräume ängstigen ca. ein Fünftel.

Grafik 42: Problematische Örtlichkeiten und Zustände in der Vergleichssiedlung



Auch in Bezug auf die Abschätzung besonderer Gefahren für Kinder in der Wohnumgebung unterscheidet sich diese Siedlung von den beiden anderen. Hier werden vor allem Umweltbelastungen und der Autoverkehr als gefährlich für Kinder eingestuft. Mit großem Abstand folgt die Gefährdung durch einen „falschen Umgang“. Die Angst davor äußerten in den anderen Siedlungen ca. 80% der Eltern.

Grafik 43: Besondere Gefahren für Kinder in der Vergleichssiedlung

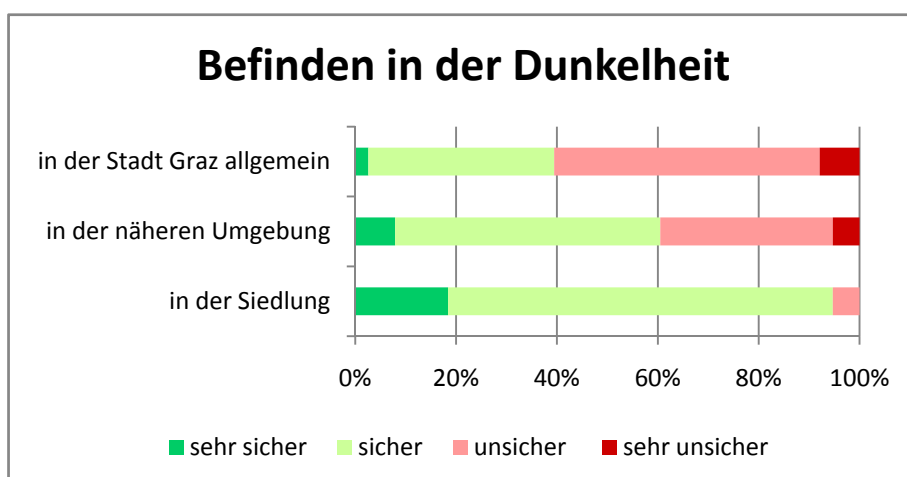


Quelle: Fragebogenerhebung in der Vergleichssiedlung 2010, IFA Steiermark

6.3.4 Sicherheitsgefühl nach Einbruch der Dunkelheit

Das subjektive Unsicherheitsgefühl im öffentlichen Raum in der Wohnumgebung während der Dunkelheit ist der „Standardindikator“, der bei Vergleichen zumeist verwendet wird. Von den Befragten in der Vergleichssiedlung fühlen sich ca. 40% in der Wohnumgebung unsicher, in der Siedlung selbst nur knapp 5%. Direkt in der Siedlung wird kaum ein Bedrohungspotential angenommen. Dies steht auch in Verbindung mit dem vergleichsweise hohen Vertrauen, dass Befragte dieser Siedlung Menschen im generellen bzw. ihren MitbewohnerInnen entgegenbringen. In der Stadt Graz allerdings fühlen sich annähernd gleich viele Befragte wie in den anderen Siedlungen unsicher.

Grafik 44: Standardindikator Unsicherheit: Befinden in der Vergleichssiedlung



Quelle: Fragebogenerhebung in der Vergleichssiedlung 2010, IFA Steiermark

Ideen und Anregungen der Befragten zur Erhöhung der Sicherheit sind mannigfaltig und beziehen sich auf unterschiedliche Aspekte. Häufig und naheliegend werden regelmäßige polizeiliche Kontrollen (auch in der Nacht) eingemahnt, diesbezüglich sei vor allem die Politik zuständig. In baulicher bzw. infrastruktureller Hinsicht betreffen die Vorschläge eine Videoüberwachung der Parkplätze, verschlossene und erneuerte Eingangstüren und Kontrolle durch die Hausbesorgung, eine ausreichende Beleuchtung in der Dunkelheit auf den umliegenden Straßen und im Wohnbereich, die bessere Überwachung sowie eine frauenfreundliche Gestaltung der Tiefgarage bzw. ein schneller schließendes Tor dort. Die BewohnerInnen selbst könnten einen Beitrag leisten, indem sie selbst aufmerksamer seien und mehr zusammen hielten. Für eine höhere Verkehrssicherheit werden eine Verkehrseindämmung, besonders des Schwerverkehrs, Einbahnregelungen, Tempolimits und ein LKW-Fahrverbot angeregt.

7 DETERMINANTEN DER SICHERHEITSWAHRNEHMUNG

Wie den Ausführungen zur Sicherheitswahrnehmung in den drei Siedlungen im Detail zu entnehmen, ist das subjektive Sicherheitsempfinden oft abhängig von Gegensatzpaaren wie „vertraut/fremd“ oder von identitätsstiftenden Faktoren (Nachbarschaft) und wird beeinflusst von objektiv wahrnehmbaren Gegebenheiten im räumlichen Umfeld. Diese sind z.B. die Straßenbeleuchtung, die Sauberkeit von Straßen, Plätzen und Anlagen, die öffentliche Ordnung bzw. die damit signalisierte öffentliche Verantwortung (schützenswertes versus verwahrlostes Umfeld), bauliche Gegebenheiten von Siedlungen und Wohnbauten (Beleuchtung, Einsehbarkeit) oder Anzeichen von Verwahrlosung und Zerfall der gemeinschaftlichen Ordnung. Im Kontext der unmittelbaren Lebenswelt als einem der drei relevanten Kontexte für eine Sicherheitsforschung⁶⁹ wurde gezeigt, welche Vorstellungen von Sicherheit, von der „Sicherheit in den eigenen Wänden“ bis zum Gefühl, sich „als Person ohne Angst und Bedrohungsgefühl frei bewegen“ zu können, bestehen, welche problematischen Zustände in der unmittelbaren Wohnumgebung mit Ängsten und Bedrohungen verbunden werden und welche Maßnahmen als geeignet empfunden würden, um das Sicherheitsgefühl zu verbessern.

Die große Bedeutung der räumlichen Strukturen für die Sicherheitswahrnehmung wurde in den drei Siedlungen klar ersichtlich. In den beiden Siedlungen, in denen die Gemeinde das Zuweisungsrecht besitzt, sind in Zusammenhang mit dadurch bedingten strukturellen Merkmalen – zu nennen sind in erster Linie eine hohe Fluktuation, Generationenkonflikte, Probleme zwischen „alteingesessenen“ und neuen MieterInnen, bei denen es sich häufig um sozial hilfsbedürftige Menschen handelt, alles zusammen zumeist mit dem Zuzug von Menschen mit Migrationshintergrund in Verbindung gebracht – andere Bedrohungsszenarien vorhanden als in der Vergleichssiedlung mit einer eher homogenen Bewohnerschaft mit vielen Angestellten bzw. Bundesbediensteten.⁷⁰ Werden im

⁶⁹ Vgl.: Baldo Blinkert: Sozialwissenschaftliche Sicherheitsforschung: Dimensionen und Kontexte. Rahmen für Forschungsprojekte am Max Plank Institut. Typoskript Jänner 2009.

⁷⁰ Vgl. dazu die Tab. „Strukturelle Merkmale der BewohnerInnen in den drei Siedlungen“ im Anhang.

ersten Fall „Kriminalität“ und „zu viele ausländische MitbürgerInnen“ als größte unsicherheitsauslösende Faktoren im Sinne einer „risk perception“ vor Umweltbelastungen genannt, so sind das in der Vergleichssiedlung vor allem allgemeine Faktoren, die das individuelle Leben bzw. den erreichten Lebensstandard gefährden könnten wie Umweltbelastungen, Krankheiten oder auch eine ungewisse wirtschaftliche Zukunft. Dunkle und wenig übersichtliche öffentliche Räume, Gruppen von Personen und Anzeichen von Verwahrlosung tun ein weiteres zum Gefühl einer hohen Sicherheitsgefährdung. In dieser Hinsicht bewirken vor allem Vandalismus, Verunreinigungen, Verschmutzung, „wild“ entsorgter Sperrmüll, herumstehende zerstörte Fahrzeuge, reparaturbedürftige Spielgeräte, verkommene Eingangsbereiche sowie alkoholisierte Menschen, Gruppen von (ausländischen) Jugendlichen oder (unbeaufsichtigten) Kindern in den beiden Übertragungsbauten für vermehrte Unsicherheit. Das führt unter anderem auch zu unterschiedlichen Vorstellungen über Strategien, wie die Sicherheit erhöht werden könnte bzw. zu einem Sicherheitsverhalten, das darin liegt, bestimmte Aktivitäten im öffentlichen Raum zu unterlassen, um sich von vornherein nicht bestimmten Gefahren auszusetzen. So haben in den beiden Übertragungswohnbauten etwas mehr als jeweils ein Drittel (36%) aus Angst davor, Opfer einer Straftat zu werden, ihre Freizeitaktivitäten in der Form eingeschränkt, dass sie bestimmte Gegenden nicht mehr aufsuchen oder abends nicht mehr alleine ausgehen, in der Vergleichssiedlung greift ca. ein Viertel (22%) zu solchen präventiven Vermeidungsstrategien. Das Unterlassen bestimmter Aktivitäten im öffentlichen Raum führt langfristig aber zu einem Rückgang sozialer Aktivitäten, insgesamt droht ein Verlust der sozialintegrativen Funktion öffentlicher Räume ohne dementsprechende Gegensteuerung (z.B. durch Gemeinschaftsaktivitäten das Vertrauen innerhalb der Nachbarschaft zu erhöhen). Tendenziell sind solche Vermeidungsstrategien vor allem bei den älteren BewohnerInnen zu sichten.

In Bezug auf den Kontext „Strukturen“, für den statistische Indikatoren über Kriminalität (Fälle, Viktimisierungsquoten, Prävalenzraten) und „Sicherheitsarchitekturen“ (im konkreten Fall zuständige Institutionen wie Polizei, Hausverwaltung etc. und deren sichtbare Tätigkeiten) als zentrale Aspekte des „risk assessment“ von Bedeutung sind, lässt sich zumindest aus polizeilicher Sicht aus den vorliegenden (Anzeige-) Statistiken keine objektiv höhere Gefährdung in den beiden untersuchten Siedlungen bzw. im Umkreis ableiten, sieht man eventuell von einer höheren polizeilichen Einsatzfähigkeit in Fällen ab, wo die Polizei gerufen wird, aber nicht zuständig ist. Auch die Quote derjenigen, die auf Erfahrungen mit Einbruch oder Überfällen zumindest in der Familie verweisen können, unterscheidet sich in den Siedlungen nur geringfügig. Ca. ein Fünftel (19%) insgesamt gab an, dass sie selbst oder ein Mitglied ihres Haushalts in den letzten fünf Jahren Opfer eines Einbruchs oder eines Überfalls waren, in der ältesten Gruppe 65+ war das nie der Fall.

Schließlich ist der Einfluss des Kontexts „Konstruktionen“, der die Sicherheitswahrnehmung auch als konstruiertes Produkt in Zusammenhang mit öffentlichen Diskursen über Medien und politische Programme begreift, in den drei Siedlungen differenziert wahrzunehmen. Eine inhaltsanalytische Analyse zum Thema Sicherheit in drei Grazer Medien

erbrachte keinerlei Belege, dass es sich bei den untersuchten Siedlungen oder den Bezirken um sicherheitspolitische Brennpunkte handeln würde. Wirkungszusammenhänge dürften allerdings darin bestehen, dass der immer wieder aufgewärmte und breit diskutierte Zusammenhang zwischen Migration und Kriminalität bzw. Gefährdung des eigenen Lebensstandards vor allem dort auf fruchtbaren Boden fällt, wo das tägliche Zusammenleben zwischen den beiden Gruppen nicht friktionsfrei ist. Verstärkt wird die Unsicherheitswahrnehmung durch das Weitertragen diverser Geschichten und Gerüchte im informellen Diskurs der Siedlungen. In vielen (beinahe gleichlautenden) Erzählungen werden mit Bezug auf erlebte oder gehörte Vorfälle immer wieder beispielhafte Gefährdungen wie Anpöbelungen, Bedrohungen, Störungen der Hausordnung u.a.m., zumeist mit Verweis auf die ethnische Zugehörigkeit der (vermeintlichen) Störenfriede, tradiert. Oft allerdings basieren die Beschuldigungen nur auf Annahmen, konkrete Beweise sind selten vorhanden. Derartige Alltagserlebnisse suggerieren ebenso wie mediale und/oder politische Inszenierungen prekäre Sicherheitslagen.

In Bezug auf Vorstellungen eines adäquaten Sicherheitsmanagements bzw. sicherheitsfördernder Strategien ist es auffallend, dass dort, wo es Probleme im täglichen Zusammenleben gibt, auch vermehrt kommunikative Aspekte betont werden – neben dem Ruf nach mehr Polizei, dem Einsatz von Sicherheitstechnologien und allgemeinen sicherheitsfördernden infrastrukturellen Verbesserungen (Beleuchtung, Zugänge) sowie der Einhaltung der Hausordnung und ihrer Kontrolle durch die Hausverwaltung bzw. mit mehr Kompetenzen ausgestatteten HausbesorgerInnen.

Aus all diesen Ergebnissen lässt sich der große Einfluss städtebaulicher, räumlicher und sozialer Strukturen auf das Sicherheitsempfinden und die Kriminalitätsfurcht ableiten. Konzentrierte soziale Probleme auf kleinräumiger, lokaler Ebene können zu massiven Veränderungen der Sicherheitswahrnehmung und regional unterschiedlichen Resultaten führen. Ursachen für gegenläufige Resultate, dass z.B. in objektiv wenig durch Kriminalität belastenden Gegenden oft eine höhere Kriminalitätsfurcht vorhanden ist, liegen in Eingewöhnungseffekten und verringerter Aufmerksamkeit gegenüber Vorfällen, die in besser situierten Gegenden unter Umständen viel drastischer wahrgenommen werden.⁷¹

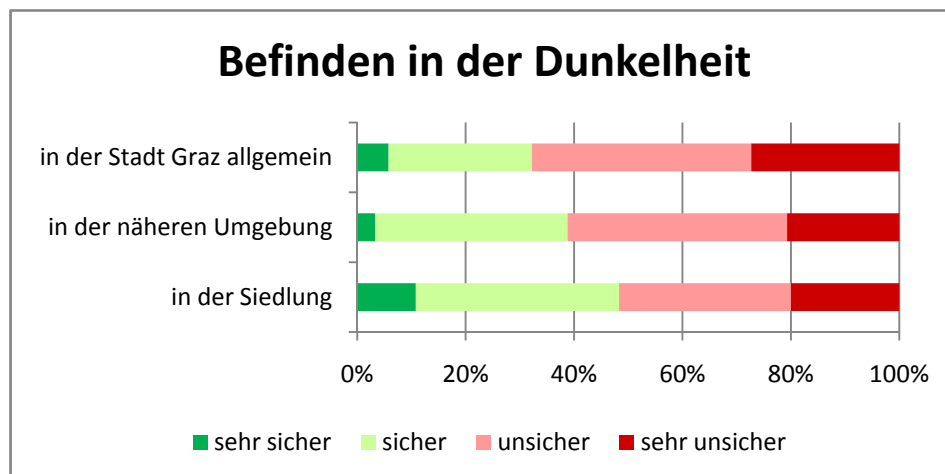
Als Maßstab der vergleichenden Sicherheitswahrnehmung wird vor allem der sogenannte „Standardindikator“ eingesetzt, der nach dem Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum in der Wohnumgebung in der Nacht fragt. Auch diesbezüglich sind regionale Unterschiede deutlich. Breit angelegte Untersuchungen in Deutschland zeigten den Einfluss sozialräumlicher Eigenschaften. Ca. 30% fühlen sich im eigenen Wohnviertel abends unsicher. In sozial benachteiligten Vierteln haben wesentlich mehr BewohnerInnen Angst, allein in der Dunkelheit unterwegs zu sein. Das Ausmaß sozialer Benachteiligung und die Bevölkerungsdichte bzw. Größe der Siedlungen scheinen einen höheren Stellenwert für die

⁷¹ Vgl. z.B. die Linzer Sicherheitsanalyse.

Kriminalitätsfurcht zu haben als die tatsächliche Kriminalitätsbelastung.⁷² In Österreich lag der Anteil derer, die sich abends im öffentlichen Raum (sehr) unsicher fühlen bei 21% (2006), in Graz lag der Anteil einige Jahre später, in denen Sicherheit als wichtiges öffentliches Thema inszeniert wurde, bei 64% nach der Lebensqualitätsindikatorenenerhebung 2009. In den drei Siedlungen gibt es unterschiedliche Ergebnisse, die die Bedeutung sozialräumlicher Strukturen im lokalen Kontext bestätigen. Der Anteil derjenigen, die sich nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in der Wohnumgebung unsicher fühlen, ist in den beiden Übertragungswohnbauten mit ca. 70% etwas höher als im Grazer Schnitt (LQI), in der „besser situierten“ Vergleichssiedlung mit 40% deutlich geringer.

Auffallend und ebenso die Bedeutung des lokalen Kontexts unterstreichend ist die Unsicherheitswahrnehmung direkt in der Siedlung. Hier differenzieren die BewohnerInnen der Vergleichssiedlung deutlich zwischen der Siedlung und der Umgebung. Nur fünf Prozent fühlen sich in der Siedlung unsicher. In den beiden anderen Siedlungen ist kaum ein Unterschied zwischen der Siedlung und der Umgebung gegeben. Am größten ist die Unsicherheit insgesamt in der „Stadt Graz allgemein“ bei den BewohnerInnen der Neuen Heimat Siedlung und der Vergleichssiedlung, in der ÖWG Siedlung ist sie niedriger als in der Siedlung bzw. der näheren Wohnumgebung. Die spezielle Verteilung der Unsicherheitswahrnehmung in der Vergleichssiedlung ist auch dafür ausschlaggebend, dass in der Gesamtheit der Befragten die Unsicherheit in Abhängigkeit von der zunehmend geringeren Vertrautheit mit der Umgebung steigt. Diesbezüglich ist sicherlich auch der Einfluss der medialen Berichterstattung über Gewalttaten und Gefährdungspotentiale vor allem in der Innenstadt bzw. in manchen Parks nicht zu unterschätzen.

Grafik 45: Standardindikator: Sicherheitsgefühl in der Dunkelheit im Wohnviertel

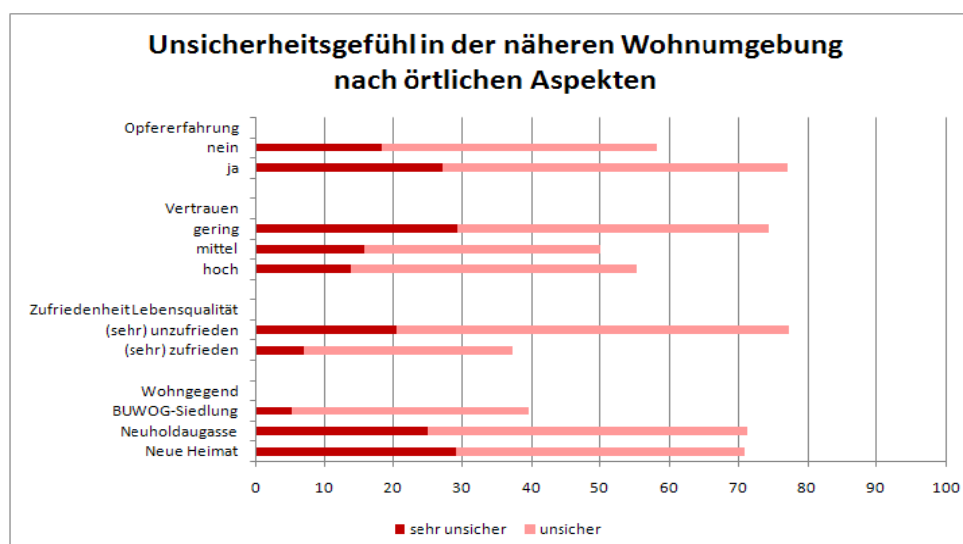


Quelle: Fragebogenerhebung Sicherheitswahrnehmung 2010, IFA Steiermark

⁷² Vgl. dazu: Individuelle und sozialräumliche Determinanten der Kriminalitätsfurcht, a.a.O. Deliktsspezifisch ist eine hohe Kriminalitätsangst trotz weniger tatsächlicher Vorfälle auch in ländlichen Gebieten vorzufinden, zum Beispiel in Bezug auf der Furcht vor Wohnungseinbrüchen und Straßenraub. www.lka.nrw.de.

Die Bedeutung kleinräumlicher Strukturen für die Sicherheitswahrnehmung manifestiert sich nicht nur durch die unterschiedlichen Ergebnisse in den drei Siedlungen, sondern auch durch Unterschiede in Zusammenhang mit anderen ausgewählten Faktoren, die eher als räumliche und soziale Determinanten anzusehen sind. Das sind zum einen das Ausmaß des Vertrauens, das generell Menschen entgegengebracht wird und das sich vor allem auf die Nachbarn bezieht, die Zufriedenheit mit der Lebensqualität in der Wohnumgebung (als Summe der Zufriedenheit in 14 verschiedenen Bereichen) sowie die „Opfererfahrung“⁷³, die in allen drei Siedlungen in ungefähr gleich hohem Ausmaß vorhanden ist. Besonders die mit ihrer Lebensqualität in der Wohnumgebung (sehr) unzufriedenen Menschen sowie solche, die anderen (ihren Nachbarn) wenig Vertrauen entgegenbringen, fühlen sich an öffentlichen Orten in der Dunkelheit überproportional unsicher, wobei vor allem der starke Zusammenhang mit der Bewertung der Lebensqualität überrascht, die sonstigen Zusammenhänge eher zu erwarten waren.

Grafik 46: Standardindikator Unsicherheit nach lokalen Faktoren



Quelle: Sicherheitsfragebogenerhebung 2010, IFA Steiermark

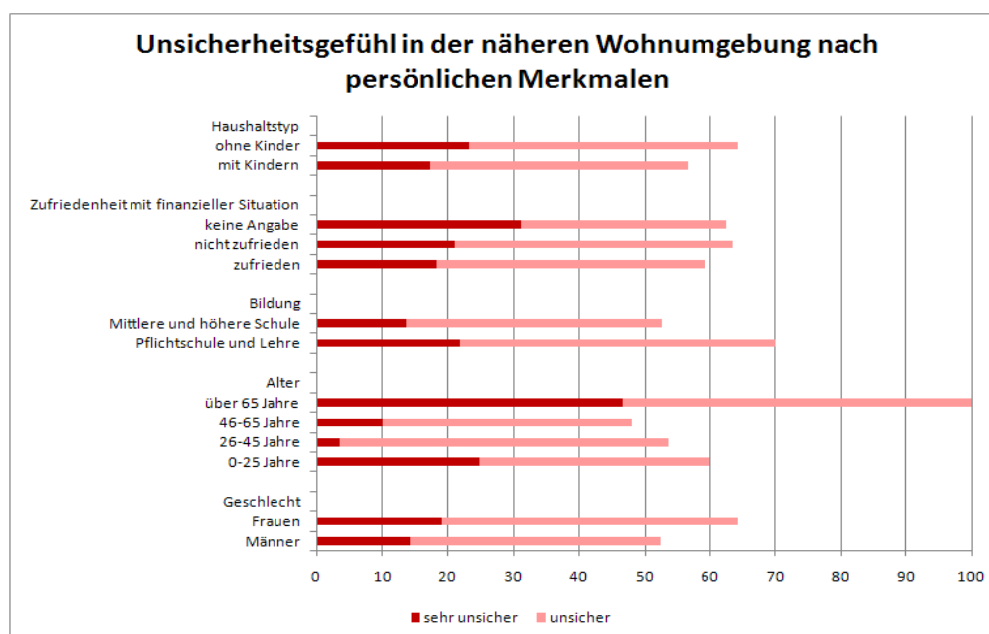
Nach persönlichen Merkmalen fühlen sich Frauen und ältere Personen in Bezug auf die durch den Standardindikator erfasste Kriminalitätsfurcht überproportional unsicher – entgegen ihrer oft nur geringen tatsächlichen Bedrohung. Aus stresstheoretischer Perspektive stufen sie ihre eigenen Ressourcen zur Bewältigung von als bedrohlich bewerteten Situationen öfter unzureichend ein. Ihre erhöhte Kriminalitätsfurcht hat aber auch mit deliktenspezifisch erheblich gravierenderen psychischen und physischen Folgen, z.B. von Sexualdelikten bei Frauen, oder mit dem höheren Risiko schwerer physischer Schäden bei älteren Gewaltopfern zu tun.⁷⁴ Das vergleichsweise hohe Unsicherheitsgefühl

⁷³ Die Opfererfahrung als kognitive Dimension der Kriminalitätsfurcht betrifft vor allem die Risikoabschätzung, die mit spezifischen Erlebnissen im Hintergrund zur erhöhten Unsicherheit beiträgt, nicht erneut Opfer einer Straftat werden zu können.

⁷⁴ Vgl. Individuelle und sozialräumliche Determinanten der Kriminalitätsfurcht, a.a.O., S.6.

von Älteren manifestiert sich auch beim Erwerbsstatus „Pension“ bzw. dem Familienstatus „verwitwet“ – beide Male zeigt sich eine sehr hohe Kriminalitätsfurcht. Eine überproportionale Unsicherheit steht auch mit eher niedrigeren Bildungsabschlüssen (Pflichtschul- oder Lehrabschluss), dem Vorhandensein von Kindern im Haushalt sowie mit der Zufriedenheit mit der Einkommenssituation im Haushalt im Zusammenhang, wobei zu den Zufriedenen jene subsumiert wurden, die nach subjektiver Einstufung mit dem gegenwärtigen Einkommen „bequem leben“ bzw. „zurechtkommen“, zu den „Unzufriedenen“ jene, die „nur schwer“ bzw. „sehr schwer zurecht kommen.“

Grafik 47: Standardindikator Unsicherheit nach persönlichen Merkmalen



Quelle: Sicherheitsfragebogenerhebung 2010, IFA Steiermark

Bei einer Unterteilung in eher ängstlichere und weniger ängstliche Menschen⁷⁵ bestätigt sich wiederum die generelle Erkenntnis, dass sich Männer tendenziell sicherer fühlen als Frauen. Zu jenen, die sich vermehrt unsicher fühlen, gehören weiters die Jüngeren (bis 25 Jahre) sowie sehr stark die über 65-Jährigen, Personen mit geringerer Formalqualifikation, Personen mit „geringem Vertrauen gegenüber anderen Menschen“ sowie viktimisierte Personen. In der ÖWG-Siedlung fühlen sich die Befragten im Vergleich zu den beiden anderen Siedlungen am unsichersten. Die BewohnerInnen aus der Neuen Heimat fühlen sich um rund 15% sicherer, diejenigen aus der Vergleichssiedlung sogar um 20%. Vor allem jene Personen, die sich allgemein unsicher fühlen, haben als Strategie zu Gefahrenvermeidung auch ihre Aktivitäten im öffentlichen Raum in der Siedlung eingeschränkt.

⁷⁵ Wobei wieder der Summenindex verwendet wurde,

8 SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Zusammenhänge zwischen der Sicherheitswahrnehmung und konkreten Lebenslagen sowie der Lebensqualität in ausgewählten Wohngebieten standen im Fokus der vorliegenden Analyse. Damit verbunden ist die Frage, welche Maßnahmen vor Ort gesetzt werden können, um das subjektive Sicherheitsempfinden und die objektive Sicherheitslage als wesentliche Faktoren der Lebensqualität zu verbessern. Die Sicherheit ist gemäß der breit angelegten Erhebung der „Lebensqualitätsindikatoren“ in der Stadt Graz der wichtigste Faktor für die Lebensqualität, dies noch vor der Umweltsituation.

Die Annahme, dass die Sicherheitswahrnehmung in hohem Ausmaß durch sozialräumliche Gegebenheiten geprägt ist, wurde durch die Erhebungen in den beiden Siedlungen in Graz, bei denen die Gemeinde das Zuweisungsrecht besitzt, bzw. in einer besser situierten Vergleichssiedlung bestätigt. Die Vergleichssiedlung liegt nicht weit entfernt von einem der beiden Übertragungswohnbauten, die Siedlungsumgebung ist nahezu ident, was die Aussagekraft der Ergebnisse zusätzlich verstärkt.

Die beiden Übertragungswohnbauten können stellvertretend für die Situation im sozialen Wohnbau stehen. Kennzeichnend für die beiden Siedlungen sind vermehrte soziale Probleme, überdurchschnittlich viele sozialarbeiterisch betreute Familien, SozialhilfebezieherInnen und Armutgefährdete, eine hohe Fluktuation und damit eine ausgeprägte Anonymität sowie seit der Öffnung der Gemeindebauten für MigrantInnen ein rasch steigender Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Hingegen ist in der Vergleichssiedlung mit Miet- und Eigentumswohnungen (Mietkauf) die Fluktuation gering und die Nachbarschaft noch weitgehend intakt. Die Qualität der Wohnungen und die Lage und Erreichbarkeit gelten in allen drei Siedlungen als großes Plus.

Wesentliche Ursachen für die Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen und die hohe Verunsicherung in den beiden Übertragungswohnbauten stellen Brüche im Zusammenleben dar, die zwischen alteingesessenen und neuen BewohnerInnen, zwischen Haushalten mit Kindern und ohne Kinder, zwischen Jugendlichen und Älteren und zwischen „Einheimischen“ und MigrantInnen bestehen, wobei vor allem ÖsterreicherInnen das Zusammenleben negativ beurteilen. Konfliktfelder wie Vandalismus, Verschmutzung, Ruhestörung, Pöbeleien, die Nichteinhaltung der Hausordnung u.v.a.m. werden mit Migration in Zusammenhang gebracht. Zudem mangelt es in den Siedlungen teilweise an Möglichkeiten für Kinder, Jugendliche oder auch SeniorInnen und auch an kommunikationsfördernden Gemeinschaftsräumen und Plätzen. In den fünf Jahren seit der Öffnung der Gemeindefür MigrantInnen ist der Anteil an ausländischen bzw. eingebürgerten MitbewohnerInnen in diesen Siedlungen auf 30-50% gestiegen. Mit den neu zugewiesenen zumeist kinderreichen (migrantischen) Familien ist auch die Zahl der Kinder und Jugendlichen massiv angewachsen. Vor allem viele „alteingesessene“ BewohnerInnen sind mit dieser raschen Veränderung bzw. den neuen Nachbarn überfordert. Etliche, die es sich leisten konnten, sind weggezogen, andere wiederum haben sich auf wenig konstruktives Kritisieren zurückgezogen. Ein Indiz für die geringe Attraktivität der Stadtteile, in denen die untersuchten Siedlungen liegen, liefert auch die bereits erwähnte Erhebung der Lebensqualitätsindikatoren: Überdurchschnittlich viele Befragte

leben eher ungern in ihrem Stadtteil, beurteilen die Lebensqualität im Vergleich zu andere Stadtteilen viel schlechter und möchten in den nächsten Jahren ihren Wohnsitz ändern.

Die hohe Kriminalitätsfurcht und Verunsicherung in den Siedlungen steht in deutlichem Zusammenhang mit der Bevölkerungszusammensetzung und Anzeichen sozialer Unordnung und Vernachlässigung bzw. Verwahrlosung, wie die erhobenen Bedrohungsszenarios verdeutlichen. Als häufigste unsicherheitsauslösende Risikofaktoren wurden „Kriminalität“ und „zu viele ausländische MitbürgerInnen“ vor Umweltbelastungen genannt. In der „Vergleichssiedlung“ mit ihrer eher homogenen Bewohnerschaft werden vor allem allgemeine Faktoren, die das individuelle Leben bzw. den erreichten Lebensstandard gefährden wie Umweltbelastungen, Krankheiten oder auch eine ungewisse wirtschaftliche Zukunft hervorgehoben. Der Zustand der öffentlichen Räume und Anzeichen von Verwahrlosung tragen in den beiden Übertragungsbauten zum Gefühl einer hohen Sicherheitsgefährdung bei, vor allem Vandalismus, Verschmutzung, „wild“ entsorgter Sperrmüll, beschädigte Anlagen und verschmutzte öffentliche Räume, herumstehende zerstörte Fahrzeuge, reparaturbedürftige Spielgeräte, verkommene Eingangsbereiche sowie alkoholisierte Menschen, Gruppen von (ausländischen) Jugendlichen oder (unbeaufsichtigten) Kindern. In der Vergleichssiedlung sind diese unsicherheitsverstärkenden Faktoren kaum präsent.

Ein „geringes Sicherheitsgefühl“ stellt ein vielschichtiges Konstrukt dar. Einflussfaktoren neben den sozialräumlichen Eigenschaften (von den baulichen Faktoren über die strukturelle Zusammensetzung der BewohnerInnen bis zu bei Bedarf erreichbaren Hilfestellungen) sind individuelle Eigenschaften oder der „Ruf“ von Wohngebieten und Stadtteilen. Zu den individuellen Faktoren gehören eine realistische Risikoeinschätzung und die situative Bewältigungsfähigkeit (das subjektive Gefühl, entweder hilflos ausgeliefert zu sein oder mit gefährlichen Situationen umgehen zu können).

In Bezug auf den „Ruf“ handelt es sich in der Selbstsicht der BewohnerInnen bei den beiden untersuchten Siedlungen um Gebiete, die von zunehmender Ghettoisierung und ausgeprägter Unsicherheit bedroht sind. In den beiden Übertragungsbauten haben etwas mehr als jeweils ein Drittel aus Angst davor, Opfer einer Straftat zu werden, ihre Freizeitaktivitäten in der Form eingeschränkt, dass sie bestimmte Gegenden nicht mehr aufsuchen oder abends nicht mehr alleine ausgehen. In der Vergleichssiedlung tut dies nur ca. ein Fünftel, tendenziell ist das vor allem bei älteren BewohnerInnen der Fall. Präventive Vermeidungsstrategien wie das Unterlassen bestimmter Aktivitäten im öffentlichen Raum führen langfristig auch zu einem Rückgang sozialer Aktivitäten und der integrativen Funktion öffentlicher Räume. Aus den (Anzeige-) Statistiken der Polizei allerdings lässt sich in den beiden Gebieten bzw. im Umfeld keine tatsächlich schlechtere Sicherheitslage bzw. objektiv höhere Gefährdung nachvollziehen, sieht man von polizeilichen Einsätzen ab, wo die Polizei gerufen, aber nicht zuständig ist (z.B. bei Lärmstörungen). Auch der Anteil an Personen mit direkten bzw. indirekten Opfererfahrungen unterscheidet sich nach den Siedlungen nur geringfügig. Ca. ein Fünftel insgesamt verwies auf

eigene Opfererfahrungen oder auf solche im Bekannten- und Verwandtenkreis, erwartungsgemäß ist bei ihnen die Unsicherheit am ausgeprägtesten.

Dieses Auseinanderfallen von objektiver Gefährdung und subjektiver Verunsicherung ist kennzeichnend für rasche gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die vor allem von den sogenannten ModernisierungsverliererInnen, welche die Klientel sozialen Wohnbaus darstellen, noch bedrohlicher wahrgenommen werden. Die skizzierten Strukturen lokaler Verunsicherung stehen somit oft in Zusammenhang mit allgemeinen gesellschaftlichen Prozessen wie Migrationsbewegungen, zunehmende Armutsgefährdung und sozialem Ausschluss, die das Lokale übersteigen, sich dort aber konzentriert zeigen.

Deutlich werden die vielfältigen Einflüsse auf die Sicherheitswahrnehmung beim sogenannten Standardindikator, der das Unsicherheitsgefühl im öffentlichen Raum in der Wohnumgebung allein in der Nacht misst. Zumeist ist die Unsicherheit in sozial benachteiligten Vierteln mit hoher Bevölkerungsdichte unabhängig von der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung am höchsten. Auch in den beiden Übertragungswohnbauten ist der Anteil derjenigen, die sich nach Einbruch der Dunkelheit alleine zu Fuß in der Wohnumgebung unsicher fühlen, mit ca. 70% etwas höher als im Grazer Schnitt, in der Vergleichssiedlung mit 40% deutlich geringer. Die BewohnerInnen in den Übertragungswohnbauten fühlen sich in etwa gleich unsicher in der Wohnumgebung und in der Siedlung als dem unmittelbarsten und vertrautesten Lebensumfeld selbst. In der Vergleichssiedlung mit den wenigsten Konflikten und einer relativ gut funktionierenden Nachbarschaft tendiert die Unsicherheitsempfindung gegen Null. Nur fünf Prozent von ihnen fühlen sich in der Siedlung unsicher, aber fast 60% in der Stadt insgesamt, was den Einfluss von Vertrautheit und Fremdheit deutlich signalisiert, aber auch auf den Einfluss der Berichterstattung über bedenkliche Orte vor allem in der Innenstadt bzw. in manchen Parks zurückgehen kann. Bestimmende Faktoren für ein hohe Unsicherheit sind die soziale Struktur der Wohnviertel und die konkreten Lebenswelten, z.B. die Straßenbeleuchtung, die Sauberkeit von Straßen, Plätzen und Anlagen, die öffentliche Ordnung bzw. die damit signalisierte öffentliche Verantwortung, Anzeichen von Verwahrlosung und Zerfall der gemeinschaftlichen Ordnung usw.

Der soziale Hintergrund vermehrten Unsicherheitsempfindens manifestiert sich u.a. bei folgenden „Risikogruppen“: Besonders die mit ihrer Lebensqualität in der Wohnumgebung (sehr) unzufriedenen Menschen sowie solche, die anderen (ihren Nachbarn) wenig Vertrauen entgegen bringen, Personen mit eher niedrigen Bildungsabschlüssen (Pflichtschul- oder Lehrabschluss), Frauen und ältere Personen als besonders verletzbar Gruppen mit einer geringen situativen Bewältigungsfähigkeit entgegen ihrer oft nur geringen tatsächlichen Viktimisierung, ferner jene, die „nur schwer“ bzw. „sehr schwer“ mit ihrem Haushaltseinkommen zurecht kommen, fühlen sich überdurchschnittlich unsicher.

In sozialen Brennpunkten wie den beiden Übertragungsbauten sind vertraute Strukturen bzw. die Nachbarschaft häufig soweit dezimiert, dass damit auch eine notwendige Basis für ein entwickeltes Sicherheitsgefühl im Schwinden ist. Die Konzentration benachteiligter Gruppen löst ihrerseits wiederum weitere benachteiligende Raumeffekte in Wechselwirkung zwischen sozialer Lage der BewohnerInnen und räumlichen Gegebenheiten

aus, auf sozialer Ebene Milieueffekte, materiell durch die Verwahrlosung des Wohnumfeldes und der Bauten (z.B. der Eingangsbereiche und Stiegenhäuser), symbolisch durch negative Etikettierungen.

Die skizzierten Ergebnisse weisen in die Richtung, dass im Interesse der Hebung des Sicherheitsempfindens und einer Kriminalprävention der Arbeit auf der lokalen Ebene unter Einbindung der Bevölkerung eine wesentliche Schlüsselrolle zukommt. Lokale Kontexte von Verunsicherung rücken die Kommunalpolitik ins Zentrum einer Kriminalitäts- und Präventionspolitik, welche die Verbindung zwischen individuellen Ängsten und konkreten Lebenswelten herstellt. Vor allem in Brennpunkten, wo sich Probleme verhärtet haben und die Resignation bereits stark fortgeschritten ist, sind aus vielerlei Erfahrungen heraus Impulse von außen notwendig, um Veränderungen auszulösen und Fronten aufzuweichen. Das erfordert ein Zusammenwirken unterschiedlicher verantwortlicher Institutionen wie dem Magistrat (Wohnungsamt, Jugendwohlfahrt), der Bezirksvorstehung, der Wohnbaugenossenschaften u.a.m.

Präventionspolitiken, die sich mittlerweile in vielen Städten gleichen und zunehmend europäisiert sind,⁷⁶ intendieren vor allem, mit der Lebensqualität auch das Sicherheitsgefühl zu verbessern und zusätzlich zu allgemeinen klassischen sicherheitspolitischen Aktivitäten (vermehrte Streifen-tätigkeit, Kontrolle, besserer Beleuchtung) und sozial- bzw. arbeitsmarktpolitischen Interventionen (Unterstützung benachteiligter Gruppen und Verringerung sozialer Ungleichheit) vor allem im Bereich der „Kommunikation“ und der Nachbarschaft anzusetzen. Ganz wichtig sind in diesem Zusammenhang die Einbindung und Mitverantwortung der Bevölkerung, das Eingehen auf Interessen und Bedürfnisse und die Nutzung vielfältiger Ressourcen im Sinne einer kategorialen und funktionalen Gemeinwesenarbeit. Ein stadtteilbezogenes und kommunales Agieren auf lokaler Ebene setzt dabei vor allem bei „weicheren“ partizipativen Interventionsformen an, um die Identifikation mit dem Stadtteil zu stärken, Nachbarschaftskontakte zu intensivieren, eine ausreichende Vertrauensbasis für gemeinsame Aktivitäten herzustellen, hinderliche Vorurteile abzubauen und insgesamt den öffentlichen Raum als Stätte der Begegnung und des Austauschs zurückzugewinnen. Eine Mitwirkungsbereitschaft der BewohnerInnen ist in beiden Übertragungswohnbauten gegeben, wie auch die ersten Treffen zeigten, wobei ein positiver Anknüpfungspunkt vor allem die grundsätzlich hohe Zufriedenheit mit der Qualität der Wohnungen und der Lage ist. Dafür werden auch Anstrengungen, um die Lebensqualität im Wohnumfeld zu verbessern, in Kauf genommen.

Entscheidend für Überlegungen, welche Maßnahmen als geeignet empfunden werden, um das Sicherheitsgefühl zu verbessern, sind die unterschiedlichen Gegebenheiten und Ressourcen vor Ort, insbesondere die Mitwirkungsbereitschaft der BewohnerInnen und der Hausverwaltung. Beispielhafte Ansatzpunkte für Interventionen sind:

⁷⁶ Vgl. dazu: Klaus Sessar, Wolfgang Stangl, Rene van Swaaningen (Hrsg.): Großstadtängste – Anxious Cities. Untersuchungen zu Unsicherheitsgefühlen und Sicherheitspolitiken in europäischen Kommunen. Band 1 der Schriften zur Rechts- und Kriminalsoziologie. Wien: LIT-Verlag 2007. Hier sind Fallberichte aus dem EU-Projekt Insec – Insecurities in European Cities in 12 europäischen Städten zusammengefasst.

- ▶ Bauliche und gestalterische Maßnahmen bzw. Projekte unter Einbindung der BewohnerInnen – Beleuchtung, Außenräume, Sauberkeit/Mülltrennung, öffentliche Begegnungsplätze
- ▶ Stärkung nachbarschaftlicher Netzwerke und Kontakte: Hausversammlungen, gemeinsame Projekte (Müll, Spielplatz, Nutzbarmachung ungenutzter Räumlichkeiten in der Wohnanlage), thematische „Arbeitsgruppen“ („internationale Küche“, „Die Siedlung – früher und heute“, zielgruppenspezifische Gesundheitstage etc.)
- ▶ Plätze und Räume schaffen für unterschiedliche Gruppen – Austausch-, Begegnungs- und Spielmöglichkeiten
- ▶ Reduktion der Anonymität – Strukturen, die den Aufbau von Respekt und gegenseitiger Wertschätzung fördern – unterschiedliche integrative Maßnahmen von Festen und Veranstaltungen bis hin zu gemeinsamen Radiosendungen oder der Gestaltung von Siedlungszeitungen
- ▶ Begleitung der neuen MieterInnen in der ersten Zeit – Einführung in die Modalitäten durch die Hausverwaltung, HausbesorgerInnen oder HaussprecherInnen; mehrsprachige und leicht verständliche Informationsmaterialien
- ▶ Schulung der HausbesorgerInnen als Vorbereitung für eine notwendige Kommunikation mit schwierigen Gruppen, den Umgang mit Konflikten, Vermittlung von Rechten und Pflichten und interkulturellem Wissen
- ▶ Spezifische partizipative Angebote für bestimmte Zielgruppen, die gleichzeitig auf Probleme vor Ort eingehen und Kontakte fördern: Mutter-Kind-Gruppen, Nachmittagsbetreuung und Lernhilfen (Deutschkenntnisse), Gestaltung der Spielplätze, betreute Werkstätten und Berufsorientierung vor Ort besonders für arbeitsmarktfremde Jugendliche, wohnortnahe gemeinnützige Beschäftigung in Zusammenarbeit mit Beschäftigungsprojekten und dem AMS

9 LITERATURVERZEICHNIS

Bevölkerung der Landeshauptstadt Graz. Stand 1.1.2010. Hrsg. vom Magistrat – Graz – Präsidualamt, Referat für Statistik, Druckerei und Kopierservice, Jänner 2010.

Blinkert, Baldo: Sozialwissenschaftliche Sicherheitsforschung: Dimensionen und Kontexte. Rahmen für Forschungsprojekte am Max Plank Institut. Typoskript Jänner 2009.

Dangschat, Jens S.: Räumliche Aspekte der Armut. In: Handbuch Armut in Österreich. Hrsg. Von Nikolaus Dimmel, Karin Heitzmann, Martin Schenk. Studienverlag: Innsbruck – Wien – Bozen, S. 247-261.

European Social Survey. Exploring public attitudes, informing public policy. Selected findings from the first three rounds. www.europeansocialsurvey.org

Hanka, Gerhard; Hofinger, Veronika: Dokumentation und Kommentierung polizeirelevanter Forschung in Österreich 2004–2007. Wien: Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie 2008.

Hermann, Dieter: Subjektive Problemlagen, Kriminalitätsfurcht, Kriminalität und Lebensqualität in Weinheim. Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg 2007.

Hirtenlehner, Helmut; Bacher, Johann: Prävention kriminalitätsbezogener Unsicherheitsgefühle durch Sozialpolitik. Vortrag Linz April 2009.

Individuelle und sozialräumliche Determinanten der Kriminalitätsfurcht. Sekundäranalyse der Allgemeinen Bürgerbefragungen der Polizei in Nordrhein-Westfalen. 2006. Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen. Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle. Forschungsberichte Nr.4, 2006. www.lka.nrw.de.

Liga. Das Magazin der Österreichischen Liga für Menschenrechte. Heft 3/2010.

Linzer Sicherheitsanalyse. In: Lebendiges Linz. Stadtmagazin. Hrsg. von der Stadt Linz, S.8 ff.

LQI Befragung 2009. Ergebnisse Graz. Hrsg. von der Stadt Graz – Präsidualamt: Oktober 2009.

Menschenrechtsbericht der Stadt Graz 2009. Hrsg. vom Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz. Graz: September 2009 (Entwurf).

Ortstermin. Die Welt des Herrn Paradeiser. Wie die „AusländerInnen“ in einen Simmeringer Gemeindebau kamen. In: Liga. Das Magazin der Österreichischen Liga für Menschenrechte. Heft 3/2010.

Paierl, Silvia; Stoppacher, Peter: Erster Armutsbericht der Stadt Graz. Studie im Auftrag des Sozialamtes der Stadt Graz: IFA Steiermark 2010.

Projektbeschreibung mein Graz – Der Stadtraum als Bühneninstallation in vier Teilen. http://www.scan.ac/scan2/02%20texte/meinGraz_projektbeschreibung.pdf, 09.03.2010.

Sessar, Klaus; Stangl, Wolfgang; Van Swaaningen, Rene (Hrsg.): Großstadtängste – Anxious Cities. Untersuchungen zu Unsicherheitsgefühlen und Sicherheitspolitiken in europäischen Kommunen. Band 1 der Schriften zur Rechts- und Kriminalsoziologie. Wien: LIT-Verlag 2007.

Stoppacher, Peter unter Mithilfe von Katrin Maierhofer: Leistungen der offenen Sozialhilfe in der Steiermark. BezieherInnen und Kosten. Eine Kurzanalyse. Graz: IFA Steiermark 2010.

10 ANHANG

Tabelle 48: Struktur der Wohnbevölkerung Lend

	Männer		Frauen		Gesamt	
	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%
Alter						
0-18 Jahre	2.527	19,1%	2.373	16,8%	4.900	17,9%
19-40 Jahre	5.167	39,1%	5.230	37,0%	10.397	38,0%
41-60 Jahre	3.429	26,0%	3.288	23,3%	6.717	24,6%
Über 60 Jahre	2.038	15,8%	3.247	23,0%	5.330	19,5%
Gesamt	13.206	100,0%	14.138	100,0%	27.344	100,0%
Migrationshintergrund						
EU-Bürger	867	6,6%	887	6,3%	1.754	6,4%
Nicht-EU-Bürger	2.674	20,2%	2.381	16,8%	5.055	18,5%
Österreicher	9.665	73,2%	10.870	76,9%	20.535	75,1%
Gesamt	13.206	100,0%	14.138	100,0%	27.344	100,0%

Quelle: Bevölkerung der Landeshauptstadt Graz, Stand 1.1.2010; Eigenberechnung IFA Steiermark

Tabelle 49: Struktur der Wohnbevölkerung Jakomini

	Männer		Frauen		Gesamt	
	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%
Alter						
0-18 Jahre	2.259	15,4%	2.075	13,6%	4.334	14,4%
19-40 Jahre	6.620	45,0%	6.079	39,7%	12.699	42,3%
41-60 Jahre	3.623	24,6%	3.553	23,2%	7.176	23,9%
Über 60 Jahre	2.199	15,0%	3.587	23,5%	5.786	19,3%
Gesamt	14.701	100,0%	15.294	100,0%	29.995	100,0%
Migrationshintergrund						
EU-Bürger	966	6,6%	939	6,1%	1.905	6,4%
Nicht-EU-Bürger	1.735	11,8%	1.455	9,5%	3.190	10,6%
Österreicher	12.000	81,6%	12.900	84,3%	24.900	83,0%
Gesamt	14.701	100,0%	15.294	100,0%	29.995	100,0%

Quelle: Bevölkerung der Landeshauptstadt Graz, Stand 1.1.2010; Eigenberechnung IFA Steiermark

Tabelle 50: Struktur der Wohnbevölkerung Graz

	Männer		Frauen		Gesamt	
	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%
Alter						
0-18 Jahre	22.223	17,9%	21.092	15,8%	43.315	16,8%
19-40 Jahre	45.833	37,0%	45.469	34,0%	91.302	35,4%
41-60 Jahre	33.645	27,1%	34.403	25,7%	68.048	26,4%
Über 60 Jahre	22.298	18,0%	32.935	24,6%	55.233	21,4%
Gesamt	123.999	100,0%	133.899	100,0%	257.898	100,0%
Migrationshintergrund						
EU-Bürger	6.781	5,5%	6.630	5,0%	13.411	5,2%
Nicht-EU-Bürger	13.396	10,8%	11.534	8,6%	24.930	9,7%
Österreicher	103.822	83,7%	115.735	86,4%	219.557	85,1%
Gesamt	123.999	100,0%	133.899	100,0%	257.898	100,0%

Quelle: Bevölkerung der Landeshauptstadt Graz, Stand 1.1.2010; Eigenberechnung IFA Steiermark

Tabelle 51: BewohnerInnen nach Alter und Geschlecht – Neue Heimat

	Männer		Frauen		Gesamt	
	Anz.	%	Anz.	%	Anz.	%
Alter						
0-15 Jahre	77	35,2	71	30,7	148	32,9
16-25 Jahre	34	15,5	29	12,6	63	14,0
26-40 Jahre	41	18,7	49	21,2	90	20,0
41-60 Jahre	55	25,1	47	20,3	102	22,7
über 60 Jahre	12	5,5	35	15,2	47	10,4
Gesamt	219	100,0	231	100,0	450	100,0

Quelle: Daten des Wohnungsamts Graz – Stand Mitte 2010; Eigenberechnung IFA Steiermark

Tabelle 52: Verteilung struktureller Merkmale der befragten SiedlungsbewohnerInnen

	Neue Heimat	ÖWG	Vergleichss.
Geschlecht			
weiblich	42%	25%	34%
männlich	57%	75%	66%
Alter			
15-25 Jahre	23%	20%	8%
26-45 Jahre	23%	32%	21%
46-65 Jahre	39%	24%	71%
Über 65 Jahre	16%	24%	-
Arbeitsmarkstatus			
Ausbildung (Schule, Lehre, Uni)	15%	28%	14%
Unselbständig beschäftigt	20%	24%	62%
Arbeitslos/ arbeitsuchend	7%	8%	0%
Pension	39%	28%	8%
Sonstiges	19%	12%	16%
Einkommenssituation im Haushalt			
Zufrieden	73%	29%	92%
Nicht zufrieden	27%	71%	8%
Vertrauen gegenüber Menschen			
Hoch	14%	28%	35%
Mittel	33%	17%	49%
Gering	53%	55%	16%
Haushaltstyp			
Mit Kindern	31%	62%	28%
Ohne Kinder	69%	38%	72%

Quelle: Sicherheitserhebung 2010; IFA Steiermark